

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. Dezember 1920, Nr. 383.

Fahrpreisbegünstigungen für Kriegsbeschädigte. Zur Verlängerung der Giltigkeit der den Kriegsbeschädigten durch die Gemeindevorwaltung zugestandenen Fahrpreisbegünstigungen auf der Straßenbahn haben sich die Inhaber solcher Begünstigungen (Freikarten und Ermäßigungsanweisungen) unter Mitnahme des BG-Formulares, Heimatscheines, Meldezettel und eines Einkommensnachweises am nachfolgenden Tagen von 8 - 2 Uhr bei der Direktion der Straßenbahn, IV., Favoritenstrasse 9 einzufinden: Die Inhaber der Freikarten und Ermäßigungsanweisungen mit den Nummern 2501 - 3050 am 9. Dezember, 3051 - 3600 am 10. Dezember, 3601 - 4150 am 11. XII., 4151 - 4700 am 13. XII., 4701 - 5250 am 14. ds., 5251 - 5800 am 15. ds., 5801 - 6350 am 16. ds., 6351 - 6900 am 17. ds., 6901 - 7450 am 18. ds., 7451 - 8000 am 20. ds., 8001 - 8550 am 21. ds., 8551 - 9100 am 22. ds., 9101 - 9650 am 23. ds., 9651 - 10.006 am 27. ds. Die Besitzer von Fahrtausweisen mit geraden Zahlen haben von 8 - 11 Uhr vorm., die mit ungeraden Zahlen von 11 - 2 Uhr nachmittags vorzusprechen.

Weihnachtsverkauf des Frauenarbeitskomitees XIII. Im Amtshaus für den XIII. Bezirk, Eduard Kleingasse 2 findet am 4. und 5. ds. ein Weihnachtsverkauf durch das Arbeitsfrauenkomitee des XIII. Bezirkes statt, dessen Reinertragnis den Armen des Bezirkes zugewendet wird. Der Verkauf ist von 2 - 7 Uhr nachmittags geöffnet.

Wiener Rathauskorespondenz

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 2. Dezember 1920, Nr. 385.

Pensionierung. Der Stadtsenat hat dem Ansuchen des Magistratsrates Dr. Albert Dekupil, des Obermagistratsrates Josef Schaufeler und Magistratsrates Dr. Ernst Krieg und des Magistratsrates Hans Pfeiffer um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben.

Sühneverhandlungen. Im Dezember finden die Sühneverhandlungen bei den Gemeindevermittlungsbütern Mariahilf, Neubau am 15., 22. und 29., beim Gemeindevermittlungsamt Hietzing am 9., 15., 22. und 29. statt.

Freie Arztstelle. Im Status der Ärzte des städtischen Gesundheitsamtes (Abteilung Versorgungsanstalten) sind eine eventuell mehrere Sekundärarztstellen II. Kl. zu besetzen. Entsprechend belegte Gesuche bis zum 15. Dezember an das städtische Gesundheitsamt.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate November wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 13.955 Parteien K 42.752.380 eingelegt, an 9.188 Parteien K 38.393.092 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 30. November auf K 820.988.782. Hypothekendarlehen wurden K 2.013.300 zugezählt, dagegen K 4.396.675 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 30. November auf K 269.099.398 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. November auf K 17.830.145; 60jährige Pfandbriefe waren K 19.151.800 im Umlaufe. Wechsel wurden K 61.411.867 eskontiert, dagegen K 29.909.154 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 30. November K 234.101.795.

Sparerfolge in der Gemeindeverwaltung. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung, welche die Betriebskosten eines Autos erfahren haben, wurde in der Gemeinde Wien seit Mai v.J. eine Reihe von Sparmaßnahmen bei Verwendung der Personendienstwagen verfügt. Die Zahl der Automobile selbst hat eine ganz außerordentliche Ver-

ringerung erfahren. Im Juni 1919 stand bei der Gemeinde Wien - ohne Hinzuziehung der Unternehmungen - 23 Personendienste in Verwendung. Es entfielen hiervon 6 Wagen auf den Bürgermeister und die Vizebürgermeister, ferner hatte das städtische Bauamt 2, Straßenpflege 1, Landwirtschaftsamt 1, Wohnungsamt 1, Kriegsküchenkommissariat 2, Gesundheitsamt 4, Jugendamt 3 und Fuhrwerksbetrieb 3 Autos für die Besorgung ihrer Reservertragenden. Gegenwärtig sind insgesamt 10 Autos bei der Gemeinde in Betrieb, von denen 3 auf den Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister entfallen, wozu noch ein Reservewagen kommt. Der Straßenpflege und dem Fuhrwerksbetrieb stehen zusammen 3 Autos zur Verfügung, welche verhältnismäßig große Zahl sich dadurch erklärt, daß der Fuhrwerksbetrieb und die Kehrichtabfuhr eine unausgesetzte Inspektion auf der Straße erfordern, die im Hinblick auf die großen Entfernungen nur mittels Autos zweckentsprechend besorgt werden kann. Alle übrigen Gemeindeämter finden mit 3 weiteren Automobilen, über die zentral disponiert wird, ihr Auslangen. Schon durch die Verminderung der Anzahl von 23 auf 10 Autos wurden naturgemäß außerordentliche Ersparungen erzielt, sowohl was den Betriebsstoff anlangt, als auch die Anzahl der Chauffeurs, des Reinigungspersonales etc. Es wurden aber seit Inkrafttreten der neuer Verwaltungsreform und der unmittelbaren Kontrolle dieses Dienstzweiges durch den amtsführenden Stadtrat Siegel auch sonstige Maßnahmen getroffen, die eine wirksame Ueberwachung zur Erzielung von Ersparnissen zum Zwecke haben. So müssen beispielsweise gegenwärtig alle Wagen mit wirklich funktionierenden Zählern ausgestattet sein, was früher keineswegs der Fall war und ebenso werden genaue Stundenpässe geführt, was erst eine Ueberprüfung des Benzinverbrauches zulässt. Die auf diese Art bewirkten Sparsparnisse sind als außerordentlich hoch zu bezeichnen. Gegenüber dem Vorjahre wurde der Benzinsumme auf weniger als die Hälfte herabgedrückt. Während im Juli v.J. 9.040 Liter Benzin zur Ausgabe gelangten, waren es heuer 5.251 Liter; im August gelang es bereits die verjährige Menge von 8.424 Liter auf 3.726 Liter zu verringern. Im September 1919 wurden 9.501 Liter Benzin verbraucht heuer waren es nur mehr 3.514 Liter. Es sind also in diesen drei Monaten insgesamt 14.474 Liter Benzin erspart worden. Angesichts der Tatsache, daß der Anschaffungspreis von Benzin in diesem Zeitabschnitt ca. 38. K pro Liter betragen hat, bedeutet dies allein eine Minderausgabe von über einer halben Million Krenen in einem Vierteljahr.

Männercherkonzert. Für das Volksbildungshaus Urania findet morgen Donnerstag, um 7 Uhr abends im Großen Vortragssaal des Uraniagebäudes ein Konzert statt, bei dem die „Freivereinigung der Wiener Männergesangsvereine Wiener Sängerbund, Arien und Wiedner Männercher“ unter Leitung ihrer Ehrenhermeister M.H. Rehbeck und M. Kelderfer Peslen der deutschen Männercherliteratur (Chöre von Mozart, Schubert, Schumann, Brahms, Geldmark, Hegar, Rheinberger, ~~Kranz~~ Krenser, Kirchl und Lafite) zum Vortrag bringen wird. Mitwirkende: Konzertsängerin Rosmarie Hild, welche „Süßes Begräbnis“ (Löwe), „Gretchen am Spinnrad“ (Schubert), und „Frühlingslied“ (Mendelssohn) singen und Professor Karl Lafite (Klavier) der „Auf Flügeln des Gesanges“ (Mendelssohn), der Schubert'sche Scherze in A-Dur und die Chopin'sche Maledictio in G-Moll zum Vortrag bringen wird. Zu Beginn des Abends spricht der Vorsitzende der Vereinigung Obermagistratsrat A.B. Karl Hanisch einleitende Worte über die Entwicklung des Deutschen Männerchergesanges. An diesem Konzertabend wird entsprechend einer Anregung des niederösterreich. Sängerbundes auch eine Neuerung in das Leben unserer Gesangsvereine eingeführt werden. Es gelangen nicht mehr bedruckte Liedertexte zur Verteilung, sondern es wird vor jedem Chöre dessen Wertlaut durch den Sprecher der Vereinigung vorgetragen werden. Karten von K 4.70 bis K 16.80 an der Kasse des Uraniegebäudes.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Nischen.

25. Jahrgang. Woch. Freitag den 3. Dezember 1920, Nr. 385.

Anteilhaber... Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des Mag. Bezirksamtes für den 3. Bezirk M.R. Karl Bayer, zum Leiter des Mag. Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, den M.R. Dr. Leopold Brüll zum Leiter des Mag. Bezirksamtes für den 2. Bezirk und den M.R. Dr. Robert Mayr zum Vorstand der Mag. Abt. 15 (Wohnungsamt) bestellt.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 3. November 1920.

Herrn Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgende Spenden mit: Rechtsanwalt Dr. Josef Strasser in Budapest für die notleidenden Wiener Kinder K. 17.900.

Die Direktion der k. k. Oesterreichischen Sparkasse zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befähigten Waisenkinder Wien K. 6000, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K. und zur Verteilung von Speisekarten an die Armen Wiens ebenfalls 2000 K.

Ein Antrag des GR. Karasch (chr. Soz.) wegen Beistellung von Dienstföhren an bestimmte Stellen der städtischen Sanitätsstationen wird dem Stadtbaumeister zur Behandlung zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Doppler (chr. Soz.) betreffend die Ausstellung von Freifahrtsscheinen auf den städtischen Straßenbahnen für Kriegsbeschädigte Staatsangestellte mit einem bestimmten Monatseinkommen wird dem zuständigen amtsführenden Stadtrat zur Behandlung überwiesen.

Der Bürgermeister gibt weiter bekannt, daß zu den Geschäftsstücken 5, 6 und 8 keine Wortmeldung vorliegt und diese als angenommen gelten.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten und der in der letzten Sitzung gestellte Dringlichkeitsantrag des GR. Eldersch (Soz. Dem.) betreffend die Vorgänge in der Tschechoslowakei und in Westungarn in Beratung gezogen.

Zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages ergreift GR. Eldersch (Soz. Dem.) das Wort und erklärt, daß die Sozialdemokraten überall dort, wo Deutsche in Not sind, die wärmste Anteilnahme empfinden. Die beklagenswerten Vorfälle in einigen Gebieten Deutschlands stimmen wenig mit den Grundsätzen überein, die die Entente für die Befreiung der Nationen von nationaler Bedrückung und Ermöglichung der Bildung von nationalen Einheitsstaaten aufgestellt hat. Diesen Grundsätzen ist den Deutschen gegenüber in den Friedensverträgen nicht Rechnung getragen worden. Ein erheblicher Teil des

österreichischen Volkes ist in Gruben eingekerkert, in welche andere Nationen die Mehrheit haben. Wo aus sich naturgemäss Schwierigkeiten ergeben müssen. Wenn wir zu den Vorkommnissen in der Tschechoslowakei Stellung nehmen, so kann dies weder nur gefühlsmässig sein, weil wir ein kleiner niedergeborener Staat sind, der auf alle möglichen Hilfsquellen angewiesen ist, dessen Votum bei den in Betracht kommenden Faktoren nicht viel Einfluß haben dürfte. Wenn wir in anderer Weise dazu Stellung nehmen würden, könnten uns eine Reihe Schwierigkeiten daraus erwachsen. Infolgedessen können die Deutschen der Tschechoslowakei nicht mehr von uns erwarten, als daß wir eifrig und aufmerksam die Entwicklung der Verhältnisse dort verfolgen und wenn sie in Not sind, ihnen die Gefühle der Anteilnahme bekunden.

GR. Erntner (Deutsch. Sozial.): Wir dürfen also nicht jammernd... GR. Eldersch (Soz. Dem.): Hätten Sie den Krieg nicht geführt, dann wäre es zu solchen Zuständen nicht gekommen! Lassen wir den Streitdarüber, wir werden immer die Schuld auf Ihrer Seite sehen.

(Zwischenrufe des GR. Erntner). Jedenfalls würde eine gefühlsmässige Aussprechung nicht dieselbe Wirkung haben, wenn ich mit den alten... GR. Erntner (Deutsch. Sozial.): Brechen Sie damit in Tschechien... GR. Eldersch: Wenn Sie das instand sind, werde ich sehr erfreut sein. Ich muß bemerken, daß wir mit ganz anderer Legitimation gegen die schamlose Unterdrückung der Deutschen in Westungarn protestieren können, weil Westungarn uns vertragsmässig von der Entente zugesprochen worden ist. Die Magyaren betrachten jeden Deutschen in Westungarn als Verbrecher, der sich zu Deutschland bekennt, aber wir haben in Ihren Kreisen noch nie eine Aufregung über diese Zustände wahrgenommen. Wir perhorreszieren die Austragung solcher Differenzen mit Waffengewalt, aber die Regierung muß dafür sorgen, daß solchen Zuständen ein Ende bereitet werde. Im Falle der Tschechoslowakei lasse ich mich nicht durch den Umstand beirren, daß die Exzesse dort durch den Streit um das Standbild eines Habsburgers entstanden sind. Ich bin auch der Meinung, daß gerade dieser Habsburger eine so exzessive Abneigung nicht herbeizurufen könnte und daß der ganze Streit im Wesen ein nationaler mit chauvinistischen Zielen ist. Diese alten Methoden müssen aufgegeben werden. Wenn wir wieder noch kommen wollen, kann dies nur mit einem friedlichen Zusammenschluß aller Nationen bestehen. Die Friedensverträge müssen revidiert werden und an die Vernunft der Sieger muß der Appell gerichtet werden, daß sie die Fehler, die sie in den Friedensverträgen begangen haben, wieder gut machen.

GR. Klimes (Tscheche) sagt, die Wiener Tschechen hätten ein grosses Interesse daran, daß die Begebenheiten in der tschechisch-slovakischen Republik öffentlich besprochen werden, denn die Wiener seien falsch unterrichtet, denn sie hätten ihre Informationen eifrig aus den deutschen Blättern. Die Grossdeutschen hätten es am allerwenigsten notwendig Dringlichkeitsanträge wegen nationaler Untertriebe zu stellen, daß doch ihre einzige Sorge sein, solche vorbereiten und die Nationen gegeneinander aufzuhetzen. Sodann tritt Redner eine ausführliche Darstellung der bekannten Vorfälle in der Tschechoslowakei... GR. Klimes: Ich mache Sie aufmerksam, dass Ihre Redensart bald vorüber ist. GR. Klimes: Ich muss alles gründlich aufklären, damit einmal hier Ruhe wird. Herr Reumann: Nach der Geschäftsordnung stehen Ihnen 20 Minuten Redezeit zu. GR. Klimes (schreiend): Nein, ich werde weiter sprechen. GR. Klimes spricht noch einige Zeit weiter. Herr Reumann Herr GR. Klimes, auch Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten, ich entziehe Ihnen das Wort. GR. Klimes: Jeder kann sprechen so lang er will, ich bin noch nicht fertig und werde weiter sprechen. (Zwischenrufe bei der Mehrheit: Geschäftsordnung!)

Herr Reumann: Herr GR. Sirotek hat das Wort, ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen. GR. Klimes spricht weiter unter Gelächter der Christlich-sozialen. Herr Reumann: Nachdem Herr GR. Sirotek das Wort nicht ergreift, erteile ich dasselbe an den GR. Erntner. GR. Klimes: Sie wollen das, was ich sage, nicht hören, weil Ihnen das alles nicht passt. Während GR. Klimes noch weiter spricht, ergreift GR. Erntner das Wort. GR. Erntner (deutschnational) sagt, dass er im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Partei und des Christl. Sozialen einen Dringlichkeitsantrag eingebracht habe, der sich mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei beschäftigte, und dass sich die Christlichsozialen an ein bezügliches Einvernehmen gehalten hätten, während die Sozialdemokraten einen selbständigen Antrag eingebracht haben. GR. Eldersch habe sich weniger mit dem Geschehen in der Tschechoslowakei als mehr mit dem angeblichen deutschen Chauvinismus und den Vorgängen in Westungarn beschäftigt. Solange die rote Regierung am Ruder gewesen sei, habe unsere Regierung nichts un Westungarn beizubringen. GR. Klimes habe gesagt, dass alles, was in den deutschen Zeitungen über die Vorgänge in der Tschechoslowakei

zu lesen war, unwahr sei. Dem gegenüber sei es bekannt, dass die Tschechen ja alles abzuleugnen suchten.

GR. Klimes: O du heilige Dummheit! GR. Erntner: GR. Klimes, ich habe Sie nicht unterbrochen. Sie brauchen nicht vor mir wie ein Kaserl zu stehen, schauen Sie, da Sie vor hier gekommen.

GR. Klimes: Ich kann es ja, wo ich will. GR. Erntner zählt dann einige Fälle auf, wie Übel den Deutschen in Prag und an anderen Orten mitgespielt wurde, und mit dem Wunsche Ausdruck, dass endlich einmal für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei der Jag abbreche, wo ihr Selbstbestimmungsrecht bewahrt und beachtet werde.

GR. Dr. Slaschek (jüd.-national) erklärt, dass seine Partei den Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten schon aus dem Grunde begrüsse, weil diese grosse Partei sich gegen die Unterdrückung von Minoritäten entschieden werde. Aber die Sozialdemokraten sollten auch im eigenen Hause für Ordnung sorgen. Er sei autorisiert, dass bei jedem nationalen Streit zwischen Deutschen und Tschechen die Juden den Fingelknoten abgeben müssen, so auch in Prag und es befremde den Redner, dass die nichtjüdischen tschechischen Parteien dort kein Wort der Abwehr gefunden haben. Die Sozialdemokraten haben es auch unterlassen, gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft in Oesterreich in Wien viele Jahre hier wohnende Juden gleichsam vogelfrei erklärt, was energisch zu protestieren. Sie haben auch, wie es aus allgemeinmenschlichen Tendenzen Pflicht gewesen wäre, gegen die Unterdrückung der Polen und Horthy-Ungarn kein Wort der Abwehr gefunden. Aus diesem Grunde sind die jüdischnationalen nicht in der Anlage, für den Dringlichkeitsantrag zu stimmen. Sie werden sich zum Zielien des Protestes gegen das bisherige Verhalten der Mehrheit der Stimmabgabe enthalten.

GR. Kunschak (chr. Soz.): Ein Protest auf Raten ist kein Protest der jemandem imponieren kann. Wenn ein Gemeinderat nicht die Stunde Zeit findet, an dem Tage, wo die Entrüstung beantragt wird, sie auch auszusprechen, dann wird kein Mensch in der weiten Welt daran glauben, daß dieser Protest mehr ist, als eine bloße Spiegelfechtere eine Augenauswischerei. (Beifall bei der Minorität). Es ist richtig, wie der Herr Antragsteller sagte, es steht uns Oesterreichern in der Situation, in der wir uns befinden, überhaupt nur schlecht an, uns in die Lage des Protestierenden zu stellen. Unser Protest wird leider von niemandem ernst genommen. Wir sind eben faktisch ein total zusammengebrochener und was noch viel Ärger ist, ein von der Gnade der ganzen Welt und der freundlichen Gesinnung unserer Nachbarstaaten abhängiger Staat. Wir wissen, daß jeder unserer Nach-

bern die Möglichkeit hat, unsere Proteste als eine Einmischung in seine inneren politischen Angelegenheiten zu betrachten und mit Repressalien zu beantworten die uns viel tiefer treffen als unsere Proteste das Gemüt jener treffen für das wir sie erlassen. Wir sind eben Sklaven unserer wirtschaftl. Not, und müssen immer bedacht sein, dass wir nicht in Gläubigen unseren Volksgenossen eine Unterstützung zu gewähren, Unsere eigenen Staatsbürger in eine schwierige Situation bringen. Ich muss gestehen, dass das Verhalten der Tschechoslowaken gegenüber den Deutschen ein solches ist, das eines Protestes gar nicht bedarf. In der Kulturwelt ist diese Vorgehen ganz von selbst gerichtet. (Lebhafte Beifall bei der Minorität). Es sind auch Gründe vorgebracht worden, für die Zerstörung von Kunstdenkmalern. Wenn man glaubt, auf diese Weise die nationale tschechische Politik begründen zu können, so wird man sich sehr täuschen. Man können Denkmäler umwerfen, aber die Weltgeschichte wird immer bestehen. Diejenigen, die ein so hohes Kulturvolk wie die Deutschen in dem Staatsverbände bedrängen und unterdrücken, die untergraben selbst den Bestand der Nation und des Staates, auf den sie so stolz sind. Zur Frage der Legitimation betreffend die Antragstellung möchte Redner bemerken, dass eine Partei, die in einem Lande und in der Gemeinde daran teilnimmt, wie Volksgenossen ums Brot wehrt werden, habe keine Legitimation gegen Vorgänge, wie sie sich in der Tschecho-Slovakie zutragen, Protest einzulegen.

GR. Böhmer (Tscheche) meint, es wäre besser gewesen, mit einem solchen Dringlichkeitsantrag nicht in den Gemeinderat zu kommen. Es wundere ihn, dass man sich dagegen wende, wenn Habsburger Denkmäler in der Tschecho-Slovakie abgetragen werden, wenn man in Wien die Strassennamen nach den alten Habsburgern abschaffe. Man erlaube sich von den Rechten der Deutschen in Böhmen zu sprechen und in Wien gehe es doch immer Tausende von tschechischen Schulkindern, die keine Schulen haben.

GR. Sirotek (Tscheche) findet die ganze Dringlichkeitsangelegenheit durchaus nicht dringlich. Wenn der Wiener Gemeinderat sich in alle nachbarlichen Streitigkeiten einmischt, hätte er gar viel zu tun. Die Urheber des ganzen Streites sind die Reaktionsären Deutschen in der Tschechoslovakie, die noch immer die Habsburger hochhalten wollen. GR. Kunzschak habe über die Umlegung der Marienstatue geklagt. Die Tschechen erblicken in dieser Marienstatue ein Denkmal für die Unterwerfung des tschechischen Volkes nach der Schlacht am weißen Berge und es ist begreiflich, dass sie endlich dieses Schandmal beseitigen wollen.

GR. Karasek (chr. soz.): Das ist eine Gemeinheit!

GR. Klimesch (Tscheche): Sie bleiben nur hübsch ruhig! Sie haben noch nie den Mund in der Debatte aufgemacht.

GR. Sirotek (Tscheche) verweist dann auf den Umstand, dass trotz aller Urdrängen in Wien noch immer für 6000 tschechische Schul-

kinder nicht vorgesorgt ist. Seine Ausführungen werden von den tschechischen Gemeinderäten mit stürmischen Protestrufen begleitet und besonders die GR. Klimesch, Machet und Böhmer rufen unermüdetlich mit überlauten Stimmen: Das ist ein Skandal! Ein Kulturkandal, deutsche Barbaren seid Ihr, kein Kulturvolk, pfui, eine Schand! Das GR. Erstner (Deutschnational) zu diesen Zwischenrufen lacht, ruft ihm Klimesch heftig entgegen: Der Herr Erstner lacht, so ein Ungehöriger! Der Vorsitzende Bgm. Reumann gibt wiederholt das Glockenzeichen. Während der folgenden Ausführungen des GR. Sirotek dauern die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Tschechen und den Deutschnationalen und Christlichsozialen fort; letzteren wirft GR. Sirotek vor, dass sie die tschechische Schulangelegenheit absichtlich hemmen. Sie werden dabei von den Bürokraten unterbittet. Das sei ein Skandal und wenn das kein Ende nehme, werden die Tschechen Mittel finden, Ordnung der Angelegenheit zu erzwingen.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Der Dringlichkeitsantrag sei so hingestellt worden, als ob er ein Protest auf Raten wäre und als ob er eine unbefugte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten behalte. Die sozialdemokratische Partei habe die Initiative zu diesem Dringlichkeitsantrag nicht ergriffen. Dies geschah von deutschnationaler Seite und sei Partei war nur bestrebt diesen Dringlichkeitsantrag, der sehr unbequem ist, die überflüssigen Giftsätze herauszubringen. Seine Partei wollte in ihrem Antrag darstellen, dass sie eben alle chauvinistischen Hetzen, gegen die in Arch. Eger u. s. w. aber auch gegen die, die sich in Wien gegen Tschechen und Juden gerichtet haben. Er wolle nur an die Demonstrationen erinnern, wie sie von den radikalen Flügel der christlichsozialen Partei, den Orell-Leuten gemeinsam mit den Deutschnationalen am Kai veranstaltet wurden. Das war eine Kulturschande. Was die Standbilder des Kaiser Josef anlangt, so werden die Christlichsozialen über deren Abtragung keine besondere Erregung empfunden haben. Es wurde auch von der Abtragung der Marienstatue in Prag und der Kirche am weißen Berg gesprochen. Das Volk beurteile aber solche Vorfälle in solchen Momenten nicht dahin, ob hier ein Kulturwerk stehe. Es beurteile nur, welche Tendenzen mangelhaft waren, um ein solches Denkmal zusetzen. Die Bevölkerung sieht in diesen Dingen nichts anderes, als Zeichen die von den einseitigen Bedrückern gesetzt worden sind und die nun nicht mehr an die knechtische Vergangenheit erinnern sollen. Was die Juden in diesem Zusammenhange anlangt, so sind diese genau so eine gesittete Nation, wie die Tschechen, Deutschen, Rumänen u. s. w. und sie haben das Recht - nicht als Juden - unter Menschen, sondern als Menschen unter Menschen leben zu können. Wenn aber heute in Wien gegen die Tschechen losgegangen wird, so könne es uns passieren, dass in tschechischen Gebieten gegen die Deutschen dasselbe geschieht. Daher sollen solche chauvinisti-

Der Antrag werde ja keine besondere Bedeutung ausstrahlen, es werden die chauvinistischen Exzesse nicht aufhören. Der Antrag hätte aber viel besser ins Parlament gehört und es sei zu verwundern, dass die Großdeutschen in diesem Hause die Initiative nicht ergriffen haben, sondern es den Großdeutschen Gemeinderäten überließen solche Beschließen zu machen, wo man sich in einer solchen Bedrängnis befindet, aus der man nicht herauskönne. Herr Kollera Kunzschak hat uns die Legitimation für einen solchen Dringlichkeitsantrag abgesprochen und begründet sein Urteil damit, dass gerade die Sozialdemokraten es sind, die Gewaltakte an Personen anderer Parteirichtung üben. Dort wo Sie heute noch in der Majorität sind, sind Sie die Rücksichtslosesten gegen Angehörige anderer Parteien. Es freut mich außerordentlich, dass Herr Kollege Dr. Kienböck unter meinem Auditorium ist. Es besteht hier ein Kuratorium der Fondsgüter.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.): Es heisst Kuratorium des Kriegbeschädigten-Fonds.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Davon sind Sie Herr Doktor Vizepräsident, und darinnen haben die Christlichsozialen mit den Staatsbeamten eine verlässliche Majorität. Es wurde ein ehemaliger Beamter des Staatskanzleramtes, ein Sozialdemokrat, in das Kuratorium als Sekretär des Präsidenten versetzt. Dieser hat in der Kuratoriumssitzung die Rolle eines Schriftführers innehaben sollen. Herr Dr. Kienböck hat es aber nicht geduldet, dass dieser Staatsbeamte, weil er Sozialdemokrat ist, und gewisse aus keinem anderen Grunde, dort als Schriftführer fungiert. Sie beklagen sich über den Terror, der angeblich von Sozialdemokraten gegen Christlichsoziale verübt wird. Dort wo Sie noch heute an Ruder sind, üben Sie genau noch dieselbe alte Methode, wie aus der guten alten Husger-, Neumayer- und Weiskirchner-Zeit. Darum sage ich, es steht Ihnen nicht gut an, hier mit solchen Deklamationen zu kommen.

GR. Dr. Kienböck (christl. soz.) berichtet tatsächlich gegenüber der GR. Skaret, dass der Beamte Dr. Dechant ohne sein Wissen vom damaligen Staatskanzler Dr. Renner zum Sekretär bestellt wurde. Gegen diesen Vorgang habe Redner als Vizepräsident des Kuratoriums entschieden protestiert, weil er bei der Bestellung des Sekretärs sich nicht übergehen lassen. Als dann Dr. Dechant trotzdem zur Sitzung als Schriftführer zugezogen wurde, habe er allerdings auf seine Mitarbeit verzichtet. An der ganzen Blamage trage höchstens der Präsident Dr. Harpner die Schuld.

Bei der Abstimmung wird hierauf der Dringlichkeitsantrag Elgersch mit grosser Majorität angenommen.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über den Antrag wegen Aufnahme eines Darlehens von 350 Millionen Kronen aus Staatsmitteln und verweist darauf, dass diese Angelegenheit den Gemeinderäte schon in der Budgetberatung beschäftigte und dass schon damals eine staatliche Beihilfe für die Gemeinde Wien in Aussicht genommen worden sei. In Anbetracht der Notlage der Gemeinde und der Zinsenbedingungen für die Beschaffung von Geldern ist die Rate von 5½% mit dem Rückzahlungstermin bis 1. August 1925 nicht als drückend zu erachten. Redner bittet daher um Annahme des Antrages.

GR. Rummelhardt (christlichsozial) erhebt Protest dagegen, dass ein Geschäftsstück auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden sei, das auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Gemeinderates nicht stand, mit dem Hinweis darauf, dass die heutige Sitzung nicht als eine zweite Sitzung des Gemeinderates, sondern als die Fortsetzung der letzten Sitzung anzusehen sei, weil der Bürgermeister die Verhandlungen der letzten Sitzung abgebrochen habe, aber nicht geschlossen habe.

Bgm. Reumann erklärt, dass er die Verhandlungen in der letzten Sitzung tatsächlich abgebrochen habe, was gleichbedeutend sei, mit dem Schliessen der Sitzung. Er habe auch eine neue Sitzung ausschreiben lassen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) beantragt zur Errichtung des Johann Straussdenkmals einen Betrag von 200.000 Kronen für die noch erforderlichen Aufstellungsarbeiten des Denkmals unter der Bedingung zu gewähren, dass die Herbeischaffung der Granitsockel sofort verfügt und mit den Vollendungsarbeiten begonnen wird.

GR. Rotter (christlichsozial) gibt seinem Bedauern darüber heute Ausdruck, dass Strauss noch kein Denkmal in seiner Heimat habe, und meint, dass es interessant wäre, zu wissen, ob der Staat auch einen entsprechenden Teil beitrage.

GR. Rummelhardt (christl.-Soz.) nennt die Ausgabe der 200.000 Kronen eine gerechtfertigte und sagt, dass der Akt, den die Gemeinde damit vollbringe im Gegensatz zu dem, was sich die Staatstheaterverwaltung vor kurzer Zeit geleistet hat. Während die Stadt Wien bei jeder Gelegenheit deutsche Kunst und die deutschen Künstler unterstützt, wurde von der Staatstheaterverwaltung ein Akt gesetzt, der es den Wienern unmöglich macht, diese Kunststätten zu besuchen. Redner bespricht die einzelnen Preise, die in der Staatsoper und im Burgtheater festgesetzt wurden, und betont, dass es nurmehr Schiebern möglich sein wird, diese Theater zu besuchen. Ein Arbeiter, Lehrer, Beamter oder Geschäftsmann wird nicht mehr die Möglichkeit haben, in diese Bildungsstätten zu gehen. Redner bittet den Bürgermeister als Reprä-

tant der Gemeinde den nötigen Einfluss der Gemeinde dahin auszuüben, dass die genannten Bildungstätten den breiten Massen der geistigen und manuellen Arbeiter wieder zugänglich gemacht werden und dass sich nicht Leute dort befinden, die keinen „blauen Dunst“ und kein Verständnis für die Dinge auf der Bühne haben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent GR. Breitner (Soz. Dem.) gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Referat solches von keiner Seite bemängelt wurde und daß der Gemeinderat sich darüber einig ist, trotz seiner schlechten Finanzlage endlich an die Ausführung des Denkmals für Johann Strauß zu schreiten. Es ist richtig, daß ein Besuch von Oper und Burg nun auch zu den willkommenen unerschwinglichen Dingen für Arbeiter und Angestellte geworden ist. Es sind fast ausschließlich nur mehr Schieber, die sich regelmäßig diesen Kunstgenuss zu gönnen vermögen. Es ist dies eine Erscheinung, die sich nicht nur auf das Theater beschränkt, sondern die wir in noch viel schärferen Formen auf allen Gebieten des Lebens sehen. Sich satt zu essen, sich halbwegs anständig zu kleiden, nicht nur frieren sind Dinge, die zum Vorrecht der Besitzenden geworden sind. Es ist dies neuerlich ein Beweis, daß mit den geltenden Wirtschaftsformen eine Änderung nicht zu schaffen ist. Wenn eine Loge an der Oper 280.000 K im Jahr kostet, so werden wir dagegen keine Einwendungen erheben. Man könnte auch eine halbe Million fordern und es werden sich immer noch genug Protzen finden, die diese Summe bezahlen, um dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit aller Welt zu bekunden. Diese Summen aber müssen dazu verwendet werden, die Galeriesitze außerordentlich zu verbilligen. Das ist nun aber unseres Erachtens gewiss keine Angelegenheit, die von der angeblich behaupteten politischen Färbung des derzeitigen Leiters der Staatstheater abhängt, sondern die offenbar vom Bundesminister des Innern, den die Staatstheater unterstehen, zu verantworten ist. Die Gemeinde Wien hat das moralische Recht in dieser Beziehung Abhilfe zu verlangen, weil sie selbst trotz ihrer grossen Finanznot keine Opfer scheut, um den Arbeitern und Angestellten doch künstlerische Genüsse zu erschließen. Der Gemeinderat hat bekanntlich auch im Vorjahre einen Teil des Erträgnisses der Lustbarkeitssteuer zur Veranstaltung von Theater- und Musikaufführungen verwendet und ich kann dem Gemeinderat mitteilen, daß im laufenden Verwaltungsjahre rund 2 Millionen Kronen zur Verwendung für diese Zwecke gelangen. Allmonatlich ~~xxx~~ gibt die Gemeinde Wien 150.000 K dafür aus, um die sonst unerschwinglichen Eintrittspreise auf ein halbwegs erträgliches Niveau herabzudrücken. Allerdings wird dies immer schwerer, wenn derartige Steigerungen der Eintrittspreise sich vollziehen. Die Staatstheater weisen den Organisationen über-

dies viel zu wenig Aufführungen zu, so daß gerade der Besuch von Burg und Oper zu den allerseltensten Genüssen, die die Gemeinde den Arbeitern und Angestellten zu verschaffen vermag, gehört. Selbst in Friedenszeiten, als die Leistungsfähigkeit der Stadt Wien eine solche gewaltige gewesen ist, hat es eine solche Einrichtung nicht gegeben. Sie wurde erst von der gegenwärtigen Verwaltung geschaffen und es wird von der Gemeinde verlangt werden müssen, daß die Staatsregierung ihre Preispolitik in den Staatstheatern nicht bloß nach der Zahlungsfähigkeit der Schieber richtet, sondern auch auf jene Klassen Rücksicht nimmt, die auf ehrliche Weise das Geld verdienen. Es wird sich die Partei des Herrn Rummelhardt, aus der ja die derzeitige Regierung hervorgegangen ist, mit uns dafür einsetzen müssen, daß diesem Verlangen des Gemeinderates Rechnung getragen wird. (Beifall).

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über Nachfragskredite für verschiedene Neuherstellungen in den Gaswerken Simmering und Leopoldau und begründet diese hauptsächlich damit, dass die Preise für das Material erst bei Ablieferung seitens der Lieferfirmen festgestellt werden, mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und dem schlechten Stande unserer Valuta, da ein Teil der Auslagen in Markwährung ~~xxx~~ zu entrichten ist.

GR. Untermüller (christlichsozial) sagt, er wolle nicht darauf hinweisen, wie die gegenwärtige Minorität, als sie noch in der Minderheit war, zu Nachfragskrediten Stellung genommen habe, sondern eine andere Sache bespreche. Es werde gegenwärtig in ganz Simmering davon gesprochen, dass die Fassungen bei der Personalküche der Gaswerke in einem viel höheren Prozentsatz vorgenommen werden, als es der Zahl der Verköstigten entspreche. Er würde nichts dagegen einwenden, wenn diese Mehrfassungen der Arbeiterschaft zugutekämen. Doch wisse man nicht, wohin sie eigentlich gelangen. Er stelle daher den Antrag, dass der Gemeinderat aus seiner Mitte eine 6 gliedrige Untersuchungskommission einsetze, um die Gebarung in dieser Küche und in der Küche in Gaswerke Leopoldau zu prüfen und dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Vize-Bgm. Emmerling betont in seinem Schlüss Worte, dass seine Partei seinerzeit als Minderheit kein Recht gehabt habe, sich über Nachfragsforderungen anders zu äussern, als heute, da damals die Budgetierung eine ganz andere gewesen ~~xxx~~ ist, als heute. Was die Vorgänge in der Personalküche anlangen, so wäre es eine Missachtung der Direktion und der ganzen Verwaltung, wenn dem Antrag Untermüller zugestimmt würde.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag Untermüller abgelehnt.

Carl Schmidt (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Preise in den städtischen Bädern und betont, dass diese beantragte Erhöhung nicht den Absichten der Wiener Gemeindeverwaltung entspräche, dass sie aber aus der Not der Zeit heraus geboren ist. Im Budget ist ein Defizit von 8 Millionen Kronen vorgesehen, das sich aber bei Beibehaltung der gegenwärtigen Preise auf 22½ Millionen Kronen erhöhen werden. Angesichts der finanziellen Lage sei die Gemeinde nicht in der Lage, ein solches Defizit zu tragen und es bleibe ihr daher nichts anders übrig, als die Preise zu erhöhen. Die erhöhten Preise bedeuten aber nicht, dass ein Überschuss erzielt werden solle, sondern sie sollen nur zur Herabminderung des Defizites beitragen.

GR Angeli (christlichsozial) sagt, dass die Bäder zu allen Zeiten und bei allen Völkern eine Belastung für die städtische Verwaltung gebildet haben, weil sie eine hygienische Notwendigkeit sind. Auch die christlichsoziale Verwaltung habe schon in Friedenszeiten jährlich 400.000 Kronen daraufgezahlt. Die Erhöhung der Preise sei so unerhört hoch und wählelos durchgeführt, dass er namens des christlichsozialen Klubs erklären müsse, dass diese gegen die Erhöhung stimmen werden.

GR Grünbeck (christl.-soz.) weist darauf hin, dass alle Wohlfahrtsrichtungen wie die Spitäler, Leichenbestattung, Krankentransport und nun auch die Bäder eine unerhörte Preiserhöhung erleiden mussten. Aber der gewünschte Effekt werde nicht erzielt werden, da es der Bevölkerung nicht mehr möglich sein werde, die hohen Preise zu bezahlen. Er beantrage daher die Rückverweisung des Antrages der nochmaligen gründlichen Beratung.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, dieser wird von der Majorität angelehnt.

und nachdem sich GR Wawerka (christl.-soz.) gleichfalls gegen die Preiserhöhung ausgesprochen hatte, der Referententwurf unverändert angenommen.

SR Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über den Ankauf von 20.000 ^{kosten} Christbäumen, die zum Selbstpreise durch die Gemeinde an die Bevölkerung abgegeben werden. Ein Stück - es werden drei Größen gekauft werden - wird ungefähr 20 K kosten.

GR Dr. Glasauer (chr. soz.) sagt, er sei erstaunt darüber, dass die Gemeinde mit einigen Geschäftsleuten zu Weihnachten das Geschäft wegnehmen will und dass die sozialistische Gemeindeverwaltung plötzlich so viel Verständnis für die Gebräuche der christlichen Bevölkerung hat. Die Bevölkerung hätte es wahrscheinlich mehr begriffen, wenn wir auch heuer wieder, wie es unter Dr. Weiskirchner der Fall war, Lebensmittelsubvention zu Weihnachten bekommen hätte.

in früheren Jahren Christbäume auf diese Art an die Bevölkerung abgegeben wurden und dass die Gemeinde damit natürlich kein Finanzgeschäft machen kann.

Bei der Abstimmung wird der Referententwurf angenommen.

GR Siegel (Soz.-Dem.) beantragt für die bauliche Umgestaltung des ehemaligen Malaria-Spitals in der Hütteldorferstrasse in ein Versorgungshaus der Gemeinde Wien den Betrag von 200.000 Kronen zu bewilligen.

GR Dr. Glasauer (chr. soz.) verweist darauf, dass in einem Teile des Gebäudes sich eine liquidierende Stille befände, welche zur Zeit der Wahlbewegung die dortselbst befindlichen Pfinglinge der Gemeinde Wien politisch beeinflussen wollten und ihn selbst, obwohl er von den Pfinglingen darum gebeten wurde, mit Bruchialgewalt verhinderten, eine Ansprache zu halten. Er beantrage daher, dass diese militärische Stelle das Gebäude ehestens verlasse, da sie für die politische Freiheit und auch sonst für die Pfinglinge Beschwerden mit sich bringe.

GR Siegel (Soz.-Dem.) sagt, dass die militärische Stelle baldigst entfernt werden werde, weil das ganze ehemalige Malaria-Spital in ein Versorgungshaus umgewandelt werde.

Sodann wird der Referententwurf angenommen.

GR Dr. Dörsner (Soz.-Dem.) berichtet über die Gebühren gewählter Gemeindefunktionäre, deren Erhöhung nach den bekannten Anträgen ohne Debatte genehmigt würde.

Zu den Punkten 10 und 11 ist niemand zum Worte gemeldet, dieselben werden vom Bürgermeister für angenommen erklärt.

Ein formaler Abänderungsantrag des GR Wolfgang (chr. soz.) wird, nachdem der Referent sich dagegen ausgesprochen, abgelehnt und der Referententwurf angenommen.

SR Spieser (Soz.-Dem.) berichtet über das Übereinkommen zwischen den Brauereien der Stadt Wien und dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittel Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs wegen der Arbeits- und Lohnbedingungen im städtischen Brauhause und legt den Kollektivvertragsentwurf vor.

GR Doppler (chr. soz.) beantragt, dass bei den Verhandlungen wieder eine Minderheit von den Arbeitern nicht gefragt wurde und dass es ihr nicht möglich war ihr Votum abzugeben. Die Gemeindeverwaltung sei verpflichtet die Verwaltung zu führen und wenn sie Verhandlungen führen muß, so hat sie sie mit Angestellten der Gemeinde und nicht mit Parteiangestellten zu führen. Die Mehrheit werde sich auch daran gewöhnen müssen, nicht nur Protektion zu üben und sich nur mit einer Organisation an dem Verhandlungstisch zu setzen, so wie sie sich zu dem daran wird gewöhnen müssen, so umfangreiche Referate, wie das vorliegende rechtzeitig so anzustellen, dass sich die Gemeinderäte damit beschäftigen

GR Haider (chr.-soz.) will gegen den Vertrag keine wesentlichen Einhebungen erheben, kritisiert aber einzelne Punkte des Vertrages, die er als nicht annehmbar bezeichnet. Er kommt auch auf das Koalitionsrecht zu sprechen und sagt, dass in der letzten Zeit wieder 2 Strassenbahnen von dem Bahnhof Breitensee vom Dienste suspendiert wurden, der eine Geschäft, weil er in einer Verhandlung der Frontkämpfervereinigung war, der andere deshalb, weil er Obmann der christlichsozialen Bezirksorganisation ist. Im Laufe der Debatte reagiert Redner auf einen Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite, dass GRin Seitz-Motzko keine Wohnungsgeschieberei gemacht habe, sondern dass sie eine Wohnung im 9. Bezirk bestehend aus Zimmer und Küche und ihr Mann eine kleine Wohnung im 13. Bezirke inne habe, dass aber keine von beiden Wohnungen renoviert ist, diesem Ehepaare ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Auf einen weiteren Zwischenruf in der Debatte erklärt der Redner, dass der Arbeiterrat des 14. Bezirkes Krist sich mit 300 K hat bestehen lassen.

GR Rufe bei den Sozialdemokraten: Die christlichsozialen Bezirksrätin Astl hat ihre Wohnung um eine Viertelmillion Kronen einem Juden verkauft.

Rufe bei den Sozialdemokraten und Gegenrufe bei den Christlichsozialen.

GR Haider sagt am Schlusse seiner Ausführungen, dass die Verhältnisse, was den Terror anlangt, in keinem Lande der Welt solche Dinge zur Folge haben wie bei uns und spricht die Hoffnung aus, dass das Koalitionsrecht respektiert werde.

GR Weigl (Soz.-Dem.) konstatiert, dass seit der Organisation durch den Handels- und Transportarbeiterverband immer darauf gesehen wurde, Terrorakte zu vermeiden und die Möglichkeit zu nehmen, dass von der Gegenseite über Terror geklagt werden könnte. Haider und seine Kollegen müssen bestätigen, dass wiederholt eingegriffen wurde, dass aber dies nicht dazu geführt hat, um Ruhe zu stiften, sondern, dass dies die Anhänger Haider im Gegenteil sehr mutig gemacht hat und sie das Recht sich herauszunehmen zu dürfen glauben die anderen zu provozieren. Ich möchte hier konstatieren, dass diese Provokationen sich aufhören müssen, weil wir sonst die Bediensteten nicht von ihren weiteren Beschlüssen abbringen können. Die Mehrheit der Arbeiterschaft kann doch noch gezwungen werden, sich alles mögliche gefallen zu lassen. Solche Tatsachen müssen endlich einmal hier festgehalten werden.

Im Laufe der weiteren Ausführungen des GR Weigl kommt es zu lebhaften teilweise sehr erregten Szenen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die erst langsam wieder zur Ruhe im Saale führt.

5

Am Schlusse seiner Ausführungen sagt OR. Weigl, daß die Angehörigen der christlichsozialen Organisationen darüber aufgeklärt werden müssen, daß sie ihre Provokationen lassen, da kein Grund vorliegt, auf der einen Seite immer von Terror zu schreiben, wenn auf der anderen Seite die Provokationen bestehen. Was den Vertrag selbst anlangt, so hebt die Gemeindevertretung die Pflicht der Unterhändler nicht zu desavouieren und der Antrag ist daher anzunehmen.

ORin. Gürtner (chr. soc.) befragt, daß in dem Vertrage für die Arbeitsleistung der Frauen gegenüber den Männern zurückgesetzt erscheint und beantragt, daß die Hilfsarbeiterin gleich dem Hilfsarbeiter im Grundlohn und in den Zulagen zu halten sei.

StR. Grünwald (Soz.-Dem.) sagt, daß die Stellenvermittlung deshalb dem Lebens- und Genußmittel Arbeiterverband überlassen werden soll, weil er überhaupt die einzige Stelle ist, die zweckmäßige Arbeiter für das Brauhaus der Stadt Wien beschaffen kann. Redner kommt weiter auf den Fall Motako-Seitz zu sprechen.

OR. Rumelhardt (chr. soc.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Bürgermeisters gelegentlich der Unterbrechung der Rede des OR. Weigl, daß die Rede des OR. Doppler von Gemeinheiten strähe und erklärt namens seiner Parteigenossen, daß er darauf bestehen müsse, daß der Bürgermeister diesen Ausdruck zurücknehme.

Bgm. Reumann: Wenn von Ihrer Seite gegenüber dem Vorsitzenden immer und immer wieder in einer solchen Weise vorgegangen wird, wie hier, dann dürfen Sie sich nicht wundern, über scharfe Ausdrücke auch von meiner Seite. Ich bin von Ihrer Seite sogar persönlich beschimpft worden, habe aber sogar dies geduldet, damit die Würde des Gemeinderates nicht noch mehr herabgedrückt wird. Ich bin ja sehr gerne bereit, diese Würde zu wahren, aber dann müssen auch alle Herren in diesem Saale das gleiche tun, und nicht erwarten, daß der Vorsitzende alles ruhig hinnimmt. Ich bedaure es ungemein, daß solche Vorfälle sich hier in Saale abspielen und bedaure es auch, daß die Angelegenheit Motako hier zur Sprache gekommen ist. Ich bedaure es ebenso, daß ich den Ausdruck gegenüber der Rede des OR. Doppler gebraucht habe, aber Sie werden es auch begreiflich finden, daß unter solchen Umständen eine ruhige Leitung der Sitzung unmöglich wird. Der Vorsitzende kann ja nicht gewalttätig gegen einzelne Redner vorgehen und er wird zur lächerlichen Figur, wenn alles zusammenwirkt, daß seine Worte keine Beachtung finden.

OR. Schmitz (chr. soc.): Merkt's Euch das! Neuerliche erregte Zwischenfälle bei der Mehrheit des Saales: Unerhört, Hausknechtmanieren. Das kann man sich auf die Dauer nicht gefallen lassen!

Nachdem sich auch die Erregung über diesen Zwischenfall gelegt hat, hält der Referent sein Schlusswort.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Miesler.

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 4. Dezember 1920, Nr. 386.

Margarineausgabe. Vom 5. bis 11. Dezember werden bei den städtischen Margarineabgabestellen und Konsumentenorganisationen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des Abschnittes 22¹ der Fettkarte ausgegeben.

Mehlausgabe. Vom 5. bis 11. d. M. gelangt 1/4 kg Mehl und 1/4 kg Reis pro Kopf zur Ausgabe. Infolge der bestehenden Transportschwierigkeiten dürfte die Ausgabe jedoch erst Ende der Woche erfolgen können.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 4. Dezember 1920, Nr. 387.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag vormittags eine Sitzung ab, der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die Beförderung von Wintersportgeräten mit der Strassenbahn ist an Sonn- und Feiertagen und Werktagen mit nachstehenden Bestimmungen gestattet: Skier dürfen auf der vorderen Plattform der Trieb- und Anhängewagen befördert werden, wenn sie rein und trocken sind, den Wagen nicht beschädigen, niemand belästigen und von Fahrgästen auf derselben Plattform beaufsichtigt sind. Kein Fahrgast darf mehr als 2 Paar Skier mit sich führen oder beaufsichtigen. Sie dürfen nicht durch das Wageninnere getragen werden, sind von der (in der Fahrtrichtung) linken Straßenseite auf die Plattform zu bringen und dürfen weder das Ein- und Aussteigen behindern, noch über den Wagengrand hinausragen. An Sonn- und Feiertagen dürfen die Skier bis 1/2 8 Uhr morgens auch auf der hinteren Plattform aller Wagen befördert werden. In den als „Sportwagen“ bezeichneten Wagen dürfen sie auch in das Wageninnere mitgenommen werden, wenn sie dort lotrecht gehalten werden können. Die Beförderung von Rodeln ist nur erlaubt, sofern sie unter den Sitzen oder sonst nach den allgemeinen Beförderungsvorschriften untergebracht werden können.

Liebesgaben im II. Bezirk. Die im 2. Bezirk wohnhaften bedürftigen Familien erhalten Montag, den 6. Dezember von 2 - 4 Uhr nachmittag beim Frauenarbeitskomitee II. Bez. Karmelitergasse 9 gegen Vorweisung des Fürsorgeblattes Retkohl. Die Ausgabe der britischen Lie-

besgaben für Kleinkinder im Depot II., Sperrgasse 2a findet nicht Mittwoch, sondern Freitag den 10. Dezember.

Das historische Museum der Stadt Wien bleibt wegen der Vorbereitungen für die mitte des Monats beginnende Bethovensausstellung vom 6. Dezember an geschlossen.

Petroleumbezugskarten für geistige Heimarbeiter. Die Erdölstelle hat der Gemeinde Wien verübergewährt ein grösseres Petroleumkontingent zur Verfügung gestellt. Es erhalten daher alle jene Personen, welche zum ständigen Erwerbe berufliche geistige Heimarbeiten verrichten sowie jene Personen, welche vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Interesse schriftliche Arbeiten in ihrer Wohnung erledigen müssen, an Stelle ihrer bisherigen Petroleumbezugskarte für die Wohnung eine Petroleum- und Kerzenbezugskarte für Heimarbeiterwohnungen. Der Anspruch ist ab 13. Dezember l. J. bei den zuständigen Brotkommissionen während der gewöhnlichen Amtsstunden geltend zu machen und sind folgende Belege beizubringen: die gültige Petroleumbezugskarte für die Wohnung samt bestelltabschnitt eine schriftliche Bestätigung des Auftraggebers, welche die geistige Heimarbeit nachweist, endlich der Meldesettel und ein Personaldekret der anspruchsberechtigten Partei. Hinsichtlich der Gebarung mit der umgetauschten Heimarbeiterkarte bleiben die bekannten allgemeinen Bestimmungen aufrecht.

Uebersiedlung des Invalidenamtes. Das Invalidenamt Wien und die Geschäftsstelle des Fürsorgeausschusses für Kriegshinterbliebene, XVI. Gablenzgasse 60 überzieht am 6. Dezember nach Wien, VIII. Josefstädterstrasse 39. Es findet daher vom 6. bis 12. Dezember kein Parteienverkehr statt. Spitalsbedürftige Kriegsbeschädigte mögen sich während dieser Woche unter Mitnahme ihrer militärischen und zivilen Dokumente direkt an die Zivil- und Militärspitäler wenden, wo sie nach Feststellung der Kriegsbeschädigung und der Dringlichkeit einer Heilbehandlung Aufnahme finden können.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Weihnachtsaktion: VII. Burggasse 16, 8 - 12, und 2 - 8 Uhr, am 8. Dezember von 8 - 12. Spielwaren in reicher Auswahl, auch Handarbeiten, Beschäftigungs- und Gesellschaftsspiele, Christbäumchen, Christbaumschmuck und -Kerzen, Schokolade, Kakao, Bonbonières, Woll- und Wirkwaren, Handkragen, Taschentücher, Hosenträger, Nähseide, Einkaufstaschen, Küchengeräte, Bürsten und Besen. Textilwarenabgabestellen: ab Dienstag: Herrenhüte, Herren- und Damenhandschuhe, Modestoffe, Flanell für Damenblusen, Lausitzer Barchent für Bauernjanker, Blaudruck- und Dirndstoffe.

6

Die Anträge des Referenten werden sodann unverändert angenommen.

Der Bürgermeister ergänzt nun, daß zu den Posten 13, 15 und 16 niemand zum Worte gemeldet ist, dieselben daher als angenommen gelten.

GR. Broozyner (Soz. Dem.) berichtet sodann über einen Zuschußkredit für die gewerblichen Fortbildungsschulen.

Hiezu sprechen die GRs. Wawerka und Täubler, worauf der Referentenantrag einstimmig angenommen wird.

Hierauf erhält GR. Haider (chr. soz.) das Wort zur Begründung eines Dringlichkeitsantrages wegen Beurlaubung eines Schaffners und eines Fahrers des Straßenbahnhofes Breitensee, welche der Gewerkschaft christlicher Arbeiter angehören.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und derselbe der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Nach Erledigung der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung, wird die Gemeinderatssitzung geschlossen.

W I E N E R L A N D T A G.

Sitzung, vom 3. Dezember 1920.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet sodann die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien als Landtag für Wien und teilt mit, daß sich das Immunitätskollegium des Landtages konstituiert hat und zu seinem Obmann Dr. Scheu und zum Stellvertreter Angelle gewählt hat.

Berichterstatter Broozyner referiert sodann über die Gesetzesvorlage betreffend die von der Gemeinde Wien einzuhebenden Kanzleigebühren.

Es sprechen hiezu die Abgeordneten Dr. Glassner (chr. soz.), Feldmann (Deutschnational), Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat), welcher die späte Stunde, zu welcher die Landtagsitzung eröffnet wurde, einer Kritik unterzieht.

Der Präsident Dr. Danneberg erklärt, daß, da die Gemeinderatssitzungen sich derart auszudehnen scheinen, in Zukunft vielleicht insoferne Vorsorge getroffen werden könne, daß die Landtagsitzungen vor den Gemeinderatssitzungen abgehalten werden.

Damit ist die Generaldebatte über das Gesetz geschlossen.

Der Referent erklärt sich in einem Schlussworte mit dem Antrage Feldmann auf Streichung der Post 25 „Anzeige von Religionsaustritte“, einverstanden.

In der nun folgenden Spezialdebatte spricht Frau Amalie Seidel (Soz. Dem.), welche einige stilistische Abänderungsanträge stellt. Diese, sowie der Antrag Feldmann werden angenommen und das Gesetz sodann in erster und zweiter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Der Tag der nächsten Sitzung wird schriftliche bekanntgegeben.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag den 4. Dezember 1920. Abendausgabe.

Theater- und Kinevorstellungen im Versorgungsheim Lainz. Seit einiger Zeit sind seitens der Gemeinde Verarbeiten im Zuge, um für die 6000 Pflöglinge des städtischen Versorgungshauses in Lainz die Möglichkeit des Genusses einer Theater- und Kinevorstellung sowie musikalischer Darbietungen zuzuschaffen. Derartige kommunale Einrichtungen hat es bisher nicht gegeben. Die technischen Voraussetzungen hierfür sind in immerhin zulänglicher Masse vorhanden, indem der Saal der Kantine für etwa mehr als 200 Personen Raum bietet und auch mit einer Bühne ausgestattet ist. Letztere steht schon seit Jahren überhaupt nicht mehr in Benutzung und wurde früher einmal einer Privatgesellschaft, die den Insassen von Lainz einige Zerstreuung bieten wollte, gelegentlich überlassen. Nun besteht die Absicht, es als ein Stück der Gemeindeobliegenheit zu betrachten, diesen alten, arbeitsunfähigen gewordenen Menschen, die eine ganze Stadt für sich bilden, nicht bloss Obdach und Nahrung zu geben, sondern auch geistige Anregung und ein bißchen Vergnügen. In diesen bitteren Zeiten ist eine solche Aufheiterung und Ablenkung den vom Leben ohnehin ungnädig behandelten Menschen gewiss zu gönnen. Die Verwirklichung dieses Planes kann als völlig gesichert gelten und die erste Verführung wird voraussichtlich bereits am 10. Dezember erfolgen. Der Besuch der Veranstaltungen wird für die Pflöglinge selbstverständlich vollkommen kostenfrei sein. Zunächst ist geplant an jedem Samstag, sei es eine einfache Theatervorstellung, sei es Wiener Musik und Lieder oder besonders gut ausgewählte Filme zu bieten. Falls es sich zeigt, dass den Pflöglingen damit eine besondere Freude bereitet wird und der Zuspruch ein sehr starker ist, sollen auch zwei Vorstellungen in der Woche veranstaltet werden. Leider ist ein grosser Teil der Bewohner des Versorgungshauses infolge des schlechten Gesundheitszustandes - die Spitalsabteilung beherbergt mehr als 2000 Kranke - von dem Besuche ausgeschlossen. Es ist jedoch beabsichtigt, in geeigneter Weise auch in den Tagräumen der Spitalsabteilungen Aufführungen zu veranstalten und so auch diesen Kreis ein paar heitere Stunden zu bereiten.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im Oktober. Mit dem Fortschreiten der ~~sz~~ kälteren Jahreszeit ist der Krankenstand und die Sterblichkeit der Stadt im Oktober ein wenig in die Höhe gegangen, ohne dabei die normalen Grenzen zu überschreiten. Von den Infektionskrankheiten hat der Scharlach eine ziemlich starke Verbreitung gefunden, während die übrigen Krankheiten normale Verhältnisse zeigten. Der im September im Rudelfiner Haus entstandene Blatternherd wurde vollständig getilgt und hat im Oktober keine Nachfälle gebracht. Die Sterblichkeit war höher als im September; doch stehen den 2219 Todesfällen rund 2236 Lebensgeburten gegenüber, sodass ebense wie im September ein kleiner Geburtenüberschuss festzustellen ist. Insgesamt starben im Oktober 2219 Personen, die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane mit 436 Fällen.

Die Beteiligung mit Säuglingswäsche. Das amerikanische Rote Kreuz hat kürzlich eine grosse Anzahl von Postkarten an Wiener Mütter versendet, mit der Aufforderung, sich bezüglich der Beteiligung von Säuglingswäsche an die Depots der „Gesellschaft der Freunde“ zu wenden. Irrtümlich wurden solche Karten auch an Mütter gesendet, die keinen Anspruch auf Beteiligung mit Wäsche haben, denn es wird darauf aufmerksam gemacht, dass für die Beteiligung mit Säuglingswäsche nur jene Kinder in Betracht kommen, die gegenwärtig nicht über 3 Monate alt sind. Die Beteiligung eines Kindes mit Säuglingswäsche kann nur einmal erfolgen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung beschlossen, den Mitgliedern der schwedischen Hilfsaktion „Rädda Barnen“ Elsa Björkman, Berenin Uggla, Frau Gerda Seth, Direktor Struwe und Fräulein von Bildt in Anerkennung hervorragender Verdienste um die Wiener Kinderfürsorge die eiserne Salvatormedaille zu verleihen.

Wiener Kommunalsparkasse Döbling. Im Monate November wurden von 737 Parteien K 2,669.931.- eingezahlt und an 620 Parteien K 2,249.434.- rückgezahlt. Der Gesamteinlagenstand betrug am Ende des Monats K 27,721.763.- auf 14.702 Konten. Stand der Einlagen im Scheckverkehre betrug K 3,411.296.-, der Stand der ausstehenden Hypothekar-Darlehen K 12,534.321.- der Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 49.301.- und der Stand der Wertpapiere (Nominale K 9,443.050.-.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 6. Dezember 1920, Nr. 388.

Beethovenausstellung im Rathaus. Bekanntlich beabsichtigt die Gemeinde Wien anlässlich der 150. Wiederkehr des Geburtstages des großen Meisters im Rathaus, in den Räumen des Museums der Stadt Wien eine Gedächtnisausstellung zu veranstalten. Die Verarbeiten für diese Ausstellung, die äußerst sehenswert zu werden verspricht, sind bereits soweit vorgeschritten, daß die Eröffnung zeitgerecht am 16. Dezember erfolgen wird. Die Ausstellung wird mit Ausnahme des Montag jeden Tag geöffnet sein. Um den Angestellten und Arbeitern den Besuch der Ausstellung zu erleichtern wird sie auch an Samstagen bis 4 Uhr nachmittags offen gehalten werden. Der Eintritt in die Ausstellung ist frei, nur an einem Tag in der Woche wird ein Eintrittsgeld eingehoben werden. Schulen und Vereine wird bei korporativen Besuch eine fachkundige Führung von Seite der Museumsdirektion beigelegt werden, doch sind solche korporative Besuche vorher anzumelden, damit die Direktion den Zeitpunkt für einen solchen Besuch bestimmen kann.

Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat in seiner letzten Sitzung auf Vorschlag des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, eine neue Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder zu eröffnen. Die Schule befindet sich im 17. Bezirk, Arzberggasse. Gleichzeitig wurde in der bereits bestehenden Hilfsschule im 10. Bezirk, Favorisenstraße eine Parallelklasse zur vierten Klasse errichtet, da die Zahl der Schüler diese Klasse die für Hilfsklassen festgesetzte Zahl von 20 Schülern überstiegen hatte.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 7. Dezember 1920, Nr. 390.

Wettbewerb für Kleinplastik. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltung wurde über Antrag des amtsführenden StR. Richter beschlossen, einen Wettbewerb für Kleinplastik auszuschreiben. Es wird eine Anzahl namhafter Wiener Künstler aufgefordert werden, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Für die fünf besten Arbeiten sind Preise im Gesamtbetrag von 25.000 K vorgesehen. Der Wettbewerb ist dazu bestimmt, Wiener Künstlern Gelegenheit zu geben, sich schaffend zu betätigen. Jeder Künstler, der

an der Konferenz teilnimmt, wird für seine Arbeit mit einem Betrag von 1000 K entschädigt, so daß auch jene Künstler, die nicht mit Preisen bedacht werden, durch die Beteiligung an der Konkurrenz keinen Schaden erleiden.

Das Frauenarbeitskomitee für den 13. Bezirk bringt am Freitag, von 1 - 5 Uhr eine kleine Menge Rotkraut an Pensionisten und Pfründner zur Verteilung. Ein Häufel per Fürsergeblatt, Meldezettel und Fürsergeblatt mitbringen. Verteilungsort Eduard Kleingasse 2.

Regelung der Bezüge der beamteten Gemeindefunktionäre. Nach einem Referat des GR. Dr. Danneberg hat der Finanzausschuss beschlossen, dem Gemeinderat eine Neuregelung der Bezüge der gewählten beamteten Gemeindefunktionäre vorzuschlagen. Die amtsführenden Stadträte erhielten bisher die Bezüge der Unterstaatssekretäre. An die Stelle der Unterstaatssekretäre sind nun durch die Bundesverfassung die Staatssekretäre getreten. Die amtsführenden Stadträte sollten nunmehr die Bezüge der Staatssekretäre erhalten, jedoch mit der neuen Einschränkung, dass ihnen nur die halbe Funktionsgebühr der Regierungsmitglieder zukommt. Der Bürgermeister, der in Friedenszeiten einen um die Hälfte höheren Gehalt als der Ministerpräsident hatte und der seit der letzten Festsetzung der Gebühren in seinen Bezügen dem Staatskanzler gleichgestellt war, erhält nach dem neuen Antrag nur die Bezüge eines Ministers. Ausserdem wurde beschlossen, dass dem Bürgermeister und den amtsführenden Stadträten nicht nur alle Aktivitäts-, sondern auch alle Pensionsbezüge, die sie etwa von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft erhalten, in Abzug gebracht werden. Ausserdem wird ihr Diensteinkommen auch um die Diäten vermindert, die sie als Mitglieder des Bundesrates erhalten. Ferner sollen die Vizebürgermeister-Zulagen nur dem Vizebürgermeister zukommen, der nicht auch amtsführender Stadtrat ist. Gleichzeitig wurde auch eine Regelung der Bezüge der Bezirksversteher und deren Stellvertreter, sowie der Armeninstitutsversteher und deren Stellvertreter vorgenommen. Die Bezüge der Bezirksversteher steigen von 2500 auf 4000, die der Stellvertreter von 300 auf 500, die der Armeninstitutsversteher von 300 auf 600 und die ihrer Stellvertreter von 100 auf 200 K monatlich. Die Verlage wurden heute im Stadtsenat einstimmig genehmigt.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischen.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 9. Dezember 1920, Nr. 391.

Die Zukunft der Volkseper. Vom Präsidium des Stadttheatervereines „Volkseper“ erhalten wir folgende Zuschrift: In den letzten Wochen tauchten über die Zukunft der Volkseper in den Blättern Gerüchte auf, die von einer bevorstehenden Angliederung derselben an die Staatstheater, von einer Aenderung ihrer bisherigen Verwaltung, bzw. der Direktien wissen wollten, ja mit großer Bestimmtheit von weit vorgeschrittenen Beratungen in dieser Richtung erzählten, womit sich die Verwaltung Staatstheater beschäftige. Da den leitenden Kreisen, Vereinspräsidium und Direktien der Volkseper kein Umstand bekannt war, der diese Gerüchte veranlassen hätte können und dahin die vielen Anfragen aus den weiten Kreisen der Freunde der Volkseper nicht befriedigend beantwortet werden könnten, wandte sich der Vizepräsident des Vereines Volkseper, Stadtrat i.P. Femela, an die Verwaltung der Staatstheater mit dem Ersuchen, über dort etwa bestehende Pläne hinsichtlich der Volkseper ganz offen Nachricht zu geben. Daraufhin erfolgte im Auftrage der Staatstheaterverwaltung durch die Direktien der Staatseper die Antwort in welcher es heißt: „Weder die Staatstheaterverwaltung noch die Direktien der Staatseper hat sich mit dem Gedanken einer Uebernahme der Volkseper beschäftigt, deren selbständige Existenz auch weiterhin in jeder Weise wünschenswert ist. Wenn von einer offiziellen Dementierung dieser Zeitungsnachrichten unsererseits abgesehen wurde, so geschah dies, weil auch wir vollkommen darüber im Unklaren waren, aus welchen Quellen diese Nachrichten stammten. Die Direktien der Staatseper ist selbstverständlich bereit, im Falle nochmaligen Auftauchens dieser Nachrichten eine offizielle Richtigstellung zu veranlassen oder auch, wenn Sie dies wünschen sollten, auf die bereits erschienenen Notizen besichtigend zu erwidern. Die Direktien ist der sicheren Ueberzeugung, daß mit einer einzigen unzweideutig abgefaßten Presnotiz die Nachrichten, die geeignet sind, Verwirrung und Berunruhigung in die Kreise der an der Volkseper Beteiligten zu bringen, vollkommen abgetan sein werden.“

Karl Friedrich Büsch + Montag verschied Karl Friedrich Büsch, gewesener Stadtrat und Bezirksschulrat der Stadt Wien, Vizepräsident des Vereines für Asyl- und Obdachlose etc. im 75. Lebensjahre. Das Leichenbegängnis fand heute in Enzenreit bei Gleggnitz statt.

Empfang der internationalen Denaukommission. Heute abends wurden die in Wien weilenden Mitglieder der internationalen Denaukommission im Rathaus von Bgm. Reumann und den Vizebürgermeistern Emmerling und Hesse, sowie den amtierenden Stadträten empfangen. Von den Mitgliedern der Denaukommission waren u. a. erschienen: Admiral Treubridge, Leutnant Treubridge und Mister Merry (Engländer), Generalinspektor André Charguéraud und Rechtskonsulent Charguéraud-Hartmann (Frankreich), Carlo Resetti und Kapitän Marezzi (Italien), Botschaftsminister Dr. Seeliger, Staatssekretär Peters u. a. (Deutsche Delegation), Georges Lazareff (Bulgarien), bev. Minister C. Cantzasou und Schiffskapitän Betex (Rumänien) Gesandter Ristič, Kapitän Willfan und M. Demainke (Jugoslawien), Staatssekretär B. Müller, Vaitech Krbec und Professor Sarček (Tschechoslowakei), Staatssekretär von Mikleavár und Herrin von Jármy (Ungarn), sowie die Mitglieder der Österr. Delegation und des Generalsekretariats der Kommission. Weiters für die Denauregulierungskommission Landeshauptmann Sever und Steiner, für die Denaudampfschiffahrtsgesellschaft Präsident Schenk und Generaldirektor Czatory. Von der Regierung waren erschienen: Bundeskanzler Dr. Mayr und die Bundesminister Heindl und Fests, endlich vom Magistrat Mag. Dir. Dr. Hartl, Baudirektor Fiebiger, der Vorstand des Präsidialbüros Ob. Mag. Ret Gmeindler und andere.

Bgm. Reumann begrüßte die Erschienenen mit folgender Ansprache: Es gereicht der Stadt Wien zur Ehre und aufrichtigen Freude, die hochgeschätzten Herrn Mitglieder der internationalen Denaukommission in Wien begrüßen zu können, und ich heiße Sie, indem ich Ihnen meinen wärmsten Dank dafür zum Ausdruck bringe, daß Sie sich entschlossen haben, diesmal in unserer Stadt Ihre Beratungen durchzuführen, im Wiener Rathaus von ganzem Herzen willkommen.

Es ist uns daran gelegen, Sie, meine sehr geehrten Herren, davon überzeugen zu können, daß dieser Willkommengruß mehr ist, als eine konventionelle Pflicht, mehr als ein Akt internationaler Höflichkeit. Tiefer als alle noch so notwendigen Formen des wechselseitigen Verkehrs ist im Herzen der Wiener Bevölkerung verankert das innige Bedürfnis nach Freundschaft mit allen übrigen Kulturnationen, das befreiende Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Menschen, die mitarbeiten an den kulturellen Zielen der Völker. Dieses von Grund auf friedfertige Wesen der Wiener drängt nach dem

Zwange der letzten Jahre zur Betätigung und erkennt in der Organisation, die durch die Schaffung der internationalen Denaukommission gebildet worden ist, ein Instrument zur Erreichung unserer gemeinsamen Kulturaufgaben, welches geeignet ist, Völker einander näher zu bringen und etwaige Hemmnisse in ihrem friedlichen Wettbewerb zu bannen.

Sie sind uns, meine geehrten Herren, von Herzen in unserer Stadt auch deshalb willkommen, weil Sie sich mit einer Frage befassen, die für unsere Existenz hoch bedeutsam ist. Von Gebirgen umschlossen und besengt, nicht ausgestattet mit jenen Naturprodukten, welche Voraussetzung der schaffenden Arbeit sind, weist die ganze Situation und Beschaffenheit unseres armen Landes auf jenen Weg hin, der allein imstande ist, uns aus unserer Abgeschlossenheit hinauszuführen, auf den Wasserweg der Donau, die uns die Quelle der Kraft und des Verkehrs selbst muß.

Sehr verweben ist das Schicksal des Volkes, das zwischen dem Inn und der ungarischen Ebene angesiedelt ist, mit dem Strom, der sein Land durchzieht, daß er das nationale Wahrzeichen des Landes wurde, an dem sich Dichtkunst und Sage und Lied emperankte. Die Donau entlang führt uns das herrlichste Nationalesepos unseres Volkes aus vergangenen Zeiten und die Reihe der nationalen Kunstschöpfungen, zu denen der Strom anregte und begeisterte, kann fortgesetzt werden bis in unsere Tage.

Aber nicht nur zur Kunst geleiten uns die Wege des Stromes, sie verhelfen uns auch zu schaffender Arbeit, der wir uns jetzt wieder mit voller Kraft widmen wollen und müssen. Gewichtige Anlagen entstanden in den letzten Jahren an den Ufern der Donau, entlang unserer Stadt und weitere Pläne harren der Ausführung und Vervollendung.

Ich habe mir erlaubt, in einem der Nebenräume eine kleine Zusammenstellung über diese Denauanlagen zu veranstalten, und ich wäre glücklich, wenn die sehr geehrten Herren einen Blick auf diese Pläne werfen wollten.

Und nun möchte ich unserem innigen Wünsche Ausdruck geben, daß Sie sich, meine sehr geehrten Herren, in den wenigen Tagen, die Sie in unserer Stadt zubrachten, wohlgefühlt haben. Wenn Sie zurückkehren werden in Ihre Heimat, dann nehmen Sie die Überzeugung mit, daß hier in diesem Lande zwar ein durch den Krieg verarmtes, aber arbeitsfrohes und für alles Schöne und Edle begeistertes Volk lebt, das nichts sehnlicherer herbeiwünscht, als die Erlangung der Lebensmöglichkeit und eine friedliche Entwicklung in gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Völkern.

Möge Ihren Arbeiten ein Erfolg beschieden sein, der zu diesen Zielen führt.

Ministerialrat Buckel von der Österr. Sektion übersetzte die Rede des Bürgermeisters ins Französische.

Admiral Van Treubridge erwiderte sodann in deutscher Sprache:

Im Namen der Delegierten der internationalen Denaukommission erlaube ich mir, Ihnen unseren wärmsten Dank und unsere volle Anerkennung für die herzliche Aufnahme auszusprechen, welche die Stadt Wien der Kommission gewährt hat.

Diese Kommission, meine Herren hat das Mandat erhalten die Donau zu verwalten bis die durch die Friedensverträge eingesetzte internationale Konferenz die definitiven Statuten für den Strom entwerfen haben wird.

Es ist nicht leicht, die verschiedenen Interessen der acht Donauländer und der Nicht-Donauländer, mit denen die Handelsbeziehungen stehen, in ein harmisches Ganze zusammenschmelzen. Für einige der Donauländer stellt eine internationale Donau die einzige Kommunikationslinie dar, auf welcher sie nach den Verträgen ein absolutes Transportrecht zum offenen Meer haben. Für andere Donauländer, welche sich des Besitzes einer Seeküste und Häfen an derselben erfreuen, bildet die internationale Donau eine Kommunikationslinie zweiten Ranges. Für alle ist sie aber eine ungenügendes wirtschaftliches Gut, nicht nur für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse und die Einfuhr ihrer Rohmaterialien, sondern auch für die Ausnutzung ihrer großen Wasserkraft zur Beheizung von Triebkraft für viele Industrien und andere Zwecke. Der Zweck der Kommission ist der folgende: Es ist unsere Pflicht den internationalen Charakter dieser großen Wasserstraße aufrecht zu erhalten und das Möglichste zu tun, um auf dem breiten Strom den Handelsverkehr aller Nationen ohne Ausnahme zu unterstützen und zu erleichtern. Es ist dies Sache der Donauländer selbst, aus den Ergebnissen unserer Arbeiten den höchsten Vorteil zu ziehen. Das kann aber nur erreicht werden, wenn die Völker aller Staaten, der neuen und der alten, jene wirtschaftlichen Beziehungen aufnehmen, die auf die Wohlfahrt der Gesamtheit der Völker Mittels- und Südeuropas absolut unerlässlich sind. Es scheint mir, daß das die größte Pflicht ist, die heute den Staatsmännern Europas und insbesondere den Staatsmännern der Uferstaaten obliegt. Ich habe im Laufe meiner Dienstpflichten Gelegenheit gehabt, alle Donauländer von Ulm bis Galatz persönlich zu besuchen. Was findet man da? Hier gibt es einen Ueberfluß an Nahrungsmitteln, dort mangelt es daran und die Leute verhungern. Hier gibt es Kohlen und Holz im Ueberfluß, dort wieder stehen Fabriken still und Kinder leiden unter der Kälte. Hier gibt es Benzin und andere Oele. Dort hingegen gibt es große Agrikulturdistrikte, die nichts produzieren, weil ihnen diese notwendigen Produkte fehlen. Gerade dem Laufe der Donau

entlang können diese und andere Anomalien am besten beseitigt, und Wohlstand und Glück der Völker wieder hergestellt werden. Nach den heftigen Erschütterungen in Europa, die aus den unheilvollen Kriegsjahren resultierend sollten sich alle Hände rühren, um wieder gerade zu machen, was jetzt krumm ist. Schwer ist die Verantwortung aller Staatsmänner; sie dürfen nicht versagen. Erstens muß die Erde gezwungen werden, ihr Vieles an Produkten in höchsten Masse hervorzubringen. Diese muß dann intensive industrielle Tätigkeit zum allgemeinen Nutzen der Menschen umgestalten. Eine hochherzige und weit lückende Wirtschaftspolitik aller Staaten muß dafür Wirtschaft sein, daß die Produkte der Erde und die Ergebnisse der Industrie den Millionen, denen sie eine Lebensnotwendigkeit sind, welcher Nationalität auch immer sie sein mögen, nicht verenthaltet werden. Die Rolle dieser Kommission bei dieser großen Arbeit ist nur eine kleine; sie ist aber nichtsdestoweniger ein sehr wichtiges Glied in der Kette, denn gerade in den Gebieten längs der Donau können die Produkte der Erde und der Industrie ihren schließlichen Bestimmungsort am besten erreichen. Für Oesterreich ist sie von der größten Wichtigkeit. Ihr Hafen bildet alle Vorteile als Verteilungszentrum und ihre geographische Lage und ihr Eisenbahnnetz sollten Ihnen die Wiederkehr der Tage Ihres Gedeihens sichern.

Was die Denaukommission anbelangt, deren Präsident ich heute die Ehre habe zu sein, so mögen Sie versichert sein, daß sie nichts unterlassen wird, das Möglichste für das große Ziel zu tun, das uns allen verschwebt, nämlich allen Völkern das widerherzustellen, was sie nach all ihren Leiden am meisten wünschen - ein normales Leben.

Die Herren begaben sich sodann in die übrigen Empfangsräume des Bürgermeisters, wo Bgm. Reumann an der Hand der erwähnten graphischen Darstellungen den Mitgliedern der Denaukommission eine anschauliche Darstellung der Verhältnisse gab, welche die Herren mit großem Interesse zur Kenntnis nahmen.

Ueber Einladung des Bürgermeisters verfügten sich die Gäste sodann in den Stadtratsitzungsraum, wo ihnen ein einfaches Mahl serviert wurde.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 10. Dezember 1920 Nr. 392.

Phyllis Forbes Dennis Fonds. Die Gattin des chief officers des englischen Passantes in Wien Frau Phyllis Forbes Dennis, die ebenso wie ihr Gatte von den wärmsten Gefühlen für die notleidende Bevölkerung Oesterreichs beseelt ist, hat durch Aufrufe in englischen Zeitschriften und durch persönliche Werbung bei ihren Freunden für die Bedürftigsten des Wiener Mittelstandes eine Sammlung veranlasst, die zur Gründung des „Phyllis Forbes Dennis Fonds“ geführt hat. Dieser Fund hat in kürzester Zeit eine solche Höhe erreicht, daß es möglich ist, zunächst für die Dauer eines Monats 300 Angehörigen des Mittelstandes eine völlig unentgeltliche Mittagsmahlzeit zu verabreichen. Es ist zu hoffen, dass noch weiter einlaufende Spenden eine Fortsetzung dieser Hilfsaktion nach Ablauf des ersten Monats ermöglichen. Frau Forbes Dennis wird in dem Bewusstsein, so vielen notleidenden Menschen in schweren Tagen beigegeben zu sein, den schönsten Lohn finden.

Neuer internationaler Lokal- und Strassenbahnverein. Vor dem Kriege waren die Lokalbahnen und Strassenbahnen von ganz Europa zu einem internationalen Verein zusammengeschlossen, dessen Vorort Brüssel war. Da sich für die Wiederaufnahme der bestehenden Beziehungen Schwierigkeiten ergaben, wurde von den Lokalbahnverwaltungen eines neutralen Landes zunächst die Gründung einer neuen internationalen Vereinigung angeregt, welche vor kurzem zu stande kam. Diesem neuen Verbands gehören derzeit die Lokal- und Strassenbahnvereine sowie einzelne Kleinbahnunternehmungen der Länder Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, Deutschland, Oesterreich, des deutschen Teiles der Tschechoslowakei und Ungarn an. Zum Präsidenten der neuen internationalen Vereinigung wurde Ingenieur Spängler, Direktor der städtischen Strassenbahnen in Wien, gewählt, wo sich auch bis auf weiteres der Sitz des Vereines befindet. Vizepräsident ist der Generaldirektor der Großen Berliner Straßenbahn Dr. Wulow, in den Ausschuss entsenden alle Landesorganisationen zunächst je einen Delegierten. Es ist beabsichtigt, schon im nächsten Frühjahr in einer Stadt Oesterreichs einen grossen internationalen Strassenbahn- und Kleinbahnkongress zusammenzuberufen, auf welchem ein Austausch der bei den einzelnen Bahnverwaltungen gemachten Erfahrungen auf technischem, wissenschaftlichem und praktischem Gebiete erfolgen soll, was im Interesse auch in den neutralen Ländern meist notleidend gewordenen Kleinbahnen dringend erwünscht ist. (Es wäre sehr zu begrüssen, wenn in absehbarer Zeit ein Wiederezusammenschluss aller Lokal- und

Kleinbahnen Europas stattfinden könnte, der auf dem betretenen Wege angebahnt werden soll.

WIENER GEMEINDERAT,

Sitzung, vom 10. Dezember 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgende Spenden mit: Direktor Rudolf Kleinpeter, zur Errichtung einer Stiftung für die Armen des VI. Bezirkes letztwillig 200.000 K.

Moses Polak und August de Bruyne, Antwerpen, für die notleidenden Wiener Kinder 5.000 K.

Margarete Utz in Santa Cruz, Kalifornien als Christgeschenk für die Kinder Wiens 944 K.

Anton Hämsch in Gampoldskirchen für die Armen Wiens 100 K.

Eugen Gumpfer in Brooklyn (New York) ein Paket Kinderwäsche.

Der Bürgermeister teilt weiter mit, daß die Gemeinderäte Vaugoin und Biber in Angelegenheit der Vorräte der Küchenbetriebsgesellschaft verlangt haben, ihre Anfrage und Beantwortung zur Verlesung zu bringen. Er werde dies vor Schluß der öffentlichen Sitzung tun und dem GR. Vaugoin zur Begründung seines Antrages das Wort erteilen.

GR. Dr. Scheu habe einen Dringlichkeitsantrag wegen Verlängerung der Vollzugsanweisung über die Fristen für Kündigung von Hausbesorgerverträgen eingebracht und werde ihm zur Begründung derselben das Wort erteilt werden.

Schließlich teilt der Bürgermeister mit, daß zu den Posten 2 - 6 und 9 - 14 niemand zum Worte gemeldet sei, dieselben daher als angenommen gelten.

GR. Dr. Dannenberg (Soz. Dem.) berichtet sodann über die Neueregung der Gebühren gewählter Gemeindefunktionäre. Der Gemeinderatsbeschluss vom 25. Juni 1920 soll dahin abgeändert werden, daß die als Vizebürgermeister gewählten Stadträte, wenn sie keine amtsführenden Stadträte sind, eine Zulage von 1500 K monatlich bekommen. Der Bürgermeister soll die jeweiligen Bezüge eines Bundesministers und die amtsführenden Stadträte sollen das Dienstinkommen eines Staatssekretäres in dem Ausmaße bekommen, daß ihnen die Hälfte, deren Funktionsgebühr zukommt. Dergleichen sollen die Bezüge der Bezirksvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie der Vorsteher der Armeninstitute und ihrer Stellvertreter geregelt werden.

GR. Skaret (Soz. Dem.) hält es nicht für gut, daß der eine Bürgermeister eine Funktionszulage bekommt, während der andere, der amtsführende Stadtrat ist, keine erhalten soll und stellt einen Abänderungsantrag, der dahin geht, daß allen Vizebürgermeistern eine Zulage von 2000 K monatlich gewährt werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag Skaret und die Anträge des Referenten angenommen.

VB. Emmerling referiert über die Beteiligung der Gemeinde Wien an einer Studiengesellschaft zur Überprüfung der oberösterreichischen Ennawasserkraft. Nach den Anträgen des Referenten soll sich die Gemeinde grundsätzlich bereit erklären, in eine mit einem Hochkapital von einer Million Kronen zu gründende Studiengesellschaft zu dem Zwecke einzutreten, das bereits kommissionierte Projekt für eine Wasserkraftanlage an der oberösterreichischen Enns zwischen Enns und Steyr bezüglich seiner Bauwürdigkeit zu prüfen. An dieser Gesellschaft sollen neben der oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitätsgesellschaft die Gemeinde Wien, das Land Niederösterreich und der Bundesstaat Niederösterreich mit dem Elektrifizierungsamt der österreichischen Staatsbahnen beteiligt sein. Die erstgenannte Gesellschaft hätte zwei Drittel, die übrigen Teilnehmer hätten ein Drittel des Kapitals zu übernehmen. Die Beteiligung der Gemeinde soll unter der Voraussetzung erfolgen, daß für den Fall des gemeinsamen Ausbaues der Wasserkraft die Beteiligung der Gemeinde sowohl an den Baukosten als auch an der Verwaltung nach Maßgabe des von ihr beanspruchten Strombezuges stattfindet.

GRin. Seidel (Soz. Dem.) übernimmt den Vorsitz.

GR. Schmid (christlich-soz.) bespricht in eingehender Weise vom fachmännischen Standpunkte die Frage der Anlage von Wasserkraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität, und findet es vollkommen begründet, wenn sich die Gemeinde Wien an der vorliegenden Sache beteiligt. Die von der Gemeinde zu wählende Summe finde er in Anbetracht der zu erzielenden Erfolge nicht zu hoch und glaubt daher, dass an dem Projekte mit voller Beruhigung seine Zustimmung geben könne. Nach dem Schlussworte des Referenten, in welchem er betont, dass die Studiengesellschaft nicht erst jetzt ins Leben trete, so dass die vorzunehmenden Studien voraussichtlich sehr bald abgeschlossen werden können, wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

St. St. Seidel (Soz. Dem.) berichtet über die Mehrkosten für den Bau der Kriegswohnhäuser auf der Siedlung Schmeltz, die sich nun durch die seit dem diesbezüglich gefassten Gemeinderatsbeschlusses von 45.846.003 K eingetretenen Lohnsteigerungen und Erhöhungen der Baustoff- und Fuhrwerkspreise auf 97.277.107 K erhöht haben, wobei die Erbauung der Häuser in den Gruppen 3, 11, 17 und 18 und in einem Teile der Gruppe 15, das sind zusammen 11 Häuser bis auf weiteres zu verschieben ist. Hierdurch werden 11 bis 12 Millionen Kronen erspart werden. Der Referent weist darauf hin, daß mit Ausnahme von zwei Gruppen alle anderen Gruppen bereits bewohnt sind und daß man mit der Verwendung der Betonhohlsteine gute Erfahrungen gemacht hat. Ein Teil der Wohnungen sei dem Staatsamt für soziale Fürsorge zur Vergebung zugewiesen worden, weil mit dem Staatsamte Verhandlungen wegen Übernahme der Kosten bis zu 2/5 schwaben.

GRin. Kurzbaner (chr.-soz.) sagt, daß es Pflicht der Gemeinde sei, der Wohnungsnot abzuhelfen, wozu auch die Ausweisung der Freuden gehandhabt werden müsse. Sie gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Wohnungen, die am Margaretagürtel und auf der Schmeltz gebaut wurden, sehr teuer sein werden und stellt den Antrag, daß die unvermeidlichen Baukosten von der Gemeinde getragen werden und dass die Zinsen in diesen neuen Wohnhäusern mit den Zinsen in den alten Häusern gleichgehalten werden.

GR. Retter (chr.-soz.) beantragt die Bauführung der Schmeltzhäuser und befasst sich dann mit den Ursachen der Wohnungsnot, wofür er auch auf die Ostjudenfrage zu sprechen kommt und den Bürgermeister an sein Versprechen anlässlich der Übernahme der Geschäfte der Landesregierung erinnert.

GR. Bermann (Soz.-Dem.) erklärt gegenüber dem GR. Rotter, dass die Angriffe gegen die Zuweisungskommissionen ungerechtfertigt seien und die schärfste Zurückweisung herausfordern. Diese Kommissionen sind gemischt zusammengesetzt, auch Vertreter der christlichsozialen Partei haben Sitz und Stimme und die Entscheidungen werden streng nach den gesetzlichen Bestimmungen getroffen. Die vom GR. Rotter erwähnten Fälle, von Wohnungszuweisungen seien auf Grund von Berichten der Reichspost vorgebracht und diese Berichte vom Anfang bis zum Ende erlogen. Redner bespricht eingehend die betreffenden Fälle und schliesst, es sei eine Schande, was in der Reichspost mit der Wohnungsnot Demagogie getrieben werde.

GR. Dr. Ehrlich (jüd.-nat.) sagt gegenüber den Ausführungen des GR. Rotter, dass von den Flüchtlingen gerade immer diejenigen delogiert und ausgewiesen werden, die sich in ärarlichen Verhältnissen befinden und geradezu elende Quartiere bewohnen. Man habe immer darauf hingewiesen, dass man Leute nicht ausweisen und abschaffen werde, die hier einen ordentlichen Erwerb nachgehen und Redner könne der sozialdemokratischen Partei nicht den Vorwurf ersparen, dass ihre Solidarität vor den jüdischen Arbeitern halt mache. Man möge nicht vergessen, warum die Leute nach Wien gekommen seien. Die Kriegswelle habe sie hierher geworfen. Es sei Tatsache, dass viele Flüchtlinge gerne Wien verlassen würden, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu geben würde. Redner schliesst, „Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann die Aufforderung richten, dass er diesem ewigen Drängen ~~xxx~~ für christlichsozialer Politiker nicht Folge gibt, dass er die Flüchtlingsfrage sich so zu lösen bestrebt wie es eines sozialdemokratischen Bürgermeisters und Landeshauptmannes und eines Menschenfreundes würdig ist.“

Vize-Bürgermeister Hoss (christlichsozial) übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) bedauert, dass ein Gebiet, das im Gemeinderat zur Verhandlung steht, von der sachlichen Debatte immer ins Politische gezogen wird, ob es sich nun um Wohnhäuser auf der Schmelz oder um Wassermesser handelt. Die Wohnungsnot könne niemandem als Schuld beigemessen werden, denn auch in Staaten, die während des Krieges keine Flüchtlinge aufnehmen mussten, herrsche grosser Mangel an Wohnungen. Es sei ein gefährliches Beginnen, derartige Zustände des Elendes ~~xxx~~ zu Gegenständen der politischen Agitation zu machen und es sei als tiefstehend zu betrachten, wenn Zeitungen sich mit solchen Dingen abgeben. Wenn von dem Wort Wiederaufbau gesprochen wird, so gehöre hiezu nicht nur der Bau von Häusern, sondern auch der Wiederaufbau der Kultur.

Bgm. Reumann: Es gehört seit einer geraumen Zeit zum eisernen Bestandteil einiger Parteien der Ruf: „Ostjuden hinaus!“ Das wird in jeder ganzen Reihe von Versammlungen und in der Presse propagiert. Ich habe meinen Standpunkt in dieser Frage wiederholt gekennzeichnet. Ich vertrete die Auffassung, daß diejenigen, welche in ehrlicher Arbeit ihre Existenz suchen und jahrelang in Wien wohnen, daß diese nicht mit einer solchen Härte zu verfolgen sind, wie in den Ausweisungsverordnungen vorgesehen ist. Vor allem darf kein Unterschied gemacht werden, ob der Fremde aus Galizien aus der Tschechoslowakei oder aus einem anderen State stammt, alle Fremden müssen gleich behandelt werden. Der Bürgermeister verliest die diesbezügliche Kundmachung der n.ö. Landesregierung vom 9. September d. J. über die Ausweisung der Fremdländischen und bemerkt, auch hier sei der Gedanke zum Ausdruck gebracht, dass Menschen, die ~~xxx~~ schon jahrelang in einer festen Stellung hier arbeiten, nicht ausgewiesen werden sollen. Die Kundmachung hatte zur Folge, daß 23.522 Gesuche um Aufenthaltsbewilligung von Angehörigen der Sukzessionsstaaten eingereicht wurden. Davon betrafen 2/3 galizische Flüchtlinge, die knapp nach Kriegsausbruch nach Wien gekommen sind und die die ganze Zeit nicht heimbegehrt werden könnten, weil Westgalizien zuerst von den Russen besetzt war und späterhin die Flüchtlinge zuhause nur zerstörte Wohnstätten angetroffen hätten.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.): Und derzeit ist Galizien das Kampfgebiet der Polen und Bolschewiken.

Bgm. Reumann: Was die Bolschewiken anlangt, kann ich mich in eine Diskussion nicht einlassen. Das Expansionsbedürfnis der Polen hat zu einem neuen blutigen Krieg geführt und ich muß sagen, darüber ist sich wohl alle Welt einig, daß noch nie ein Krieg mit grösserer Privolität vom Zaun gebrochen wurde, wie dieser.

Der Bürgermeister bringt dann statistische Daten über die erteilten Aufenthaltsbewilligungen und Abschaffungserkenntnisse und bespricht, die damit verbundenen grossen Härten der Durchführung. Aber auch unendliche Schwierigkeiten stellen sich dem Verfahren entgegen, so daß in vielen Fällen nicht mit der notwendigen Raschheit vorgegangen werden kann. Ich habe mich, sagt der Bürgermeister, an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen gewendet, die Zahl jener Personen bekanntzugeben, die Aufenthaltsbewilligungen erhalten haben und in welchen sozialen Verhältnissen sie sich befinden. Der Einblick in die Abschaffungserkenntnisse ergab, daß von dieser Maßregel gewöhnlich arme Teufel betroffen wurden, die sich schon seit vielen Jahren in Wien redlich fortbringen. Man hat eine Razzia veranstaltet, aber nicht nach den Schiebern und Schleuhändlern. Angesichts dieser Tatsache muß ich neu und aufrichtig

gestehen, daß ich auf den Grundsatz unverrückbar verharre, gegen ehrlich Arbeitende insoweit nicht vorzugehen, solange nicht eine große Arbeitslosigkeit in den betreffenden Gewerben und Industrien uns zwingt, zum Schutze der bodenständigen Arbeiterschaft einzuschreiten. Alle Härten sollen vermieden und jeder einzelne Fall individuell geprüft werden. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Man soll die Schieber aus den großen Pensionenausweisen-Dr. Plaschkes: Und die Horthybataillone, die mit Aufenthaltsbewilligungen in Wien sind.)

Bgm. Reumann: Das furchtbare Wohnungselend drückt sich am besten in der Tatsache aus, daß nach vorliegenden statistischen Daten 23.000 Menschen zusammengedrängt in 900 Wohnungen hausen. Dagegen müssen ernste Maßnahmen getroffen werden. Eine solche große Frage wird aber nicht erledigt mit dem Schlagwort: „Ostjuden hinaus!“ sondern man muß ernstliche Vorkehrungen treffen, damit das Los der Bevölkerung einigermaßen gebessert werde. Zur Wohnungsnot haben auch die zahllosen Verheerungen nach dem Kriege beigetragen, weil bekanntermaßen Verheiratete in der Wohnungszuweisung berücksichtigt werden.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Eine Hochzeitsepidemie ist ausgebrochen.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.): Aber auch eine Scheidungsepidemie, wodurch dann auch zwei Wohnungen notwendig sind.

Wohnungen können nicht in der Form verschafft werden, dass rücksichtslos mit den Ausweisungen vorgegangen wird. Wenn auf der einen Seite rücksichtslos gegen Schieber und Schleuhändler vorgegangen werden muss, so müssen auf der anderen Seite alle ehrlich arbeitenden geschützt werden, damit für uns nicht Härten entstehen, die verderblich werden können. Wir haben alle Ursache, dass in dieser Beziehung ungemein heil sei vorgegangen wird, Vertretern der tschecho-slowakischen Partei, die bei mir waren, und mich gefragt haben, wie ich bei den Ausweisungen vorzugehen gedachte, habe ich gesagt, dass alle, die ehrlich arbeiten, geschützt werden sollen, dass es aber gegen jene, die ihr Brot so verdienen, indem sie die Bevölkerung schädigen, keine Rücksicht geben könne. Leider werden aber diese, gegen die sich die ganze Aktion richten soll, eigentlich nie ~~erwischt~~ erwischt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ausserordentliche Generalversammlung des Institutes für Kohlenvergasung Am nächsten Mittwoch halb sechs Uhr nachmittags findet im kleinen Saale des N.Ö. Gewerbevereines eine ausserordentliche Generalversammlung des Institutes für Kohlenvergasung (Präsident Ing.-Dr. Wilhelm Exner) statt. Im Anschluss an dieselbe wird Dr. Viktor Zailer einen Vortrag über Torfverwertung in Grossbetrieben (mit Lichtbildern) halten.

Schr. Rechte Redaktion! Um freundliche Aufnahme dieser für alle Industriellen wichtige Notiz ersucht höflichst und mit verbindlichen Dank

Präsident Ing.-Dr. Wilhelm Exner

GR. Sever übernimmt das Vorsitz.

GR. Kunschak (chr. soz.) Die Wohnungsfrage und die Flüchtlingsfrage gehören gewiss nicht ursächlich zusammen, und es wäre verfehlt, anzunehmen zu wollen, dass mit der Beseitigung aller Flüchtlings die Wohnungsfrage ihre Lösung finden würde. Der Zusammenhang mit den Flüchtlingen ist aber aus anderen Umständen gegeben und der liegt in dem kühlen Lebensgewohnheiten der Flüchtlinge, für die die Wiener Bevölkerung nicht nur kein Verständnis findet, sondern, die sich hier als unerträglich aufdrängen, weil sie nur als eine Entartung der gesellschaftlichen und geschäftlichen Moral bezeichnet werden können. Die Resultate daraus ist eine Versenkung und Verpestung unseres gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens. Ich habe bei anderer Gelegenheit erklärt, dass ich die Frage der Ostjuden nicht als politische und Frage des Antisemitismus, sondern als eine kulturelle Frage auffasse. Wenn der Herr Kollege Dr. Ehrlich einige Fälle von schweren Beschädigungen und unanständigen Härten gegenüber einzelnen Flüchtlingen angeführt hat, kann er überzeugt sein, dass er bei der Beurteilung dieser Fälle aller Herren und Frauen auch auf der anderen Seite sicher sein kann. Ich möchte aber, dem Falle des Herrn Dr. Ehrlich doch auch ähnliche Bilder gegenüberstellen, die sich innerhalb der bodenständigen Bevölkerung abspielen. Sie werden finden, dass die Fälle von den alten Schuppen, in die es hineinfällt und hineinschneit, sich tausendfältig vervielfachen, mit dem Unterschiede, dass sich in diesen Schuppen bodenständige Leute befinden. Die Masse derer, die in solchen elenden Hütten eingepfercht ist, nicht nicht die gleiche Zahl der Flüchtlinge in ähnlicher Lage, sondern die grosse Masse der Flüchtlinge, die oben eine unerhörte Lebensweise zu Tage legt. Die Masse der Bevölkerung sieht diese Leute und es gibt keine Demagogie, sondern der Aufschrei eines notleidenden Volkes gegenüber solche Anschreitungen von Menschen, die noch dazu nicht dem eigenen Volke angehören. Sie täuschen sich alle, wenn sie glauben, dieser Gegensatz der immer mehr aufflammt und immer tiefer greift, der bis zum leidenschaftlichen Hass sich verdichtet, sei nur eine Eigenschaft der Antisemiten. Die besten sozialdemokratischen Arbeiter finden sie, die mit einer Leidenschaftlichkeit, die mit einem jeden Antisemiten die Konkurrenz aufnimmt, verlangen, dass die Ostjudenfrage ihre Lösung finde. Der Hass wird früher oder später einmal mit einer Welle zur Entladung kommen, die wir alle nicht wünschen. Es ist dies nicht eine Frage des Antisemitismus, sondern der Sitte und Kultur. Es wurde von Herrn Bürgermeister auf den Erlass der Landesregierung vom Jahre 1919 verwiesen. Sie werden heissen in diesen Saale den Landeshauptmann Sever als Antisemiten bezeichnen, aber er ist

zu dem Erlasse gekommen, weil er sich überzeugt, dass es seine Pflicht ist, als Landeshauptmann einzugreifen. Er hat sehr recht gehabt zu sagen, dass Leute, die einen ehrlichen Beruf nachgehen, verbleiben können. Aber da wurden auf einmal hunderte von Anstellungen bei der Bezirksbankkassa durchgeführt; man mag der Sache nach und fand, dass es sich um lauter Gefälligkeitsanstellungen gehandelt hat, um das Hintertürchen des Erlasses auszunutzen. So kommt es, dass bei den Behörden Misstrauen entstand und daraus erklärt sich, wenn es auch nicht ganz zurechnend ist, warum auch Leute geplagt werden, denen dadurch Unrecht geschieht. Es ist ungemein schwer hier die Perle von dem Schweissen zu trennen. Es gibt keine rechten Anhaltspunkte und Gradmesser um zu einer sachlichen gerechtfertigten Entscheidung zu gelangen. Es ist nicht die Wohnungsfrage allein, und die Verpestung des Lebens, die durch den grossen Teil der Flüchtlinge gerechtfertigt wurde. Es ist ja auch die Ernährungsfrage. Die Regierung zahlt bei jedem Laibe Brot rund 50 K dafür, es wird Mehl und Fett weit unter dem Selbstkostenpreise ausgegeben und wir müssen die Flüchtlinge aus Staatsmitteln unterstützen.

Redner weist darauf hin, dass der Staat Milliarden bei den Lebensmitteln für die fremden Staatsangehörigen ausgibt und dass deutsche Volksgenossen wegen der wichtigsten Anlässe aus der Tschechoslovakei und Polen ausgewiesen werden. Einzelne Elendsbilder, die angeführt werden, sollen zur Erweckung des allgemeinen Mitleides dienen und das Pflichtbewusstsein gegen unsere eigenen Volksgenossen ersticken lassen. In erster Linie kommt aber der bodenständige Bürger der Republik in Betracht. Redner erwartet sich die Ostjudenfrage mit grosser Vorsicht unter die Lupe genommen werden von der Ausweisung der Ostjuden nicht die Lösung der Wohnungsfrage, den müsse, um mit Wirksamkeit behandelt zu werden. Es sei aber eben denn die Ursachen liegen hier viel tiefer und die Wirkungen, die die Wohnungsfrage täglich verschärfen sind solche, die man ihnen ohnmächtig gegenüber stehen. Es müsse aber wenigstens soweit kommen, dass die gesellschaftliche Atmosphäre von dem vergiftenden und zersetzenden Missem, die ein Teil des Judentums über unseren Staats gebracht hat gereinigt werde. (Beifall bei den Christlich-sozialen).

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.) erklärt, dass seine Partei gegen alle Schädlinge der Kultur und der Wirtschaft, wo immer sie zu suchen sind, Stellung nehmen wird und Stellung nimmt, da es nicht darum handeln könne, jemanden in Schutz zu nehmen, der in dieser Beziehung Schaden anrichtet. Es gelte vielmehr die schwachen Existenzen zu schützen. Diejenigen aber, die in den Hotels und Pensionen wohnen, die sich das leisten können, bleiben unbehelligt, während die wirkliche bedürftigen chikaniert und drangsaliert werden. Redner polemisiert gegen die Ausführungen des GR. Kunschak, der immer wieder denselben Grundgesanken verliert: denn die Christlich-sozialen seit Jahr in ihrem Judenhass predigen den Binkel-

hausierer zu verfolgen und den reichen Bankdirektor zu kaschulieren. (Ohrufe bei den Christlichsozialen). Die Bevölkerung Wiens ist gut und brav, sie wird lediglich durch das was Herr Kunschak hier an Vergrösserungen und Uebertreibungen leistet, verhetzt. Mit diesem Hass in der Ostjudenfrage muss und soll endlich gebrochen werden, wenn Wien weiterhin eine Kulturstadt bleiben soll. Der Severerlass war gut, aber die Ausführung war schlecht. Herr Sever ist mit Christlichsozialen eben so lange beisammen gesessen bis er selber Antisemit geworden ist. (Stürmische Heiterkeit bei den Christlichsozialen und Zwischenrufe des GR. Josef Müller). Herr Müller, wenn wir ein Schiedsrichterkollegium einberufen, was von uns beiden mehr mauscht, dann wird Ihnen die Prämie zuerkannt werden. Wenn man Herrn Müller in einem Varieté sieht, hält man ihn sicherlich für einen ostgalizischen Schieber, so dick und ausgefressen ist er. (Zahlreiche Zwischenrufe und Lärm).

GR. Komorovsky (chr. soz.) macht einen Zwischenruf.

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.): Sie Herr Komorovsky dürfen auch nicht in ein Varieté gehen. Auch Sie würde man für einen Schieber halten.

GR. Komorovsky (chr. soz.): I geh' lieber in ein solides Wirtshaus. Uebrigens lassen's mich in Ruh.

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.) schließt mit der Aufforderung an alle Parteien die angeschnittene Frage endlich ernst und würdig und gerecht zu behandeln.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) sagt in seinen Schlussworten, dass die Ostjudenfrage mit grosser Vorsicht unter die Lupe genommen werden so sicher, dass es in Wien Ostjuden gibt, bei denen auch Dr. Plaschkes froh wäre, wenn sie draussen wären. Bei allen diesen Frage tauchen selbstverständlich immer die Wohnungsfrage wieder auf, die, wie schon gesagt wurde, keine wienerische Frage ist. Ohne Wohnungsproduktion ist aber die Wohnungsfrage nicht zu lösen. Eine solche ist aber schon in ganz geringen Masse durchgeführt, von ausserordentlichen finanziellen Fragen begleitet und es ist sicher, dass in der nächsten Zeit etwas Konstruktives in der Wohnungsfrage nicht gemacht werden kann, da ein Aufsteigen aller Preise für Baumaterialien zu verzeichnen ist. Eine Wohnung auf der Schmelz, die auf rund 200.000 Kronen zu stehen kam, würde, wenn sie jetzt errichtet werden müsste, schon 400.000 Kronen kosten. Zuerst müsse eine Zeit kommen, in der das Bauen überhaupt möglich ist.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag der GRin Kurstauer wird dem Ausschusse IV zugewiesen.

StR. Speiser (Soz.-Dem) berichtet über die Gewährung eines Darlehens von 2 Millionen Kronen an den Verband der städtischen Angestellten gegen eine Verzinsung von 1 % über die Bankrate bis längstens 3. Mai unter der Bedingung, dass der Verband sein Schuldlager, das einen Wert von 2,160.000 Kronen repräsentiert, als Sicherheit stellt und nach Massgabe der Abverkäufe die Rückzahlung leistet.

GR. Rummelhardt (christlichsozial) kommt bei dieser Gelegenheit wieder auf den Fall Motzko-Seitz zu sprechen. Er gibt seinen Bedauern Ausdruck, dass dieser Fall in öffentlicher Gemeinderatsitzung zur Sprache gebracht worden sei. Dies sei nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern auch eine Überschreitung der Amtsgewalt seitens des Stadtrates Grünwald gewesen, denn er habe als Amtsperson Einblick in die Akten und sei nicht berechtigt, darüber Mitteilungen zu machen. Die Behauptungen hätten übrigens den Tatsachen nicht entsprochen und der Herr Stadtrat Grünwald müsse entweder falsch informiert gewesen sein oder er habe die Sache absichtlich so vorgebracht, dann ist es nicht gegen den Beamten Motzko, sondern gegen einen Beamten gegangen, der zufällig der Gatte einer christlichsozialen Gemeinderätin ist. Dem Wohnungskommissär Motzko sei der Vorwurf gemacht worden, er habe die Wohnung des Dr. Joel im I. Bezirk, Schottengasse 3 für die Stadträtin Dr. Seitz, also für seine Frau angefordert. Tatsache sei, dass der genannte Beamte nur in einem Gespräche mit Dr. Joel, da dieser erklärte, vor dem Frühjahr nicht anzukommen zu wollen, obwohl er noch 2 Wohnungen besitze, erklärt, dass die überflüssige Wohnung noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit geräumt werden müsse, da viele Eisentahner in Waggons einquartiert sind, dass Beamte ausserhalb Wiens wohnen müssen, und dass selbst Stadträtin Dr. Seitz, die Mandatarin im I. Bezirk sei, keine Wohnung erhalten könne. Darin könne kein Missbrauch der Amtsgewalt gesehen werden. Uebrigens müsse dem Stadtrate Grünwald bekannt sein, dass ein Kommissär keine Wohnung für sich anfordern könne, sondern nur für das Mietamt und dass die Zuweisungskommission erfolge.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) erklärt, daß seine Anmerkungen in der Angelegenheit Motzko lediglich durch die Angriffe des GR. Haidler provoziert worden seien, und eine Abwehr darstellen. Auf die Ausführungen des GR. Rummelhardt müsse Redner vor allem entgegen, daßer in der letzten Sitzung die Herren zur Akteneinsicht eingeladen habe. GR. Rummelhardt habe sich aber damit begnügt, sich von Herrn Motzko informieren zu lassen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sie irren sich!

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Können Sie und schauen Sie sich den Akt an, lesen Sie das Rechtfertigungsschreiben des Herrn Motzko und Sie werden zu ganz anderen Schlüssen gelangen müssen.

GRin. Motzko-Seitz (chr. soz.): mit lauter Stimme: Was Sie sagen ist Lüge, bewusst gelogen! (Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört! In eigener Sache so zu sprechen, Sie hätten längst den Saal verlassen sollen.)

Vorsitzender GR. Skaret (Soz. Dem.): Frau GRin. Motzko-Seitz ich rufe Sie wegen des Vorwurfes der bewussten Lüge zur Ordnung.

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Ich unterlasse es auf die persönlichen Angriffe der Frau Motzko zu reagieren, weil sie in eigener Sache nicht objektiv sein kann. Tatsache ist, daß Herr Motzko vom Leiter des Wohnungsamtes zur Einvernahme eingeladen wurde und hierbei zugegeben hat, auch für seine Frau eine Wohnung angefordert zu haben. Ebenso habe Motzko zugegeben mit dem Verwalter des Hauses Schottengasse 3 sich in direkter Verbindung gesetzt zu haben, damit er für seine Frau die Wohnung zugewiesen erhalte.

GR. Schleifer (Soz. Dem.): Das ist eine Schweinerei!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sie haben sich mit Gewalt durch den Arbeiterrrat die Wohnung genommen, seien Sie nur ruhig!

GR. Schleifer (heftig): Das ist eine infame Lüge! (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten. GRin. Motzko-Seitz hatte inzwischen, von ihren Parteigenossen veranlasst, den Saal verlassen).

GR. Grünwald (Soz. Dem.) sagt, daß dem Akte ein Vormerkblatt beiliege, wonach sich Bzx Motzko am 10. XI. um eine Wohnung im 13. Bezirk angemeldet habe. Motzko habe auf die Frage, ob er sich schon früher um eine Wohnung beworben habe, nicht ja gesagt. Es ist also möglich, daß er sich schon früher/um eine Wohnung angemeldet hat. Redner ladet die Herren von der christlichsozialen Partei ein sich die Akten durchzusehen. Tatsache ist auch, daß die Wohnung nur von einer Person bewohnt wurde, obgleich die Frage auf dem Vormerkbogen „von wieviel Personen ist die Wohnung bewohnt“ mit zwei beantwortet war.

StR. Speiser bedauert in seinem Schlußwort, daß diese Angelegenheit erörtert werden musste.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Dr. Fandler (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegskosten in den städtischen Versorgungshäusern. Die Verpflegskosten betragen seit 1. Juli 40 K und sollen nun vom 1. Dezember an in allen Versorgungsanstalten der Gemeinde mit 60 K pro Kopf und Tag festgesetzt werden.

GR. Reininger (chr. soz.) bringt Beschwerden über die Kost im Bürgerversorgungshaus im Alsergrund vor und beantragt, daß die Bezirksvertretung Alsergrund im Bürgerversorgungshause von Zeit zu Zeit Nachschau in den Wohnräumen und wegen der Kost und Küche halten solle.

GR. Fandler weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß im 9. Bezirk ohnehin ein Komitee bestehe, das wöchentlich einmal im

Versorgungshaus Nachschau hält. Wenn Beschwerden über die Kost vorgebracht werden, so sei es ja im allgemeinen bekannt, daß alle Pfleger, wenn sie lange in derselben Anstalt sind, Beschwerden haben, dem gegenüber gehalten werden müsse, daß ja auch die Küche in einem Haushalte bei den jetzigen Zeiten nicht immer gleich gut ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Reininger und der Referentenantrag angenommen.

StR. Dr. Fandler (Soz. Dem.) referiert über die Erhöhung der Verpfleggebühren der 3. Klasse im Jubiläumshospital und weist darauf hin, daß sämtliche Fondsanstalten seit einiger Zeit auf 80 K erhöht haben und daß selbstverständlich das Spital der Gemeinde Wien auch nicht ander Haushalten könne.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) sagt, daß die rechnerischen Uebersetzungen der Rechnungen für eine Erhöhung der Verpfleggebühren zu stimmen. Dies könne aber nicht so weiter gehen, denn in ein Spital gehen Arbeiter, Beamte, Lehrer und Geschäftsleute, die die private Pflege sich nicht leisten können. Es sei notwendig, das ganze Sanitätswesen in ein neues System zu bringen. Redner möchte bei der Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß der Krankentransport in den Wirkungskreis des Bauamtes gekommen ist, was vielleicht doch etwas zu weit gehe; StR. Stiegel könnte da vielleicht einmal das Höhenmassen und die Behandlung der Geschlechtskrankheiten in sein Ressort bekommen. Bei den Spitaltransporten seien Dinge vorgekommen, die vermieden werden müssen, es wurden dadurch, daß die hohen Taxen nicht sogleich bezahlt werden können,

ten, Verzögerungen im Transporte herbeigeführt. Das Gesundheitsamt müsse einen Einfluß auf die Spitaltransporte haben.

GR. Vaugoin (christlich-soz.) richtet an den Referenten die Anfrage, welche Einrichtungen bei den Krankenanstalten seit Anstellung des Generalstabsarztes Dr. Pick gemacht worden seien. Herr ... wolle er ihn aufzuzucken machen, dass Gerichte herauflaufen bei den S. itkveanstalten, dass die Christlich-sozialen angestellten aus denselben entfernt werden sollen, und dass 120 Bedienstete abgebaut werden. Der Beamtenabbau dürfe nicht vom Standpunkte eines einzigen Unternehmens betrachtet werden, denn in einigen Ämtern werden ... tunden gemacht, während bei anderen Überfluss an Beamten herrsche. Was die Spitaltransporte betreffe, berühre es den Redner eigentümlich, dass dieselben von StR-Siegel gemacht werden. Die Krankentransporte ... doch nicht in das Bauamt gehörig zu betrachten. Um für die Transporte Gebühren einzukheben, müsste man erst das Gesetz ändern, denn bis jetzt sei es Pflicht der Gemeinde den Transport kostenlos zu besorgen. Sodann kommt Redner auf die Betriebsbuchhaltung im Jubiläums-Spitale zu sprechen und sagt, früher sei ein Buchhaltungsbeamte und eine Hilfskraft angestellt gewesen und nun seien an ihrer Stelle 6 Buchhaltungsbeamte, und trotzdem könne die Buchhaltung so wie sie jetzt eingeführt sei, nicht klappen. Die Verstädtlichung der Spitäler, für die Dr. Grün eingetreten ist, könne er nicht anraten, denn obwohl sie von soziale Standpunkte zu begrüßen wäre, könnten die nötigen Geldmittel nicht Karasek verköchigt wird, so müsse gesagt werden, dass auch GR. ... aufgebracht werden.

Redner erklärt, schließlich er müsse heute neuerdings die Antwort des Bürgermeisters, des VB-Emmerling und des StR-Spewer ... seine Beschwerden über die Mängelregelungen von Bediensteten argieren. GR. Kunschak (chr. soz.) bezeichnet es als unerhört, dass den Sanitätsdienern, die Entscheidung darüber überlassen werde, in welchem Ausmaße Kranke, die mit städtischen Sanitätswagen in die Spitäler gebracht werden, die Transportkosten zu zahlen haben. Dazu fehle den Dienern nicht nur die Urteilsfähigkeit, sondern auch jede Legitimation, weil zu solchen Forderungen mindestens ein Beschluss des Stätesrates vorliegen müsste, um den Sanitätsdienern eine Unterlage für ihre Entscheidung zu geben. Redner stellt den Antrag: Der Bürgermeister wird aufgefordert, den Auftrag, durch welchen Sanitätsdiener verpflichtet werden nach ihren Erlassen von den Parteien Transportkosten einzukheben zu stiftern.

GR. Siegel (Soz. Dem.) sagt, dass darüber Beschwerde geführt worden sei, dass die Gemeinde versuche die Kosten für die Krankentransporte hereinzubringen. GR. Kunschak habe sich auf seinen Gehörsmann GR. Karasek berufen, der nicht ganz unvoreingenommen ist und darin dürfte eine Spitze gegen ihn gelegen sein. GR. Karasek sei seit dem Dezember 1918 von seinem Dienste als städtischer

Sanitätsdiener zurückgeblieben und sei erst wieder in den Dienst gekommen, als er daran erinnert worden sei. Wenn gesagt wurde, dass der Transport eines Kranken an die Bedingung der Zahlung geknüpft ist, so ist das unrichtig. Es wird vielmehr jeder Kranke transportiert, wenn es notwendig ist. Selbstverständlich muß die Gemeinde Versuchen, den Betrag hereinzubringen. Es wird eben nach einem Wege gesucht, um die Angelegenheit zu regeln, aber es ist das Bestreben der Gemeinde Einnahmen zu verschaffen, wo es möglich ist und nicht Leuten Gefälligkeiten zu beweisen. Die Tante des GR. Vaugoin hat den GR. Vaugoin als Sprachrohr benützt.

GR. Kunschak (chr. soz.) sagt, dass die Geschäftsbehandlung im Wiener Gemeinderate Formen annehme, von denen man sagen muss, dass eine Verwaltung überhaupt unmöglich ist. StR. Siegel sei nicht der Fascha, sondern ein Beamter und wenn er die Unwürdigkeit seiner Haltung, in dem er gegen das Statut verstößt, nicht einsehe, so bewiese er, dass er unfähig sei, ein solches Amt zu führen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). GR. Krankentransportkosten eingeführt werden sollen oder nicht, darüber habe der Gemeinderat zu entscheiden. Es bestehe ein Sanitätsgesetz, das der Gemeinde die Verpflichtung zum Krankentransport auferlege. Die Gemeinde könne Zahlungen verschreiben, wenn es der Gemeinderat beschlossen habe, aber nicht der StR. Siegel könne Zahlungen verschreiben. In dieser Beziehung seien unerhörte Fälle vorgekommen, Stelle.

In dieser Beziehung seien unerhörte Fälle vorgekommen, Stelle. Und wenn Kollege Grün in selben Sinne von den Krankentransporten gesprochen habe, GR. Karasek hat übrigens mit Wissen seines Vorgesetzten um einen Urlaub angebracht, das Gesuch habe aber keine Erledigung gefunden und sei er auf Anraten seines Vorgesetzten vom Dienste ausgeblieben. Es sei eine Ungehörigkeit solche Angriffe gegen einen städtischen Bediensteten zu machen und Redner hoffe, dass StR. Tandler mit der ihm eigenen Objektivität seinen Standpunkt in der in Rede stehenden Frage klarlegen werde, das Urteil des StR. Siegel aber könne nichtig sein. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Vaugoin (christlich-soz.) bemerkt, er pflege sonst nicht über Familienangehörige zu sprechen, aber die Angriffe des Stadtrats Siegel zwingen ihn dazu. Als seine an Lungenentzündung schwer erkrankte Schwester ins Jubiläums-Spital transportiert wurde, habe der Diener des städtischen Sanitätswagens von ihr zuerst 700 K. und dann 500 Kronen für Transportkosten verlangt. Die Schwester habe die Bezahlung dieser Summe abgelehnt und Redner habe schließlich interveniert ihm einen Erlagsschein zu schicken, damit er diese Angelegenheit ordnen könne. Das sei der richtige Sachverhalt und nun möge der Gemeinderat beurteilen, ob StR. Siegel das Recht hatte, dem Redner unlaute Motive unterzuschoben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das sind Meurerpoliermannieren, das

ist eine Gemeinheit, er soll sich schämen!).

Der Referent GR. Tandler (Soz.-Dem.) erklärt in seinem Antwortwort, es sei ... leider eine Erfahrungstatsache, dass sich selbstvermögende Leute auf Kosten der Gemeinde in Heilanstalten transportieren lassen. Bei Übernahme seines Amtes habe Referent von diesen Misbräuchen gehört, sich dagegen zu schützen. Es ist aber nicht richtig, dass nach dem Erlassen der betreffenden Sanitätsdiener die Einhebung von Gebühren stattfinden sollte. StR. Siegel habe in einer Unterredung mit dem Referenten auch eingesehen, dass die Einhebung der Transportkosten durch den Sanitätsdiener nicht statthaft sei und es wurde bereits ein Statut ausgearbeitet, nach welchem die Art der Bezahlung geregelt werden wird. Der Entwurf ist dem Abschlusse nahe und wird vielleicht schon vom Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Dem Referenten sei es bekannt, dass sehr reiche Menschen sich geweigert haben, für den Transport von kranken Hausgenossen auch nur einen Knopf auszugeben. Menschen, die nicht eine Sekunde schwanken, eine Flasche Champagner zu trinken, weigern sich die Transportkosten für ihr krankes Dienstmädchen zu bezahlen. Wie kommt die Allgemeinheit, wie kommt der ein-eine Steuerträger dazu, für die Leuze eines Patienten mit einem Teil seines Vermögens aufzukommen.

Bezüglich der Verpflegskosten müsse darauf aufmerksam gemacht werden, dass mit der Erhöhung auf 80 Kronen noch nicht der Abschluss erreicht ist, und dass eine Steigerung sich als unannehmlich erweisen werde. Was die Tätigkeit des Generalstabsarztes Dr. Pick anlangt, so müsse festgestellt werden, dass diese Tätigkeit für das Jubiläums-Spital bisher durchaus nutzbringend gewesen sei. Er könne auf tatsächliche Erfolge verweisen, denn durch seine Referenzen sind der Gemeinde Wien tatsächlich mehrere Millionen Kronen erspart worden.

Was den Abbau anbelangt, so habe Referent erklärt, dass im Jubiläums-Spital 90 bis 91 Personen abgebaut werden müssen, was er den Angestellten auch mitgeteilt habe, um von ihnen die Urube im Dienste zu nehmen, das er ihnen aber auch erklärt habe, dass der Abbau nach sozialen Rücksichten und nach den Graden der Tüchtigkeit vorsich gehen werde.

Das Defizit im Jubiläums-Spital wird grösser sein als der Voranschlag, was aber eine ... Massmasscheinung ist, und man könne den Kranken nicht zumuten, dass sie so wie die Gesunden einen Teil des Defizits auch sich nehmen.

Die Angelegenheit mit den Transporten werde in der kürzesten Zeit zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werden.

Bei der Abstimmung der Referentenratung angenommen, der Antrag Annahme der geschäftsmässigen Behandlung zugestimmt. Es wird hierauf in die Behandlung der Dringlichkeitsanträge eingegangen. GR. Vaugoin (chr. soz.) bezieht seinen Antrag auf Dringlichkeitsantrag seiner Anfrage und der Antwort darauf in der Angelegenheit der beschleunigten 140 Weigerns Wohl Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen.

6

GR. Vaugé (christliches L.) führt in Begründung seiner Anfrage aus, dass seit dem 17. Oktober eine merkwürdige Änderung in der Haltung des Rathauses gegenüber der Regierung eingeschlagen habe. Früher seien Kommunikationen über Untersuchungen von Lebensmitteln und Lebensmittelvorräten nicht veröffentlicht worden und es muss den Eindruck erwecken, als ob man vom Ratheuse aus, noch grössere Beunruhigung und Angst in die Bevölkerung tragen wolle. Ausser den in Rede stehenden 40 Waggons Mehl sei noch mehr als 60 Waggons in einem Magazine in der Harzgasse eingelagert. Redner berechnet dann auf Grund der durchschnittlichen Ausbeisungsziffer von 25.000 Menschen täglich und der angegebenen Vorräte der Küchentreibgesellschaft, dass die Gefährdung des Betriebes der Gesellschaft nicht unbedingt in Frage kam und meint, dass es nicht angehe, dass in einer Zeit so grosser Not der Bevölkerung einzelne Gesellschaften Vorräte aufgehäuft liegen. Die Antwort auf die Anfrage müsse Redner als unzufriedenstellend bezeichnen.

Vorsitzender GR. Skaret (Soz.-Dem.) bringt die Interpellationsbeantwortung zur Kenntnis:

Die in der Anfrage über die Lagerbestände der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft und über die Zeit, für welche diese genügen, enthaltenen Angaben sind durchaus unrichtig. Ebenso entsprechen die Angaben über die Personenzahl, die ausgespeist und beliefert wird, nicht den Tatsachen. Richtig ist vor allem, dass mit dem Stichtage 3. Dezember außer dem Personal 25.000 Personen ausgespeist wurden und dass der tägliche Zuwachs an Ausspeisenden rund 500 Personen ausmacht. Der Höchstverpflegsstand betrug in diesem Jahre im Februar 47.000 Personen, während die Höchstleistungsfähigkeit der Küchen sich mit 60.000 beziffert.

Der Mehlvorrat am 3. Dezember betrug 60 Waggons, die aber nicht aus den Zuweisungen des Staates stammen, da bei Beginn der Aktion 48 Waggons von der amerikanischen Kinderhilfssektion und 6 Waggons von der Gemeinde Wien, zusammen 53 Waggons als Grundstock überwiesen wurden. Der derzeitige Mehlverbrauch bei Zugrundelegung des Verpflegsstandes von nur 25.000 Personen und der Verbrauch der verschiedenen angeschlossenen Organisationen, welche 110.000 Tagesrationen benötigen, beträgt 42 Waggons Mehl pro Monat. Es reicht daher der gegenwärtige Mehlvorrat, wenn ein Anstieg nicht zu verzeichnen wäre, während der Anstieg gerade im Winter ungemein stark ist. Für 6 Wochen. Wenn der Anstieg in der Weise wie bisher weiter geht, ist zu befürchten, dass in 3 bis 4 Wochen die Mehlreserven vollständig aufgezehrt sind. Der Zuckervorrat betrug am Stichtage 3. Dezember 12 1/2 Waggons Zucker, von dem 11 2/3 bei Beginn der Aktion von der Gemeinde Wien als Grundstock übergeben wurde, so dass dieser nur um einen Waggon zugenommen hat. Die derzeitige monatliche Zuweisung des Bundesministers Lums beträgt 4 1/2 Waggons. Der Monatsbedarf bei einer Verbrauchsquote bei 13 g pro

Kopf und Tag, wie sie das Bundesministerium für diese Aktion genehmigt hat, ebenfalls 4½ Waggons, daher reicht der Reservevorrat an Zucker beim derzeitigen Verpflegsstand für 2 2/3 Monate aus, also nur bis Februar. Bei der stetigen Zunahme der Ausgespeisten dürfe er aber tatsächlich nur bis Jänner reichen. Der derzeitige Lagerbestand, gegenüber dem Lagerbestand beim Beginn der Aktion hat trotz der großen Zunahme und der noch zu erwartenden Steigerung der Zahl der Auszuspeisenden nur um 7 Waggons Mehl und 1.3 Waggon Zucker zugenommen. Sobald die Küchenaktion wieder, was in den Wintermonaten immer geschieht den Stand von ungefähr 50.000 Personen erreicht - es steht dies in kürzester Zeit in Aussicht wird der Mehlbedarf 60 Waggon und der Zuckerbedarf 5½ Waggon betragen. In diesem Falle genügt die Mehlereserve nur für 1½ Monate und die Zuckerreserve für 2 Monate. Die Aufspeicherung von Mehl wurde im Einvernehmen mit den Bundesministerien während der Sommermonate durchgeführt, um der erfahrungsgemäß während der Wintermonate sehr gesteigerten Inanspruchnahme der Küchen zu begegnen, da eine Anlieferung des Bedarfes in den Wintermonaten auf Schwierigkeiten stösst. Tatsächlich sehen wir, daß das Bundesministerium noch gar nicht in der Lage ist, die entliehenen Waggon Mehl aus Reserve zu den von ihm selbst gestellten Terminen abzuliefern und daß es auch die normale Belieferung bis heute nicht durchführen kann. Die Ausspeiseaktion ist faktisch nur mehr für kurze Zeit eingedeckt, und zwar für eine so kurze Zeit, daß der Herr GR. Prof. Dr. Fränkel für seine Person die Verantwortung für den ungestörten Betrieb abgelehnt hat.

GR. Dr. Fränkel (Soz. Dem.) bezeichnet die Informationen des GR. Vaugoin als unrichtig, er hätte sich im Bundesministerium oder beim Redner als dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Küchenbetriebsgesellschaft unschwer Aufklärung verschaffen können. Seine Vorwürfe treffen einen Mann, der den Christlichsozialen nahesteht, nämlich den Herrn Vizepräsidenten der Handelskammer Vinzel. Aber sowohl ihm, als auch den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates könnte nicht die geringste Unterlassung oder gar Ungelegenheit zur Lastgelegt werden. Gänzlich ungerecht seien die von der Parteipresse erhobenen Angriffe, als ob hier eine Schiebererei genommen worden wäre. Auch die Banken haben sich in der Angelegenheit durch aus tadellos verhalten. Der Redner erörtert nun ausführlich die Geschichte der Mehlanforderung durch das damalige Ernährungsamt und betont, daß der Küchenbetriebsgesellschaft 3/4 ihrer gesamten Mehlereserve genommen wurde unter Umständen und Kautelen, die den Redner veranlassen mussten, dem Bürgermeister um Intervention zu ersuchen. Tatsache sei, daß bis gestern von den entliehenen Mehl noch nichts zurückgestellt wurde.

Per Antrag Dr. Fränkel wird zum Beschluss erhoben und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Der Redner schließt zum Schlusse den Antrag, dass die Schritte des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit von Gemeinderäte billigend zur Kenntnis genommen werden. Der Bürgermeister habe das grosse Verdienst, dieser ganzen Aktion Geholfen zu haben, damit der Küchenbetrieb aufrecht erhalten werden könne.

W i e n e r B a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, 11. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Die Bürgermeister beim Bundespräsidenten. Bgm. Reumann und Vice-
bgm. Emmerling machten heute dem Bundespräsidenten Dr. Hainisch
ihre Aufwartung. Vicebgm. Hoss war durch seine Abwesenheit von
Wien entschuldigt. In einer längeren Aussprache informierte Bgm.
Reumann den Bundespräsidenten über eine Reihe von Wiener Angelegen-
heiten. Den wesentlichsten Teil der Besprechung bildeten die Er-
nährungsfrage, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der
Bau der Wasserkraftanlagen. Die Konferenz schloss nach einer ein-
stündigen Aussprache, in der der Bundespräsident seine Ansichten
über diese Fragen klarlegte und ein ungemein grosses Verständnis
für die Notlage der Stadt Wien bekundete. ~~Es~~ Die Bürgermeister
werden in den nächsten Tagen eine ausführliche schriftliche Dar-
stellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der
Stadt Wien dem Bundespräsidenten übermitteln.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. Dezember 1920, Nr. 393.

Margarineabgabe. Vom 12. bis 18. Dezember wurden bei den städtischen Margarineabgabestellen und Konsumentenorganisationen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen A-trennung des Abschnittes Nr. 222 der Fettkarte ausgegeben.

Freie Vereinigung der Wiener Männergesangsvereine. Wiener Sängerbund "Arion" und "Wiedener Männerchor". Morgen Sonntag um 1/8 4 Uhr nachmittags im mittleren Konzerthausaal Gründungskonzert unter Leitung des Ehrenchormeister M.H. Rehbeck und M. Kehlhofer und unter Mitwirkung der Konzertsängerin Rosmarie Hild und der Konzertpianistinnen Lilly Claus und Arnoldine Perković an der Orgel Ehrenchormeister Kehlhofer, Lilly Claus, die jugendliche Tochter des in Sängerkreisen sehr bekannten H. Albrecht Claus und der Konzertsängerin Lilly Claus - Neumeth tritt aus diesem Anlaß zum ersten Male im Konzertsaal auf. Allfällige restliche Karten vor Beginn des Konzertes an der Tageskasse des Konzerthauses.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. Dezember 1920, Nr. 394.

Geschäftseinteilung des Magistrates als politische Landesbehörde.

Durch die neue Ordnung der staatsrechtlichen Stellung Wiens wurde der Wiener Magistrat auch Landesbehörde. Als solche hatte er die Geschäfte der bisherigen n.ö. Landesregierung (früher Statthaltereirei), so weit sie Wien betreffen, mit dem Inkrafttreten des neuen Bundes-Verfassungsgesetzes zu übernehmen. Im Interesse einer möglichst ökonomischen Arbeitseinteilung wurden diese Geschäfte jenen Magistratsabteilungen zugeteilt, die schon bisher mit erstinstanzlichen Agenden der gleichen Art befasst sind. So wurden die Stiftungsangelegenheiten der Magistratsabteilung 10 (I., Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse) zugewiesen, die auch die Stiftungen der Gemeinde Wien zu verwalten hat, die Sanitätsangelegenheiten dem städtischen Gesundheitsamt (Magistratsabteilung 12) und der Magistratsabteilung 13, beide im Neuen Rathaus, die Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherungsangelegenheiten der Magistratsabteilung 14 für soziale Fürsorge, VII., Neubaugürtel, Hotel Wimberger, die Privat-Schul-Angelegenheiten der Magistratsabteilung 48 im Neuen Rathaus, die Patent- und Musterschutz - dann die Vereins- und Versammlungsangelegenheiten der Magistratsabtei-

lung 49 ebenda, die Ehespenden, Matrikeln- und Namensänderungen der Magistratsabteilung 50, gleichfalls im Neuen Rathaus.

Nur jene Angelegenheiten, die bisher auch erstinstanzlich nicht vom Magistrat geführt wurden, das ist die zweitinstanzliche Tätigkeit im Wirkungsbereich der Polizeibehörden, wurden in einer neu gegründeten Magistratsabteilung für Polizeiwesen (Nr. 55), I., Herrenrasse 11 zusammengefasst. Ausserdem wurde mit Rücksicht auf die grosse Anzahl der Geschäftsstücke, die in Gewerbeangelegenheiten durch die Übernahme der Geschäfte der Landesbehörde zugewachsen sind, eine zweite Gewerbeabteilung (Nr. 56) errichtet. Anfragen bezüglich Zugehörigkeit einzelner Angelegenheiten werden in der Magistratsabteilung 49, I., Neues Rathaus, Präsidialstiege, Eingang Liechtenfelsgasse, beantwortet.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

Kondensmilch für Kleinkinderernährung. Das Wiener Marktamt teilt mit, In einem kürzlich erflossenen Gutachten der staatlichen allgemeinen Untersuchungsanstalt für Lebensmittel in Wien wurde darauf hingewiesen, dass Kondens-Magermilch zur Kleinkinderernährung nicht geeignet sei. Die Marktamts-Direktion macht hievon die Verbraucher aufmerksam und geht gleichzeitig an die Verschleiser von Kondensmilch der Auftrag, kondensierte Magermilch stets und deutlich sichtbar als solche zu bezeichnen, widrigenfalls die Anzeige auf Grund des § 11 des Lebensmittelgesetzes erstattet wird. Fremdsprachige Bezeichnungen z.B. „skimmed milk“ auf der Etikette genügen nicht.

Verkauf billiger Wurst. Die Wiener Marktamtsdirektion teilt mit: Die Firma Vidoni in der Grossmarkthalle, Abteilung für Viktualien im 3. Bezirke wird ab Montag, den 13. d. Mts. aus Italien eingeführte mortadellaartige Würste, deren freier Verkauf nicht zulässig ist, zu mässigen Preisen an die Verbraucher abgegeben.

Christbaumverkauf. Die Gemeinde Wien wird ab Montag, den 13. ds. billige Christbäume zum Verkaufe bringen und werden dieselben auf nachstehend angeführten Plätzen verkauft: XIV., Rudolfsheimer Heumarkt, XVI., Yppenplatz, III., Erdbergerlände, Massengüterbahnhof, XX., Treustrasse 55, städtischer Holzlagerplatz.

Für die Rettungsgesellschaft. Ausgezeichnet organisiert war die Sammlung im Raimundtheater und Theater an der Wien. Von der Bühne wurde das Publikum aufgefordert ihn Schärfflein zum Sammeltag

der freiwilligen Rettungsgesellschaft beizutragen. Die Betriebsräte Hausschulz vom Theater an der Wien und Langer vom Raimundtheater veranlassten, dass die ersten Kräfte dieser Theater kommiert wie sie waren, das Publikum aufsuchten und mit Sammelbüchsen namhafte Beiträge einhoben, welche an die Bezirksvertretung Mariahilf abgeliefert wurden. Dank Allen!

Magistratsrat Victorin. Gestern wurde der pensionierte Magistratsrat Josef Victorin, der lange Jahre die administrativen Geschäfte des Wiener Bezirksschulrates leitete, zu Grabe getragen. In der Leichenhalle des Zentralfriedhofes hatten sich vor dem mit zahlreichen Kränzen und Blumengewinden geschmückten Sarg ausser den Familienangehörigen viele Freunde und Bekannte des Verstorbenen versammelt, um ihm das letzte Geleit zu geben. Unter den Anwesenden sah man den hiesigen admin. Referenten des Bezirksschulrates Magistratsrat Paul, den Präsidenten des Vereines der pensionierten rechtskundigen Beamten des Wiener Magistrates Dr. Emil Schwarz, Vertreter der Genossenschaften der Uhrmacher und Ficker, deren Ehrenmitglied der Verbliebene gewesen und Mitglieder der Bürgervereinigung, Oberbaurat Haubfleisch und viele andere.

Verband der Angestellten der Gemeinde Wien Weihnachtsaktion:

7, Burggasse 16, täglich auch Samstag und am 19. ds. 1/28 - 12, 2 - 5. Neue Bonbonnieres und Spielwaren, Küchengeräte, Woll- und Wirkwaren, Herrenkappen und Krawatten, Parfümeriewaren, Toiletteartikel, Briefpapier, Schreibrequisiten, Christbaumschmuck und Kerzen. Textilwarenabgabestellen: Ab Dienstag Wickelgemaschen, Wadenstutzen, Damenstrümpfe, Kostüme, Oxford, Blaudruck und andere Waschstoffe, Herren Raglans, -Anzüge und -Hüte, Handschuhe etc. Brennstoffversorgung: Kohle und Koks Anzahlung 300 K, auf Wunsch auch Zimmerbrände für Nusskoks. Einzahlungen Burggasse 16.

Wien Montag den 13. Dezember, 1920. Abendausgabe

Die Strompreiserhöhung im Ausschuss für die städtischen Unternehmungen beschlossen. Heute wurde im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen über die Erhöhung der Strompreise beraten. Aus dem Bericht der Direktion der Elektrizitätswerke ist hervorzuheben, daß durch die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise von 22 K für 1 Tonne im Jahre 1915 auf derzeit 2620 K, sowie durch die Erhöhung der Arbeitslöhne, die im Durchschnitt im Jahre 1915 wöchentlich 30 K gegenüber 300 K im Dezember 1920 betragen eigentlich eine noch stärkere Erhöhung der Strompreise beantragt werden müßte, als die von der Direktion in Vorschlag gebrachte. Es wurde beschlossen, für die letzte Ablesperiode, d. i. vom 1. Oktober bis 15. November den Strompreis mit 1.18 K für Beleuchtungszwecke und 1.02 K für Kraft und alle übrigen Zwecke zu berechnen. Für die laufende Ablesperiode, d. vom 16. November bis 31. Dezember erfolgt die Berechnung des Strompreises auf die Weise, dass zu dem Strompreis des Jahres 1915, der für Licht 7 h

und für Kraftzwecke 2x 3 h pro Hektowattstunde betrug, ein Feuerungszuschlag für Licht von 1.43 K und für Kraft von 1.17 pro Hektowattstunde in Anrechnung gebracht wird. Es werden also für die laufende Ablesperiode für Licht 1.50 K und für Kraft 1.20 K pro Hektowattstunde zu bezahlen sein. Die erwähnten Feuerungszuschläge werden bei weiteren Steigen der Materialpreise und Löhne entsprechend erhöht und nach Genehmigung durch den Stadtsenat verlautbart. Bei Stromabgabe an Lokale, die im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 4. August 1920 L.Gbl. 72^a als Luxusbetriebe anzusehen sind, ist ab 15. November 1920 auf den gesamten Lichtstrompreis ein Zuschlag von 50 % zuzurechnen. Die Direktion hebt in ihrem Berichte hervor, daß trotz der beantragten Preiserhöhung die elektrische Beleuchtung noch immer die billigste Beleuchtungsart bleibt, weshalb eine stete Erweiterung der Mietinstallationen im Interesse der Bevölkerung gelegen ist. Bisher wurden rund 8000 solcher Anlagen in Kleinwohnungen ausgeführt. Die Direktion beantragte, dass ein Kredit von 6 Millionen Kronen zur weiteren Herstellung von Hausanschlüssen gewährt werden soll. Die Direktionsträger wurden angenommen und geüben freitag in den Gemeinderat zur Beratung.

Der Oberbürgermeister von Bonn an Bürgermeister Reumann, Bgm.

Reumann hat seinerzeit an den Oberbürgermeister von Bonn auf dessen Einladung der Stadt Wien zur Beethovenfeier ein Schreiben gerichtet, daß sich die Stadt Wien sehr gerne an der Festfeier der Stadt Bonn zum 150. Geburtstage Beethovens teilgenommen, wenn es die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben würden. Auf diesem Brief ist nun ein Schreiben des Oberbürgermeisters von Bonn eingelangt, das lautet: Für die freundlichen Grüße, die Sie namens der Stadt Wien der Stadt Bonn aus Anlaß des 150. Geburtstages Beethovens übermitteln haben, spreche ich den aufrichtigsten und lebhaftesten Dank aus. Ich habe Gelegenheit genommen der stadterordneten Versammlung in ihrer Sitzung, in der über die Veranstaltung einer Festfeier Beschluß gefaßt worden ist, von Ihrer Zuschrift Kenntnis zu geben, deren Inhalt mit freudigem Beifall aufgenommen wurde. Der Geburtstag des größten Sohnes unserer Stadt soll im Frühjahr, um die Zeit des Himmelfahrtfestes begangen, und zwar durch ein mehrtägiges grosses Musikfest, zu dem wir erste Kräfte zu gewinnen hoffen. Sobald das Programm feststeht, werde ich mir erlauben, Ihnen nähere Mitteilung zu machen; sollte sich die Stadt Wien alsdann an unserer Feier beteiligen können, so würde uns das zur größten Freude und Ehre gereichen. Auch wir geben uns der Hoffnung hin, daß Beethoven, den Sie mit vollem Recht den Mittler des göttlichen zum menschlichen auf dem Gebiete der Musik nennen, durch seine Kunst mit dazu beitragen wird, daß Band in Nord und Süd enger zu knüpfen. Ihre Teilnahme an unserem Feste würde durch die damit verbundene Betonung der Gemeinsamkeit unserer Volkstammigkeit und unserer Kultur umso wesentlichere Bedeutung haben, als sie uns in den besetzten Rheinlanden in unserem Festhalten an Deutschtum, an dem, was wir von unseren Vätern ererbt haben, Stärkung bringen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft neu beleben würde. Am Beethovens Geburtstag werden wir Bonner unserer Freude an der Donau herzlichst gedenken und im Geiste mit ihnen feiern.

Weihnachtsferien an den Volks- und Bürgerschulen. Vom Bezirksschulrat Wien wird amtlich zur Kenntnis gebracht, daß gemäß des Erlasses des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht vom 29. November l. J. auch an den öffentlichen V o l k s - und B ü r g e r s c h u l e n die diesjährigen Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1920 bis einschließlich 2. Jänner 1921 dauern. Wegen Vornahme der gründlichen Reinigung der städtischen Schulgebäude findet jedoch der Bezirksschulrat anzuordnen, daß an diesen Schulkategorien der Unterricht

auch am 20. ... er zu ... len ...

Kartoffelgrieß für Mindestbemittelte. In der 157. Aktionswoche erhalten alle Besitzer von rosafarbenen Einkaufscheinen für Wohlfahrtsfleisch pro Person $\frac{3}{8}$ kg Kartoffelgrieß zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes in den Geschäften der Großschlachtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 15. Dezember für A - F, Freitag, den 17. für G - K, Montag, den 20. für L - R und Mittwoch, den 22. Dezember für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person $\frac{1}{8}$ kg Kartoffelgrieß und zwar an die ersteren zum Preise von K 2.20, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Erledigste Schulleiterstellen. Im Wiener Schulbezirk kommen 29 freigeordnete Schulleiterstellen, Direktor- und Oberlehrerstellen, zur Besetzung. Bewerber (Bewerberinnen) haben die Gesuche an den Wiener Stadtsenat zu richten. Gesuche der im Wiener Schulbezirk bereits angestellten Lehrpersonen sind bis längstens 31. Dezember bei der zuständigen Bezirkssektion des Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen.

Kinder für Kinder. Vor einigen Tagen fand im Kleinen Musikvereinsaal eine Veranstaltung statt, die in ihrer Art bis nun die erste in Wien war. Schulpflichtige Kinder haben ihr Können in Musik, Tanz und Deklamation in den Dienste der Fürsorgetätigkeit gestellt, da das Erträgnis dieser Veranstaltung der für Perialfürsorge für Wiener Schulkinder zugewandt wird. Die Veranstaltung, die unter der Kontrolle der Elternvereinigung der Mädchenvolkschule in der Leopoldgasse stand, muß im Bezug auf das Gebotene als erstklassig bezeichnet werden. Schulpflichtige Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren zeigten, was Fleiß, Können und Liebe zur Sache möglich mache. Der künstlerischen Leitung der Pianistin, Assistentin des Professors Mendelewitsch, Frä. Rose Innländer, die mit großer Umsicht und mit vollem Verständnis die Veranstaltung durchführte, gelang es, die Darbietungen auf eine künstlerische Höhe zu bringen. Erstklassig müssen die Vorträge der kleinen Pianistinnen bezeichnet werden, denen sich die der jungen Geiger ebenbürtig anreihen können, und denen die Darbietungen der kleinen Tänzerinnen aus der Schule Heimann nicht zurückstehen. Alle Besucher dieser ersten Jungkünstler-Akademie (Kinder für Kinder), unter denen sich auch die Vertreter der auswärtigen Missionen befanden, verließen überrascht durch das Gesehene und Gehörte den Vertragssaal. Befriedigend ist auch der finanzielle Erfolg, der sich aus Spenden der Mitwirkenden und aus den

Kartenerlöse zusammensetzend den Betrag von rund 18.000 Kronen ergab, der nun der Perialfürsorge für die Wiener Kinder zugewandt wird. Die künstlerische Leitung dieser ersten so überaus glanzvollen gelungenen Veranstaltung plant nun auch an den anderen Wiener Schulen solche Jungkünstler-Akademien zu Gunsten der Perialfürsorge der Wiener Kinder zu organisieren und es ist zu hoffen, daß die Elternvereinigungen den Veranstaltungen im Hinblick auf den ausgesprochen humanitären Zweck die Unterstützung werden angedeihen lassen.

Kapitalvermehrung des Wiener Bankvereines. Der Administrationsrat des Wiener Bankvereines hat auf Grund der ihm erteilten Vollmacht die Beschlüsse gefaßt, das Aktienkapital der Gesellschaft von 180 auf 300 Millionen Kronen durch Ausgabe von 120 Millionen Kronen Nominalen neuer Aktien in der Weise zu erhöhen, daß 60 Millionen Kronen mit Dividendenberechtigung ab 1. Jänner 1921, zum Kurse von 950 den bisherigen Aktien im Verhältnis von 1 neuen für 5 alte Aktien zum Bezuge angeboten werden und die übrige Hälfte von 60 Millionen Kronen einem Syndikate zum Preise von 1500 Kronen fix überlassen wurde.

Wien, Dienstag, den 14. Dezember 1920 - Abendausgabe.

Eine Brotpreisdebatte im Stadtsenat. Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtsenates einen eingehenden Bericht über die zur Zeitschwebenden Verhandlungen wegen der Erhöhung des Brotpreises, der mit der Feststellung endete, daß er als Landeshauptmann es unbedingt ablehne, eine Erhöhung zu verfügen und daß er es der Regierung erlassen müsse, der Bevölkerung eine derartige Last aufzuerlegen.

Der Bürgermeister teilte im Stadtsenat folgendes mit: Die schlechte Brotqualität, die seit Wochen zur Verausgabung gelangt, und auch bisher keine nennenswerte Besserung aufweist, in Verbindung mit den kursierenden Nachrichten von einer ungeheuerlichen Steigerung der Mehl- und Brotpreise haben ihn veranlaßt, den Herrn Bundeskanzler Dr. Mayr um eine Aussprache zu bitten. Diese fand am 2. Dezember unter seinem Vorsitz, in Anwesenheit des Bundesministers für Volksernährung Dr. Grünberger, des Sektionschefs Dr. Bärnklaus als Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen und unter Zuziehung des Finanzreferenten der Stadt Wien SrR. Breitner statt. In fast dreistündiger Auseinandersetzung wurde die Frage der Brotqualität und der Brotpreiserhöhung erörtert. Scharf wurde der Standpunkt Wiens dahin präzisiert, daß die arbeitende Bevölkerung ohne Unterschied, ob es sich um manuelle oder geistige Arbeiter handle, von einer Brotpreiserhöhung nicht betroffen werden dürfe, insbesondere solange nicht, als es unmöglich sei, eine bestimmte Brotqualität, die den wirklich berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung Genüge leisten kann, zu verbürgen. Der Bürgermeister verwies auf die in den Konsumentkreisen herrschende ungemessene Erregung und auf die Tatsache, daß im Laufe dieses Kalenderjahres der Brotpreis bereits eine Steigerung um 400 % von K 1.50 auf K 6.00 erfahren habe. Der Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen betonte wohl immer wieder die Notwendigkeit einer Preiserhöhung, doch fanden die Vertreter der Gemeinde Wien in den Ausführungen des Bundesministers Dr. Grünberger eine kräftige Unterstützung, der mit großer Freimut sagte, daß er einer allgemeinen Brotpreiserhöhung angesichts dieser Brotqualität auch für sein ^{derzeit} Amt nicht zustimmen könne.

Als Ergebnis dieser damaligen Besprechung wurde festgestellt, daß von einer Brotpreiserhöhung abgesehen wird. Sollte sich später eine solche als notwendig erweisen, so müsse doch unbedingt im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme eine Staffelung der Brot- und Mehlpreise erfolgen, in einer Weise, daß die wirtschaftlich schwächeren Kreise nicht davon berührt werden. Bezüglich der Abgrenzung des Begriffes wirtschaftlich schwächere konnte festge-

stellt werden, daß die in die Öffentlichkeit gedruckten Ziffern eines Einkommens von 30.000 K nicht zutreffend sei, und sofern sie überhaupt in irgendwelchen internen Konferenzen genannt würde, jedenfalls nur als ein Einkommen pro Kopf der zu versorgenden Familie gemeint sein konnte.

Der Bundesminister für Volksernährung betonte wiederholt, daß von irgendwelcher bereits feststehenden Staffelung noch nicht die Rede sein könne, wohl aber daß Hotels, Pensionen und Sanatorien das verbilligte Mehl überhaupt nicht mehr geliefert erhalten und auch bezüglich der fremden Staatsangehörigen Maßnahmen wegen Ausschaltung vom Bezuge zum ermäßigten Preise in Aussicht stünden. Schon bei dieser Beratung erklärte der Bundesminister für Finanzen, daß, wenn schon der Staat sich dazu verstehen könnte, einen Zuschuß auf das Mehl zu leisten und sogar jene 1.20 K zu tragen, die aus der letzten Regulierung der Bäckerlöhne herrühren und damals nicht überwältigt wurden, dies doch nicht geschehen könne, mit Bezug auf jene Steigerung, die aus der bereits im Zuge befindlichen Lohnbewegung und Verteuerung der Brennstoffe etc. zu gewärtigen sind.

Der Bürgermeister berichtete weiter, daß er bei Abschluß dieser Konferenz es noch einmal dem Bundeskanzler dringendst nahegelegt habe, sich den Standpunkt der Gemeinde Wien zu eigen zu machen und von jeder Brotpreiserhöhung abzusehen und für spätere Zeiten überhaupt keine generelle Brotverteilung durchzuführen. Das seither auf Grund eines stattgehabten Ministerrates erschienenen Komunique der Regierung trägt diesen Wünschen nur teilweise Rechnung. Dem Verlangen der Gemeinde, daß die ^{bisherigen} Mehlezuschüsse jetzt nach diesem furchtbaren Sprung der Zucker- und Fettpreise gerade in der ungünstigsten Jahreszeit bei verkürzter Mehlquote und ^{der dadurch} ~~verslechterter~~ Brotqualität, keinem Abbau zu unterwerfen ist, entsprochen worden und ebenso ist die Regierung bereit den bisherigen Zuschuß für die Broterzeugung zu leisten.

Hingegen ist tatsächlich angekündigt, daß künftige Steigerungen bei der Erzeugung auf die Bevölkerung überwältigt werden würden. Diese letzte Gefahr ist nunmehr eine unmittelbar drohende geworden. Am 10. ds. haben die Broterzeuger, Fabrikanten wie Bäcker und die Vertreter der Arbeiterschaft bei mir vorgesprochen und das Ergebnis der untereinander geführten Lohnverhandlungen mitgeteilt. Die von den Broterzeugern erhobenen Forderungen spielen dem Verlangen nach Steigerung des Brotpreises um 80 %, das wäre also um 6 K auf nahezu 11 K. Ich erklärte, daß ich nicht in der Lage sei, dies zu sanktionieren, weil es sich nicht um eine aus lokalen Gründen hervorgerufene Teuerung handle, sondern um ganz allgemeine Erscheinungen, die in den valutarischen Verhält-

nissen und den bedeutenden Rückständen der inländischen Ablieferer überhaupt ihre Ursache habe. Ich sei daher als Landeshauptmann für Wien nicht in der Lage eine solche Maßnahme zu treffen, sondern dies sei Sache der Regierung. Die Gehilfenvertreter bemerkten, daß ihre Forderungen bis zum 15. ds. befriedet seien und andernfalls mit den Gegenmaßnahmen der Gewerkschaft gerechnet werden müsse.

Gestern fand eine neuerliche Konferenz statt, an der auch Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen teilnahmen, die auch ihrerseits an mich das Verlangen stellten, ich möge die Berechtigung der erhobenen Forderungen überprüfen, was ich jedoch ablehnte, da ich der Anschauung bin, daß das Bundesministerium für Ernährung hierzu deswegen berufen sei, weil auch schließlich die Regierung das entscheidende Wort zu sprechen haben wird. Die weiteren Konferenzen finden infolgedessen auch nicht mehr im Rathause sondern heute im Bundesministerium für Ernährung statt.

Die Landesregierung von Wien müsse nach wie vor auf ihrem Standpunkte harren, so erklärte der Bürgermeister weiter, eine Brotpreiserhöhung auf das entschiedenste abzulehnen. Es sei Ob-
worge der Regierung, die für die Volksernährung notwendigen Anordnungen zu treffen und wenn sie glaube, unter den geschilderten Verhältnissen und angesichts der drückenden Notlage bei einer derart schlechten Qualität des Brotes auch die Preise um 80 % erhöhen zu sollen, dann müsse auch sie allein die Verantwortung hierfür tragen.

Dieser Bericht des Bürgermeisters und Landeshauptmannes wurde nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen.

Sehr geehrter Herr Kollege! Eine Verlautbarung über die heute in der Brotpreisfrage stattfindende Sitzung im Ernährungsamt wird vom Rathause aus nicht ausgegeben.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 14. Dezember 1920, Nr. 396.

Die Kosten der Schneekäuberung. Der vorzeitige und starke Schneefall macht sich im Budget der Gemeinde Wien mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung der Löhne und Fuhrwerkskosten sehr empfindlich fühlbar. Gestern standen bei der Straßen- und Schneekäuberung einschließlich der Straßenbahnen 3.030 Personen in Arbeit. Die

Pferde	flüge	Fuhrwerke
der Schnee	und der sonstigen	

 erforderten 270 Pferde, was insgesamt einen Aufwand von 820.000 Kronen bedeutet. In diesem Betrag sind die Kosten der motorischen Vorkehrungen, die die Straßenbahnen in Bewegung gesetzt haben, nicht mit eingerechnet.

Beethovenausstellung der Stadt Wien. Die Ausstellung wird Donnerstag, den 16. ds. um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags durch Bgm. Reumann eröffnet. Besuchszeit täglich mit Ausnahme der Montage, und zwar Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9 bis 2, Samstag von 9 bis 4, Sonn- und Feiertag von 9 bis 1 Uhr. Eintrittsgebühr an Donnerstagen K 10.--, an den übrigen Tagen ist der Eintritt frei.

Arbeiterkammerwahlen. Die geringe Anzahl von Anmeldungen läßt darauf schließen, daß in den beteiligten Unternehmerkreisen die Verpflichtung zur Einsendung von Verzeichnissen der Arbeiter und Anstellten nicht genügend bekannt ist. Der Magistrat macht deshalb aufmerksam, daß die Frist zur Vorlage der Verzeichnisse an die zuständigen magistratischen Bezirksämter mit 18. Dezember endet. Im Falle der Nichtanmeldung müsse gegen die Säumigen Strafamtshandlung eingeleitet werden.

Ehrengeschenke zur goldenen Hochzeit. In der vergangenen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters StR. Speiser an folgende Jubelpaare ein Ehrengeschenk der Gemeinde anlässlich der goldenen Hochzeit. Ferdinand und Barbara Hycsek, Franz und Franziska Wald im III. Bezirk, Karl und Marie Krziz im VI. Bezirk und Eduard und Rosina Schulz in Atzersdorf.

Kapitalserhöhung der Wiener Lombard- und Eskomptebank. Der Verwaltungsrat hat in Ausführung des Beschlusses der am 12. Oktober d.J. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital durch Ausgabe von 400.000 Stück voll eingezahlter, auf den Anhaber lautenden Aktien à 200 K Nominale von 20 Millionen auf 100 Millionen Kronen zu erhöhen. Von diesen 400.000 Stück wurden 300.000 Stück von einem Konsortium fix übernommen. Die jungen Aktien sind ab 1. Jänner 1921 dividendenberechtigt.

+ + +

Über die Maßnahmen die zu treffen sind um die wirtschaftlich schwächeren Kreise der Bevölkerung vorder Brotpreiserhöhung zu versichern, herrscht gegenwärtig noch völlige Unklarheit. Die Nachricht in mehreren Abendblättern daß als wirtschaftlich schwächere Kreise, Personen mit einem Jahreseinkommen von 30.000 K. zu betrachten seien, ist falsch. in Erwägung dürfte die Wiedereinführung einer Brotauflage gezogen werden.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Eröffnung neuer Nachtlinien im Kraftstellwagenbetriebe. Dem Gemeinderate liegt ein Antrag des VB. Emmerling auf Eröffnung neuer Nachtlinien im Kraftstellwagenbetriebe vor. 1.) Vom Stefansplatz über die Kärntnerstraße-Wiedener Hauptstraße-Schleifmühlgasse-Margaretenstraße-Pilgramgasse und Schönbrunnerstraße bis zur Margaretenkirche mit den übergreifenden Zonen vom Stefansplatz bis zur Paulanerkirche und von der Oper bis zur Margaretenkirche. 2.) Vom Stefansplatz über den Kehlmarkt-Schuaflergasse-Bartensteingasse und die Josefthäterstraße bis zum Gürtel mit den beiden Zonen vom Stefansplatz zum Burgtheater und vom Burgtheater zum Gürtel. 3.) Die Verlängerung der bestehenden Nachtlinie von der Volksoper bis zur Stadtbahnstation Gersthof mit einer neuen Zone in gleicher Länge.

Verband der Angestellten der Stadt Wien, Weihnachtsbazar. VII., Burggasse 16, täglich auch Samstag und Sonntag 8 bis 12 und 2-5. Weihnachtskonfekt, Fondants, Stollwerk-Karamellen, Malzbonbons, Teebäckerei, Haselnuß-, Fischinger- und Zitronentorten, Gablonzer-Waren wie Manchetten- und Kragenknöpfe, Krawattennadeln, Kragenspannen und Kettchen u.s.w.

Verlegung der Gemüseabendmärkte. Die auf den Gemüsegroßmärkten XI., Münnichplatz und Dopplergasse, XIV., Linzerstraße, XIX., Liechtenwerdeplatz und XXI., Wendelinplatz am Freitag, den 24. Dezember abzuhaltenden Abendmärkte werden auf Donnerstag, den 23. ds. verlegt. Der Marktverkehr findet wie an den sonstigen Markttagen von 4-6 abends statt.

Der 19. Dezember - Sammeltag für die Armen Wiens. Egm. Reumann hat anlässlich des am 19. Dezember stattfindenden Sammeltages für die Armen Wiens einen Aufruf erlassen. In dem es heißt: An die Stelle der bisher üblichen Eigensammlung von Beiträgen für Armenzwecke mittels Büchsen tritt von diesem Jahre an ein einmaliger Sammeltag, mit dessen Durchführung in jedem Bezirk eine Komitee mit dem Bezirksvorsteher und dem Vorstände des Armeninstitutes an der Spitze betraut ist, und der in diesem Jahre am 19. Dezember abgehalten wird. Die Gemeinde vermag die Mittel zur Bestreitung der Armensauslagen aus den gesetzlichen Zuflüssen fast nicht mehr aufzubringen. Außer Stande ihre Einnahmen auch nur im entferntesten der Geldentwertung anzupassen, sieht sie sich genötigt mehr als je an die Opferwilligkeit jeder Kreise der Bevölkerung zu appellieren, welche über ihr pflichtgemäßen Leistungen hinaus, zur Steuerung der allgemeinen Not beitra-

gen können. Den leidenden Mitzeppachen zu helfen und das Los der Bedürftigkeit zu erleichtern, ist ein schönes Verrecht des Besitzes. Heute, da nur die Anspannung aller Volkskräfte und die stärkste Betätigung des Gemeinsamkeitsgefühles uns den Weg zum neuen wirtschaftlichen Aufstieg bahnen kann, wird dieses Verrecht zur Volkspflicht, der sich niemand entziehen soll. Bewohner der Stadt, Mitbürger und Mitbürgerinnen stehen gleichfalls nicht zurück am Hilfswillen. Spenden wollen in die in jedem Haus aufgelegten Sammelbögen eingetragen oder auch unmittelbar an die Bezirksvorsteher eingeschickt bzw. diesen übergeben werden.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Um Aufnahme vorstehender Notiz ersucht StR. Dr. Tandler.

Kundgebung an den Bundespräsidenten Dr. Heinisch in der freien Vereinigung für technische Volksbildung. In der gestrigen Generalversammlung der freien Vereinigung für technische Volksbildung wurde nach den Reden des Präsidenten Dr. Wilhelm Exner der über die Volksbildungsarbeit der Techniker sprach, und dem Referenten des Volksbildungsamtes Sektionschef Heinz Kautsk herzlichsten Dank sagte und nach den Reden der Oberbeuräte Halter (Technische Hochschule) und Wiß (Volksbildungsamt des Unterrichtsministeriums) die nachstehende Resolution an den neuen Bundespräsidenten von Deutschösterreich Dr. Michael Heinisch einstimmig und unter großem Beifall zum Beschlusse erhoben: Die „Freie Vereinigung für technische Volksbildung“ als Kulturbund der gesamten deutsch-österreichischen Technikerschaft und aller technischen Berufsstände begrüßt Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, anlässlich der diesjährigen Generalversammlung am 14. Dezember 1920, im Festsaale der Technischen Hochschule in Wien, mit großer Genugtuung als neues Staatsoberhaupt.

Die technische Welt Deutschösterreichs weiß, daß Sie das große Werk, an dem wir zum Nutzen und zur Rettung der Volkswirtschaft arbeiten, aus eigener Erfahrung und nur als Volkbildner voll und ganz würdigen und daß Sie mit uns die Technik, das Integral aller wirtschaftlich produktiven und schöpferischen Arbeit, zugleich auch als einen großen Kulturfaktor betrachten. Umso zueversichtlicher trägt die „Freie Vereinigung“ deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Anteführung, hochverehrter Herr Präsident, der bisher oft als Aschenbrödel behandelte Technik eine Periode der intensivsten Förderung bieten und dadurch zu einer Glanzzeit technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges werden möge. Ein ausschlaggebendes Mittel dazu wird die technische Volksbildung, das ist die Verbreitung von tieferem Verständnis und von Urteilsfähigkeit für alle technischen Fragen der Zeit, der Geschichte, Kulturgeschichte und des Kosmos sein.

Sehr verehrte Redaktion!
Sie werden mich und alle Techniker Deutschösterreichs zu großem Danke verpflichtet, wenn Sie der vorstehenden Kundgebung in der Ihnen passenden Form - wenn möglich vollständig - Raum in Ihrem sehr geschätzten Blatte gönnen.

Mit bestem und herzlichsten Danke der

Präsident Dr. Wilhelm Exner

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Mittwoch, den 15. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Musikalische Darbietungen im Rathause. Morgen nachmittag pünktlich 1/2 5 Uhr findet im Rathause die feierliche Eröffnung der Beethoven-Ausstellung statt. Sie wird eingeleitet durch musikalische Darbietungen, für die, da der grosse Festsall nicht geheizt werden kann und daher unbenützlich ist, der stimmungsvolle Sitzungssaal des Stadtsenates gewählt worden ist. Dies erklärt auch, dass nur eine verhältnismässig geringe Anzahl von Einladungen ergehen konnte. Als erste Programmnummer wird das Hornquintett Stiegler der Staatsoper „Die Ehre Gottes in der Natur“ zum Vortrag bringen. Die Bläser-Kammer-Musikvereinigung der Staatsoper spielt das Sextett op. 71 für 2 Klarinette, 2 Hörner und 2 Fagotte. Sodann wird das Mitglied der Staatsoper Emmy Krüger die Lieder „An die Hoffnung“ und „Ich liebe Dich“ singen am Klavier begleitet von Prof. Ferdinand Foll. Die Mitglieder des Gottesmann-Quartetts Hugo Gottesmann, Ernst Morawec und Bohdan Bereznicky bringen das Streichtrio Serenade op. 8 für Violine, Bratsche und Cello zu Gehör. Daran schliesst sich die Besichtigung der durch Bürgermeister Reumann eröffneten Ausstellung, die von der Direktion der städtischen Sammlungen mit Unterstützung ausländischer Museen und inländischer Sammlungen zu einer Sehenswürdigkeit gestaltet wurde.

Zur Verhütung von Dachbränden. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit wiederholt vorgekommenen Dachbrände erinnert der Magistrat an die Kundmachung vom 14. November 1892 nach der das Betreten der Dachböden mit offenem Licht verboten ist und Lagerungen leicht brennbarer Gegenstände dort nur unter entsprechender Sicherung gegen Flugfeuer und unter der Bedingung gestattet ist, daß sich dort keine Rauchfangputztürchen befinden, das Mauerwerk der Rauchfänge dicht verputzt ist und diese Lagerräume von anderen Dachboden feuersicher abgetrennt sind.

Verkauf von Alteisenmaterialien. Zur Veräußerung der vorrätigen Mengen von Alteisenmaterial der Straßenbahnen findet am Dienstag den 4. Jänner 10 Uhr vormittags in der Favoritenstrasse 11 eine öffentliche Anbotverhandlung statt.

Freie Stiftungen. Vom Magistrat der Stadt Wien gelangen folgende Stiftungen zur Verleihung: 1.) Josef und Emilie Stuhäbner - Stiftung jährlich 70 K auf 3 Jahre an eine bedürftige katholische Familie des Diurnistenstandes in Wien, die für einen unheilbar kranken Angehörigen sorgen muß; Familienväter, die bei einem Bezirksgericht in Wien angestellt sind oder waren, sind in erster Linie zu berücksichtigen. 2.) Josef Kopetzky-Stiftung, 140 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung in der Rekonvaleszenz an einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates. 3.) Max Spinner-Stiftung, 25 Teilbeträge zu 268 K an Angehörige der arbeitenden oder dienenden Klasse, welche in Wien geboren oder nach Wien zuständig sind und arbeitsunfähig geworden sind. Verleihung 13. April. 4.) Anton Hupp-Stiftung, 400 K an einen armen alten Bewohner des 10. Bezirkes. Gesuche an die Kanzlei der Bezirksvertretung des 10. Bezirkes. Verleihung 26. Februar 1921. Die Gesuche sind bis 10. Jänner 1921 mit Ausnahme Nr. 4, bei der Konskriptionsamtsabteilung des magistratischen Bezirksamtes des Wohnsitzes oder bei der Magistratsabteilung 10 einzureichen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Donnerstag, den 16. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Feierliche Eröffnung der Beethoven-Ausstellung im Rathaus.

In Anwesenheit zahlreicher Festgäste fand heute nachmittag die Eröffnungsfeier der von der Gemeinde Wien anlässlich des 150. Geburtstages Ludwig van Beethovens veranstalteten Ausstellung statt. Erschienen waren zur Feier zahlreiche Vertreter der ausländischen Gesandtschaften und Missionen, der ausländischen Hilfsaktionen, Vertreter der Regierung und der Staatsämter, des Polizeipräsidiums, des Präsidiums des Wiener Landtages und des Landtages von Niederösterreich, zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung, des Stadtsenates, des Gemeinderates und viele Bezirksvorsteher, Vertreter der Kunstinstitute sowie zahlreiche Festgäste.

Die Feier, die im festlich geschmückten, stimmungsvollen Sitzungssaale des Stadtsenates stattfand, wurde durch die vom Honrat Stiegler der Staatsoper vorgetragene Hymne „Die Ehre Gottes in der Natur“ eingeleitet.

Bürgermeister Reumann hielt sodann an die Festversammlung eine Ansprache, in der er ausführte:

Wien ist heute die besondere Pflicht auferlegt, jenen Tag zu feiern, an dem vor 150 Jahren Beethoven der Welt geschenkt ward. Beethoven war nicht der Sohn dieser Stadt, und er war mehr als ihr Bürger: Beethoven ist unlöslich in den Begriff „Wien“ eingegangen. Die Elemente, die Wien im Bewusstsein der Welt aufbauen und unserer Stadt bestimmten Charakter geben, sie enthalten in sich ganz wesentlich auch Beethoven. Hier, in Wien, hat er seine erhabenen Werke geschaffen, hier schuf er eine Welt, von der auch das Wien Beethovens ein Teil ist. Nicht zufällig hat er die Stadt, nachdem er sie einmal betreten, bis zu seinem Tode nicht mehr verlassen: wie unverständlich, feindselig, sich die Mitwelt gegen den großen Geist auch stellen mochte, in Wien selber lag doch ein Zauber, der den Meister fesselte, ja in seine Werke einzog. Die Kompositionen, die heute hier Künstler uns darbieten, enthalten deutlich ein Stück Wiener Geselligkeit, einen Hauch der Wiener Landschaft. Daß Beethoven sie aufzunehmen nicht verschmähte, daß er sie zur hohen Kunst erhob, zeigt doch auch von dieser Seite die Zugehörigkeit Wiens zu seinem Schaffen. Das galt freilich nicht der Geselligkeit, auch nicht der Gesellschaft in einem beschränkten Sinn allein, es galt der ganzen Volksgemeinschaft, es galt der ganzen menschlichen Gemeinschaft. Auch diesen höchsten Beethoven zu feiern, ist gerade heute die besondere Pflicht Wiens. Wir tragen die von ihm so oft in Tönen ausgedrückte Idee der Verbrüderung der Menschen tief in uns, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft unserer Nation ebenso wie zum Bunde al-

ler Völker ist unser Glaube und unsere Hoffnung. Wien feiert Beethoven, nicht bloß um ihm zu huldigen, sondern um sich an ihm aufzurichten.

Wir laden Sie ein, die Ausstellung zu besichtigen, die zu Ehren Beethovens in den städtischen Sammlungen veranstaltet wird. Es war uns allerdings nicht möglich, alles hier zu vereinigen, was auch nur in Wien zu finden gewesen wäre. So sehr wir es bedauern, daß es nicht gelungen ist, der Stadt als Ausdruck der ganzen Wien alle Sonderaktionen unterzuordnen, so verstehen wir doch den Stolz der Besitzer auf Beethoven-Andenken, und ich erblicke in diesem Festhalten nicht nur Sammlerstolz, sondern auch Hingabe, Ehrfurcht vor dem Namen Beethovens, dem ja alle Feiern da und dort gelten. Umso mehr jedoch sind wir denen zu Dank verpflichtet, die uns geholfen haben, unsere Ausstellung zusammenzubringen, allen einzelnen Personen, die uns Reliquien überließen, insbesondere aber den deutschen Stadtverwaltungen und Sammlungen, die uns von ihren Schätzen manch wertvollen Bestand überließen. Auch diese Ausstellung drückt auf ihre Art das Gefühl der Zusammengehörigkeit aus, das uns mit unseren Brüdern eint: für Beethoven und durch Beethoven.

Die Bläser-Kammermusik-Vereinigung der Staatsoper spielte hierauf das Sextett op. 71 für 2 Klarinetten, 2 Hörner und 2 Fagotte, worauf das Mitglied der Staatsoper Emmy Krüger die Lieder „An die Hoffnung“ und „Ich liebe Dich“ am Klavier begleitet von Prof. Ferd. Fell vortrug. Schliesslich brachten die Mitglieder des Gottesmann-Quartetts, Hugo Gottesmann, Ernst Morawec und Bohdan Berezniak die Streichtrio Serenade op. 8 für Violine, Bratsche und Cello zu Gehör. Alle künstlerischen Darbietungen wurden von den Festgästen mit reichem Beifall belohnt.

Unter Führung des Direktors Böck der städtischen Sammlungen wurde nun die Ausstellung, die mit Unterstützung ausländischer Museen und ausländischer Sammlungen zu einer Sehenswürdigkeit gestaltet wurde, von den Festgästen besichtigt.

Die Ausstellung ist in vier Räumen der städtischen Sammlungen untergebracht. Der erste Raum erinnert an die Zeit Beethovens in Bonn. Bilder von Personen, Baulichkeiten u. s. w., die durch den Meister Berühmtheit erlangt haben, sind hier untergebracht. Auch Erinnerungen an die erste Wiener Zeit Beethovens zeigt der Raum. Bildnisse des Künstlers, die zu seinen Lebzeiten entstanden sind, werden gezeigt und die Biographie Beethovens in Bildern fortgesetzt. Der zweite Raum führt den Besucher nach Heiligenstadt und zeigt ihm u. a. das sogenannte Testament Beethovens, verschiedene eigenhändige Musikschriften des Meisters und Abbildungen von Wiener Freunden. Dieser Raum zeigt auch das Bürgerrechtsdiplom der Stadt Wien für den Meister. Der dritte Raum führt in die Zeit, als Beethoven mit Grillparzer

verkehrt. Er zeigt weiter verschiedene Hausgeräte Beethovens und enthält auch Erinnerungen an die Zeit des Wiener Kongresses. Im vierten Raum erhält der Besucher einen kurzen Überblick über die theatergeschichtlichen Verhältnisse Wiens zur Zeit Beethovens; das Theater an der Wien sowie die Sängerin Mademoiselle Sauer, die im „Fidelio“ mitwirkten werden in Bildern gezeigt, denen solche zeitgenössischer Musiker folgen. Dieser Raum enthält auch Schriften, Bilder, Dekumente etc., die aus der Zeit des Lebensabends der Meister stammen. Den

Schluss der Ausstellung bilden Abbildungen von Denkmalern, Häusern u. s. w., die dem Künstler nach seinem Tode gewidmet wurden.

Christbaumverkauf der Gemeinde Wien verkauft bis 1. Jänner Christbäume im 16. Bezirk, Typenplatz, 14. Bez. Rudolfstiftung, Heumarkt, 4. Bez. Naschmarkt, Marktgasse, 5. Bez. Erdberg, Heumarkt, Massengüterbahnhof, 6. Bez. Holzlagereplatz, 20. Bez. Praterstrasse, 21. Bez. Holzlagereplatz und wird ab Freitag, den 17. d. M., auch am Floridsdorfer Spitz Christbäume zum Verkauf bringen.

WIENER RATHHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 17. Dezember 1920, Nr. 395

Der Kleinhandelsverkauf für Lebensmittel am Sonntag erlaubt.

Sonntag, den 19. ds. (Goldener Samstag) ist der Kleinhandelsverkauf von Lebensmitteln gestattet, es sind daher die Geschäfte der Fleischbauer und Fleischelcher offen.

Sonntag - Sammeltag für die Armen Wiens. An die Stelle der bisher üblichen Einsammlung von Beiträgen für Armenzwecke durch Büchsen, tritt nun von diesem Jahre an ein einmaliger Sammeltag. Dieser wird zum ersten Mal am Sonntag, den 19. ds. stattfinden. Mit der Durchführung der Sammlungen ist in jedem Bezirk ein Komitee mit dem Bezirksvorsteher und dem Vorstände des Armeninstitutes an der Spitze betraut. Die einzelnen Mitglieder der Bezirkskomitees führen die Arbeiten am Sameltage vollständig unentgeltlich durch. Spenden für die Armen Wiens wollen in die in jedem Haus aufgelegten Sammelbögen eingetragen oder auch unmittelbar an die Bezirksvorsteher eingeschickt bzw. diesen übergeben werden. Ueber Wunsch werden größere Spenden in der Presse öffentlich ausgewiesen werden.

Sehr geehrter Herr Kollege!

StR. Tandler ersucht um freundliche Aufnahme vorstehender Zeilen

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 17. Dezember 1920.

Hgn. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass gespendet haben: Die Neue Freie Presse das Ergebnis einer Sammlung zu Gunsten hungernder und friererender Kinder Wiens 70.000 K.

Julius Patek, Ironwood (Amerika) zu Gunsten der israelitischen Kultusgemeinde Wien bzw. bedürftiger Leute, welche kleine Kinder haben, ohne Rücksicht auf die Konfession je 25.000 K.

Der Zentraldamenverein bzw. der Damenturnverein in Newark (New York) für Arme, Kranke oder Unheilbare zu Weihnachten je 10 Dollars = 12.220 K.

Franz Böhm in Celten (Nordamerika) für die hungernden Kinder Wiens K 200 --.

Ein ungenannt sein wollender Spender unter dem Decknamen „Wilhelm“ der allgemeinen Knabenvolksschule X., Fuchsbaumgasse 160 Paar Kinderschuhe und zur Durchführung von Schuhreparaturen 4000 K; der allgemeinen Mädchenvolksschule X., Leiserstrasse 140 Paar Schuhe und 4000 K; der Knabenvolksschule XX., Vergartenstrasse 50, 160 Paar Kinderschuhe und ebenfalls 4000 K für Schuhreparaturen; der allgemeinen Mädchenvolksschule XX., Allerheiligenplatz 7, 160 Paar Schuhe und 4000 K mit gleicher Zweckbestimmung.

Die Firma S. Rethmüller A.G. XX., Paul Vogel I. zu Gunsten der Armen Wiens je 1000 K.

Im Wege des Armeninstitutes Innere Stadt für Arme des I. Bezirkes Dr. Leon Meller, Rechtsanwalt, I., 1000 K.

J. Weissbrodt I., 2000 K.

Dr. Karl Bern I., 1000 K und ebenfalls 1000 K für die Ferienkolonies des genannten Armeninstitutes.

Ein ungenannt sein wollender Spender für die Armen Wiens 1000 K.

Die Dresdner Bank in Aachen den Rest der für die Notleidenden Deutschösterreichs durchgeführten Sammlung 735 K.

Das Neue Wiener Tagblatt für arme unheilbare Kinder bzw. netleidende Kinder 70 K.

Die Haager Brandwehr zu Gunsten hilfsbedürftiger Angestellter der städtischen Feuerwehr eine grössere Menge Lebensmittel.

Das Central-Büro von Veilingen in Nederland Gravenhage für die Wiener netleidende Bevölkerung 11 Waggens Kartoffel und Kehl.

Das amerikanische Rote Kreuz hat für die städt. Krankenanstalten und die Krankenabteilungen der Versorgungsanstalten eine grössere Menge von Lebensmitteln, Medikamenten, Krankenpflegeartikel, sowie Spitals- und Krankenwäsche gespendet. Der Wert der Spende beläuft sich auf zirka 2 Millionen Kronen. Die Spende, welche in 302 Kellern verpackt war, wurde in das Jubiläumsspital in Lainz überführt und gelangt von dortaus gemäß dem Wunsche des amerikanischen Roten Kreuzes an folgende Krankenanstaltshetriebe der Gemeinde Wien zur Verteilung: Jubiläumsspital, Wien, XXIII.

Lainz, Lungenheilstätte Steinklamm, Kinderhespiz in Bad Hall, Kinderhespiz in Sulzbach bei Ischl sowie an die Krankenabteilungen des Versorgungsheimes in Lainz und in Baumgarten, der Versorgungsanstalt Liesing, Versorgungsanstalt Mauerbach, Versorgungsanstalt Ybbs a. d. Donau, Versorgungsanstalt St. Andrä/Traisen. Insbesondere die Lebensmittel werden zu Weihnachten zur Aufbesserung der Kost der in diesen Anstalten befindlichen Kranken verwendet.

Der Bürgermeister fügt hinzu: Ich weiß mich der Zustimmung der geehrten Versammlung sicher, wenn ich dem Amerikanischen Roten Kreuz angesichts dieser neuerlichen munifizenten Zuwendung den wärmsten Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringe.

GR. Vaugoin (chr.-sez.) hat einen Antrag eingebracht wegen Bewilligung von Frei- oder ermäßigten Karten für die Fahrt auf der Straßenbahn für Staats- und Fixangestellte, die infolge Kriegsbeschädigung an schweren Gehstörungen leiden. Ich habe diesen Antrag dem zuständigen amtsführenden Stadtrate zur weiteren Veran-

lassung übermittelt.

Die Post Nr. 3 und 4 werden ohne Debatte als angenommen erklärt.

GR. Hackl (Soz.-Dem.) berichtet über die Gewährung eines Darlehens von 150.000 K an die Eigentümerinnen der Grundstücke, auf

denen die von der Gemeinde betriebene ehemalige Garnisonswäscherei im 12. Bezirk errichtet ist. Der bezügliche Antrag wird angenommen.

Ein Antrag des GR. Linder (Soz.-Dem.) bezüglich der Auflösung des Kaufvertrages mit Marie Schneider bezüglich einer im Grundbuche Oberdöbling eingetragenen Baustelle entstanden aus der Parzellierung der Gründe des ehemaligen Döblinger Gaswerkes wird genehmigt.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) referiert über die Kosten der Abtragung der Bewässerungsanlage in Matz-Neudöfl um den Betrag von 750.000 K. Dieser Betrag soll auf den für die Beschaffung von Wasserleitungsrohren bewilligten Kredit verrechnet werden. Die Anträge werden angenommen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten des Kanalbaus in der Taborstraße und beantragt, die Kosten im Betrage von 1.360.000 K zu genehmigen. Dem Antrag wird zugestimmt.

StR. Siegel berichtet über den Verkauf von Koksstaub aus dem Jubiläumsspital. Die 50 im Jubiläumsspital lagernden Waggons Koksstaub werden auf Grund der Zuweisung des Bundesministeriums an die Firmen Waagner-Biro & Kurz, Georg Schicht und Wagenmann, Seybel & Co. um den Betrag von 1 1/2 Millionen Kronen verkauft. Der Erlös wird für Investitionen im Fernheizwerk im Jubiläumsspital verwendet, wodurch eine Ersparung an Brennstoffen bewirkt werden soll. Dem Antrag wurde stattgegeben.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über den Verkauf der aus der Abtragung von Bauruinen in Oberlaa gewonnenen Baustoffe an den Baumeister Guido Gröger um den Pauschalbetrag von 220.000 K. Dem Antrage wird ohne Debatte zugestimmt.

Derselbe Referent beantragt der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Wein Heim“ 2 Eckbaustellen an der Hetzendorferstrasse zwischen Kerngasse und Werthenburggasse im Baurechte zu überlassen.

GR. Ullreich (christlichsozial) erklärt, die Wohnungsgenossenschaft übernehme die Verpflichtung, binnen 2 Jahren die Baustellen mit benützungsfähigen Wohnungen zu bebauen, welche Forderung sie unter den heutigen schwierigen Verhältnissen nicht erfüllen können. Nach eingehender Motivierung regt der Redner an, die städtischen Ämter mögen sich mit den zuständigen Stellen ins Einvernehmen setzen um einen den heutigen Verhältnissen entsprechende Abänderung des Baurechtsgesetzes zu erwirken.

Während des Schlusswortes des Referenten GR. Siegel ertönen plötzlich von den Bänken der Christlichsozialen die Rufe: „Was ist mit dem Briefe des GR. Karasek? Es handelt sich nämlich um einen Brief, den der GR. Karasek auf die An der letzten Gemeinderatssitzung gemachte Darstellung des GR. Siegel, über Ferableiben

vom Dienste (er ist nämlich städtischer Sanitätsdiener) an den Bürgermeister gerichtet ist. GR. Siegel hatte den GR. Karasek pflichtwidriges Verhalten vorgehalten und dieser hatte in dem Brief an den Bürgermeister die Angelegenheit mit der Bitte aufgeklärt, seinen Brief in öffentlicher Sitzung verlesen zu lassen.

Auf die immer lauter werdenden Zurufe von der rechten Seite entgegnet der Bürgermeister: Ich habe keinen Anlass

den Brief zu verlesen, der Betreffende kann die Verlesung beantragen. Diese Erklärung wird mit stürmischen Protestrufen seitens der Christlichsozialen aufgenommen. Sie rufen, indem sie anfangen auf die Pulte zu schlagen, immer dringender: Der Brief muss verlesen werden, sonst gibt es keine Verhandlung. Hinaus mit dem Verleumder! Abzug Siegel! GR. Unsermüller (christl.-soz.) Karasek hat den Bürgermeister um die Verlesung gebeten und er hat es abgelehnt.

Während des immer stärker werdenden Lärmes läßt der Bürgermeister über die Anträge des Referenten abstimmen, welche von der Mehrheit unter lebhaften Bravorufen angenommen werden.

Von Seite der Minorität verstärken sich die Zwischenrufe: Abzug Siegel!

GR. Kunschak (chr.-soz.) ruft: Eine solche Verleumdung schützt der Bürgermeister! Ein solcher Skandal war noch nicht da im Gemeinderate.

Lebhafte Rufe: Da gibts kein Verhandeln mehr! GR. Kunschak eilt zum Sitze des Bürgermeisters und ~~er~~ spricht auf diesen ein.

Auch VB. Emmerling, Stk. Speiser und GR. Skaret eilen auf die Präsidentenstraße.

Mittlerweile begannen die Christlichsozialen mit Büchern und den metallenen Aschenschalen auf die Tische zu klopfen, die Laden der Tische werden heftig auf und zu geschoben und mit den Füßen zu stampfen. Immer wieder ertönen Zwischenrufe durch den Lärm wie Pfui Teufel, so ein Skandal, GR. Siegel hat verleumdet. Während des Lärmes erstattet GR. Siegel für den GR. Thonner das Referat Punkt 12, das unter Protestrufen der Christlichsozialen angenommen wird.

Da der Lärm sich nicht legen will unterbricht der Bürgermeister die Sitzung. Die Unterbrechung wird mit Zurufen von den Christlichsozialen: Auflösen! die Bude zusperrn! beantwortet.

+ + +

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Bgm. Reumann, dass er in der Angelegenheit, in der heute von der Minderheit so heftig protestiert wurde, dem darauf bezüglichen Brief im Einlaufe dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht hätte. Der Brief ist aber in der Post der Vorwoche liegen geblieben und nicht zu meiner Kenntnis gekommen. GR. Kunschak hat sich in der Angelegenheit zum Worte gemeldet.

GR. Kunschak (christl.-soz.) Die Angelegenheit ist zurückzuführen auf das Verhalten des Herrn Stadtrates Siegel gegen den Kollegen Karasek. Er hat in der letzten Sitzung Behauptungen aufgestellt, die geeignet sind, die Ehre des GR. Karasek, insbesondere als Angestellten der Gemeinde Wien auf das schwerste zu verletzen. Ich habe damals Herrn GR. Karasek verwehrt, in eigener Sache das Wort zu ergreifen und ihn dem Rat gegeben, den Sachverhalt an den Herrn Bürgermeister klarzustellen. Ich war der Ansicht, dass dieser Brief heute verlesen wird. War aber auch der Meinung, dass der Herr Stadtrat Siegel, der sich inzwischen überzeugt hat, dass er nicht richtig informiert war, und dies auch in einem Privatgespräche zugegeben hat, seinen Irrtum eingestehen werde. Dies hätte schon der rein gesellschaftliche Anstand gefordert. Mit Erlaubnis des Herrn Bürgermeisters bringe ich das Schreiben des Herrn Bürgermeisters zur Verlesung. Aus dem Wortlaut des Briefes geht hervor, dass GR. Karasek am 5. Mai 1919 im Gemeinderate gewählt worden sei, hierauf bis am 15. Aug. desselben Jahres Dienst gemacht habe, an welchen Tage der seinen normalmäßigen Urlaub antrat. Die Behauptung des StR. Siegel, dass er seit dem Jahre 1918 den Dienst geschwänzt habe, sei daher unwahr, da sowohl seine Kollegen ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit es sonderbar fanden, dass er als Gemeinderat Dienst verrichten müsse, während die Personalvertretung von jedem Dienst entbunden sei und auch seine Vorgesetzte, Stationsleiter Wetzel derselben Meinung war, habe er sich entschlossen, diese Angelegenheit durch ein Urlaubsgesuch zur Lösung zu bringen. Er habe daher am 14. August 1919, als er seinen abnormalmäßigen Urlaub antrat, der Dienstvorschrift entsprechend, dem Stationsleiter ein mit Hinweis auf sein Gemeinderatsmandat ein Gesuch um dauernde Beurlaubung überreicht. Tatsächlich habe er von da an keinen Dienst gemacht und kein weiteres Ansuchen um Entsetzung machen müssen. Er sei allwöchentlich einmal in der Sanitätsstation anwesend gewesen, habe seinen Lohn selbst allmonatlich abgeholt, doch wurde ihm sein Fortbleiben von Dienste niemals ausstellig bemerkt. Erst am 15. Nov. d. J. habe er über Wunsch des Ober-Magistrates Dr. Gratzler seinen Dienst wieder angetreten. Hierbei bemerkt GR. Kunschak: Wir glaubten in dem Umstande dass dieser Brief nicht verlesen wurde, eine Weigerung des Herrn Bürgermeisters vermuten zu dürfen, was umso mehr befremdete, als sein Amtsvorgänger aus einem ähnlichen Anlasse einen Brief eines Nichtangehörigen des Gemeinderates in öffentlicher Gemeinderatssitzung zur Verlesung gebracht hat.

Es erbringt mir den Brief ihnen, verehrte Herren und Frauen ohne Unterschied der Partei zur Kenntnis zu bringen und ~~ich~~ Sie können sich Ihr eigenes Urteil über den Sachverhalt bilden.

GR. Schmitz (christl.-soz.): Siegel soll widerrufen!

GR. Ulreich (christlichsozial): Er soll sich entschuldigen!
GR. Panosch (christl.-soz.): Er soll halt ein Verleumder bleiben! Er ist gerichtet!

VB. Emmerling referiert über die Neufestsetzung der Preise für den Bezug elektrischer Energie und bemerkt: Die Direktion der Elektrizitätswerke hätte auf Grund der Kohlenklausel die Möglichkeit gehabt, die neuen Strompreise selbst zu bestimmen. Schon bei den vergangenen Ableseperioden hofften wir auf eine Besserung der Verhältnisse die jedoch nicht eingetreten sind, so daß wir angesichts der höheren Kohlenpreise, der Verteuerung der Materialien und der höheren Löhne gezwungen sind, die Preise für Licht und Kraft zu erhöhen. Die Angelegenheit hätte dem Gemeinderate nicht vorgelegt werden müssen wir tun es aber dennoch, weil wir sie für so wichtig halten, um sie eher zu besprechen. Für die Ableseperiode vom 1. Oktober bis 15. November wurde auf Grund der Berechnungen ein Gesamtstrompreis mit 118 Heller für Licht und 108 Heller für Kraft ermittelt. Für die folgende letzte Ableseperiode ergeben sich Preise von 150 M für Licht und 120 M für Kraft. Würden wir den Preis auf der Basis der Kohlenklausel festsetzen, dann kämen wir zu weit höheren Ziffern. In dem Antrage wird auch eine Abstufung der Strompreise in Aussicht genommen und den Luxuslokale ein Aufschlag von 50 % auferlegt. Der Referent weist darauf hin, daß, so unangenehm die Rückwirkung der Erhöhung und der Erhöhung der Strompreise selbst ist, so muß sie doch im Vergleich zu den sonstigen Verhältnissen im wirtschaftlichen Leben als mäßig bezeichnet werden. Es müsse auch betont werden, daß die Elektrizitätswerke nicht mit festen Produktionskosten rechnen können. Sie können erst nach einer gewissen Zeit feststellen, wieviel sie bei der Erzeugung elektrischer Kraft ausgegeben haben. Es muß damit gerechnet werden, daß die Differenzen, die zwischen den Einnahmen und den Ausgaben noch bestehen und die auch durch die Erhöhung nicht wettgemacht werden können, durch die Vermehrung der Stromabgabe und durch die Verwendung von Zillingdorfer Kohle in den Wiener Werken aus der Welt geschafft werden können. Hierbei müsse erwähnt werden, daß in Zillingdorf drei neue Tagbaue zur Aufmachung kommen, und hier müssen auch die Änderungen in den Kesselhäusern der Wiener Werke vorgenommen wurden, erwähnt werden, die es ermöglichen Zillingdorfer Kohle dort zu heizen. Es wird auch damit gerechnet, daß durch eine bessere Anlieferung der Kohle die Sparmaßnahmen abgebaut werden können. Die Gemeinde hat selbstverständlich auch großes Interesse daran, die Straßenbeleuchtung abzuändern, die Gasbeleuchtung aus dem Straßenbilde verschwindend zu machen und an seiner Stelle die öffentliche elektrische Beleuchtung einzuführen. Hierbei handelt es sich auch um die Mietinstallationen, die bisher gemacht wurden, und die noch weiter durchgeführt werden sollen. Demnächst werde dem Gemeinderat eine Vorlage

beschäftigen, die einen Kredit von 6 Millionen Kronen für diesen Zweck beansprucht.

GR. Höth (christl.-soz.) Ihre Partei hat aus den städt. Unternehmungen ein Monopol errichtet, dass Sie die Strompreiserhöhung rückwirkend machen, ist ein Gewaltakt und Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung. Es handelt sich hier um einen Leistungsvertrag, den Sie nur mit Gewalt abändern können, indem Sie den Konsumenten drohen, dass Sie ihm den Strom absperrten. Im Interesse der Bevölkerung muss ich daher ersuchen, dass Sie von einer Rückwirkung absehen. Ferner sagt Redner, die Erhöhung der Strompreise sei eine dreifache Belastung der Bevölkerung. 1.) eine Erhöhung der Mietzinssteuer. 2.) eine Erhöhung der Gemeindesteuer und 3.) kommen dadurch Parteien, die heute noch keine Mietzinssteuer bezahlen, in die Kategorie der Mietzinssteuerträger. Die Arbeiter die Ernsten Teile der Bevölkerung werden dadurch in die Mietzinssteuer hineingetrieben. Redner müsse daher den Vorwurf, dass die Hausherrn die Zinswucherer seien, zurückweisen, da die Gemeinde an der enormen Steigerung der Zins, die bis 120% betrage, die Schuld habe. Schliesslich stellt Redner den Antrag, dass zur tatsächlichen Vermeidung der Mietzinserrhöhung die Stiegeerhöhung zur eine mässige Preisermässigung erleide.

GR. Siegel (Soz. Dem.) erklärt gegenüber den Ausführungen des GR. Kunschak: Es ist festgestellt, dass GR. Karasek seit Mai 1919 keinen Dienst als Sanitätsaufseher gemacht hat. Erkundigungen bei den Amtsstellen ergaben, dass keiner seiner Vorgesetzten von seinem Fernbleiben etwas wusste und ihm niemand dazu die Erlaubnis gegeben hat, auch von einem Besuch, das er angeblich einbrachte, ist in den Aemtern nichts bekannt. Der Vorgesetzte, auf den sich GR. Karasek beruft, ist tot. Man ist also ausschliesslich auf die Angaben des Herrn Karasek angewiesen, wonach er von dem Verstorbenen die Erlaubnis zum Fernbleiben hatte und dass er ihm auch ein Gesuch übergeben habe, das verschwunden ist. GR. Karasek behauptet allerdings von/ Vorgesetzten die Erlaubnis zum Fernbleiben erwirkt zu haben, diese Angabe hat sich aber als unrichtig erwiesen. Nach alledem musste ich zu dem Resultat gelangen, über das ich in der letzten Gemeinderatssitzung gesprochen habe. Kollege Karasek fragte mich, was ich gegen ihn habe. Ich erwiderte, dass ich gar nichts gegen ihn habe, er ist mir als Person so lieb und wert, wie jeder andere Kollege. Aber ich musste annehmen, dass er etwas gegen mich hat und deshalb habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung bekanntgegeben, was aktennässig niedergelegt ist.

GR. Kunschak (chr. soz.): Wo denn? Sie haben behauptet, dass er seit 1918 den Dienst schwänzt und jetzt behaupten Sie, seit Mai 1919; beides ist nicht wahr.

GR. Siegel (Soz. Dem.): Ich lade sie ein in den Akt Einblick zu nehmen. Es mag sein, dass GR. Karasek auf Grund der Angaben des Verstorbenen dem Dienste fernblieb, der aber nicht berechtigt war einen Angestellten jahrelang zu beurlauben.

Dass auch GR. Karasek also vielleicht in einem Mißverständnis gehandelt hat. Diese Tatsachen muß ich gegenüber den Angriffen, die nicht als Lügner und Verleumder hinstellen, konstatieren. Im Übrigen steht dem Herrn Kunschak die Rolle als Moralprediger sehr schlecht, zumal er den Kollegen Thonner fälschlich beschuldigte, dass er als städtischer ~~Angeschickter~~ Funktionär Holzgeschäfte gemacht hat. Auch hat Herr Kunschak in einer öffentlichen Versammlung für den Bürgermeister fälschlich bezichtigt, so und so viele Waggons Mehl vergitscht zu haben.

GR. Rotter (christlichsozial) bemerkt, dass der Voranschlag ein Erfordernis von 736 Millionen Kronen aufweise, während die Mehrheit jetzt 1645 Millionen verlange und diesen Mehraufwand mit den riesig gestiegenen Materialpreisen und den hohen Löhnen motiviere. Das höhere Erfordernis sei aber auch durch den Umstand verursacht, dass die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft nachgelassen habe; während im Jahre 1914. Die Elektrizitätswerke bei einem Stande von 1200 Arbeitern 250 Millionen Hektowattstunden erzeugten, produzieren sie gegenwärtig bei einem Stande von 2100 Arbeitern nur mehr 150 Millionen Hektowatt. Wenn schon eine 6wöchige regelmässige Strompreisverteuerung Wasserst drückend empfunden werde, so sei die eventuelle stets wiederkehrende Nachzahlung gänzlich unannehmbar. Der Redner befasst sich dann eingehend mit den Wirkungen der Strompreiserhöhung auf die privaten Haushaltungen und insbesondere auf den Hausbesitz und betont, dass aus der Lichtpreiserhöhung allein eine Zinssteigerung um ~~35%~~ 35% sich ergebe. Schliesslich stellt er den Antrag, den Lichtkonsum entweder nach dem Einkommen der Konsumenten oder nach der Grösse des Verbrauches zu berechnen und fordert, dass die Bäckereibetriebe, denen keine Brotpreisverteuerung zugestanden wurde, von der Strompreiserhöhung ausgenommen werden.

GR. Breuer (christlichsozial) Wenn diese bedeutende Belastung der Bevölkerung verbunden wäre mit einer Sanierung der finanziellen Verhältnisse, so könnte man sich unbeschadet der schweren Last mit dem Gedanken einigermaßen befreunden. Aber der Ue erschluss an Ausgaben, wird nicht nur nicht geringer, sondern steigt von Tag zu Tag. Ich möchte die Frage stellen, ob auch berücksichtigt wurde, der naturgemässe Rückgang an Konsum. Werden die in Aussicht genommenen Ziffern auch einhalten werden können und wird diese Regelung die letzte sein oder wie bisher immer die vorletzte bleiben? Sie verleugnen heute, was Sie als Oppo-

aktion als Dogma hingestellt haben. Eine solche Erhöhung von Kraft und Licht kommt einer Unsitlichkeit gleich. Was Sie heute zum Beschlusse erheben, werden Sie zu verantworten haben.

Ueber Antrag des GR. Linder (Soz.-Dem.) wird Schluss der Debatte, über Antrag des GR. Forster (Soz.-Dem.) die Wahl von Generalrednern beschlossen.

Als Generalredner kontra ergreift GR. Körber (christl.-soz.) das Wort und betont, dass die Wiener Bevölkerung durch Preiserhöhungen schon genug getroffen wurde, die dann immer wieder Streiks zur Folge hätten. Er bespricht die in der letzten Zeit beschlossenen Steuern und meint, dass eine Gemeindeverwaltung, die früher soviel versprochen hat und nun nichts hält, entweder gehen müsse oder doch soviel leisten müsse, als die frühere Majorität geleistet hat, über die fortwährend nur geschimpft wurde. Redner beschäftigt sich schliesslich mit der Brotfrage. Durch die Strompreiserhöhung wird auch die Broterzeugung schwer belastet. Er stelle daher den Antrag, dass die Bestimmungen dieses Beschlusses auf die Bäckereibetriebe keine Anwendung finden, ferner beantrage er mit Rücksicht auf den Umstand, dass die ~~Strompreiserhöhung~~ ~~die~~ Strompreiserhöhung die Bevölkerung nur das schwerste treffe, die Rückverweisung der Vorlage an den Gemeinderatsausschuss.

Nachdem der Referent Vize-Bgm. Emmerling sich dagegen ausgesprochen hatte, wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

Vize-Bgm. Emmerling: Wenn ich davon absehe, dass es nicht meine Aufgabe ist, als Referent mich mit jenen Ausführungen zu beschäftigen, die mit dem Punkte der Tagesordnung nichts zu tun haben, könnte ich mich sehr kurz fassen, muss aber doch einige Behauptungen feststellen. Kollege Roth sprach davon, dass wir die Monopolstellung rücksichtslos ausnützen. Wir müssen damit rechnen, dass jeder Unternehmer sich seinen Strom selbst erzeugen kann. Er hat auch den Antrag gestellt, es möge die Steigenerhellung ermässigt werden. Ich befürworte die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss teils berechnen werden muss, welcher Ausfall sich dadurch ergeben würde. Eine flüchtige Berechnung ergibt, dass wir ungefähr mit einem Betrage der Ermässigung von 70 bis 80 Millionen Kronen zu rechnen haben. GR. Körber wünscht eine besondere Bevorzugung der Bäcker, auch hier müssen wir mit einem Betrage von mehr als 30 Millionen rechnen. Kollege Rotter hat den Antrag gestellt, dass die Nachzahlung abgelehnt werden solle. Hieszu bemerke ich, dass wir bezüglich der Kohle nie wissen, was wir uns auf den Tag kostet, da sie später abgerechnet wird, und dass es oft vorkommt, dass in eine Periode eine Frachterhöhung, Lohnsteigerung oder dgl. eingerechnet ist, von der man früher keine Kenntnis haben konnte. Bezüglich des Antrages Erntner sage ich, es wird zweifellos eine Zeit kommen, wo man eine Abstufung näher treten wird, aber in dieser Form können wir sie nicht machen. Ich bin einverstanden, dass man die Sache studiert, denn sie ist wert, studiert zu werden. GR. Rotter hat uns den Vorwurf des Fiskalismus gemacht. Ich verstehe nicht, was er unter Fiskalismus versteht. Wenn wir Preise stellen, die

uns knapp ermöglichen, bilanzieren zukünftig können, das ist nur kaufmännisch. Eher war Ihre Gebarung fiskalisch.

Gegenüber der Behauptung Breuers, daß der Rückgang an Konsum nicht berücksichtigt wurde, stelle Referent fest, daß das Elektrizitätswerk 40.000 neue Anschlüsse machen könnte, wenn es dazu die technische Möglichkeit hätte. Leute, die mit Petroleum und Kerzen ihre Wohnung beleuchten müssen, haben für diese notdürftige Beleuchtung im Monat viel höhere Kosten, als wenn sie elektrisches Licht zur Verfügung hätten, da ja eine Kerze heute 7 K kostet und höchstens für einen Abend reicht. GR. Breuer habe der Mehrheit auch vorgeworfen, daß sie der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zieht. Wenn man sich der christlichsozialen Wirtschaft erinnert, wisse man auch wie sehr damals die Bevölkerung ausgeplündert wurde. Gegenüber der Behauptung, daß die Arbeitsleistung in den städtischen Betrieben trotz höherer Arbeiterzahl, hinter der früheren Produktion wesentlich zurückbleibe, stellt der Referent fest, daß im Jahre 1914 die Zahl der Stromkonsumenten 96.000 betrug, während sie im Jahre 1920 auf 208.000 gestiegen ist. Im Vergleiche zu dieser Steigerung ist die Zahl der in den Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter im Verhältnisse zurückgeblieben. Schließlich sei zu bedenken, daß die Menschen durch den vierjährigen Krieg in ihrer Arbeitskraft geschwächt wurden und genau so wie die Maschinen, die nicht repariert werden konnten, nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit besitzen. Der Referent bittet um die Annahme des Antrages.

GR. Kunschak (christlichsozial) berichtet tatsächlich zu den Ausführungen des GR. Siegel und ersucht den Bürgermeister eine Disziplinaruntersuchung gegen GR. Karasek einzuleiten und über das Ergebnis dem Gemeinderate binnen 4 Wochen in öffentlicher Sitzung zu berichten.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die Anträge Rotter und Gärtner der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die anderen gestellten Anträge abgelehnt.

GRin Wieloch übernimmt den Vorsitz.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Eröffnung neuer Nachtlinien im Kraftstättwagenbetrieb.

GR. Holaubek (christl.-soz.) nennt den Antrag eine Konzession an die Nachtwandler und an jene Leute, die bei Nacht die Schieberkafen verlassen. Wenn heute gesagt wurde, dass keine Sitzung ohne Preisregulierung vergehen, so müsse er sagen, dass eine Sitzung vergehen, in der nicht über den Terror gesprochen wird, der Formen anhängt, wie sie nie da waren.

GR. Doppler (christl.-soz.) will eine Aufklärung darüber, warum einzelne Linien herausgerissen werden, ohne dass in dem Nachtstättwagenbetrieb ein System gebracht wird um beantragte die Eröffnung einer Nachtlinie von Stefansplatz über Hernalser Hauptstrasse bis Dornbach.
GR. Ullrich (christlichsozial) beantragt, dass die Linie am Ortsteil aufhöre, so dass der XVI. Bezirk, einer der Grössten von der Wohlfahrt einer Nachtverbindung ausgeschlossen sei. Er beantragt dass die Linie durch die Theatersstrasse bis in den XVI. Bezirk geführt werde.

Der Referent Vize-Bgm. Emmerling verweist in seinem Worte darauf, dass die Neueröffnung von Linien davon abhängt, wieviel Wagen jeweils neu in Betrieb genommen werden können. Er schlage daher vor, die beiden Anträge dem Ausschuss zuzuwenden, der in der Lage sei, die jeweilige Situation am besten zu beurteilen. Der Referentenantrag wird sodann genehmigt, die beiden anderen Anträge dem Ausschuss zugewiesen.
Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

17
12

+ + + +

Zum Empfang der internationalen Donaukommission. Der Präsident der internationalen Donaukommission Admiral Troubridge hat an Bgm. Reumann ein Schreiben gerichtet, das die Bewohner Wiens mit Befriedigung erfüllen wird. Das Schreiben lautet: Genehmigen Sie den Ausdruck meines herzlichsten Dankes für die liebenswürdige und gastfreundliche Aufnahme, die Sie der internationalen Donaukommission in Wien zuteil werden ließen. Es ist das ernsteste Bestreben der Kommission, die Donaustaaten bei der Entwicklung ihres Handels hilfreich an die Hand zu gehen und ich hoffe, daß die Bürger von Wien, deren ehrenwerter Vertreter Sie als Haupt des Magistrates sind, nicht ermangeln werden, alle Ihre diesbezüglichen Wünsche der Kommission durch Herrn Buckeisen, den geschätzten Vertreter Ihres Landes, bei uns zur Kenntnis zu bringen.

Bundespräsident Hainisch an Bgm. Reumann. Bundespräsident Hainisch hat an Bgm. Reumann nachstehendes Schreiben gerichtet: Die liebenswürdigen Worte der Begrüßung, die Sie namens der Bundeshauptstadt Wien, anlässlich meiner Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Oesterreich an mich richteten, haben mit einer aufrichtigen Freude bereitet. Der Glückwunsch der Hauptstadt ist mir nicht nur ein neuer wertvoller Beweis für die freundliche Gesinnung, der ich bei meiner Berufung an die Spitze unseres jungen Staatswesens vielfach begegnet bin, er ist mir auch ein Unterpfand des Vertrauens, das weite Kreise der Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung in mein ehrliches Bestreben setzen, meine ganze Kraft dem Gedeihen unserer Republik und dem Wohle des deutschen Volkes in Oesterreich zu widmen. Ich habe das schwere Schicksal, das die uralte Kulturstadt an der Donau betroffen hat, miterlebt und weiß, welche Leiden der Bevölkerung dieses Gemeinwesens beschieden waren. Ich hatte aber auch Gelegenheit, die Kraft und die Besonnenheit, mit der das Volk Wiens alle Prüfungen ertragen hat, zu bewundern und habe daraus die Ueberzeugung geschöpft, daß dieser Stadt ein Aufstieg zu neuem Glanz beschieden sein muß.

Nehmen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, anlässlich des Antrittes meines schweren Amtes die Versicherung entgegen, dass ich im Rahmen meiner verfassungsmäßigen Befugnisse stets bestrebt sein werde, zum Wohle Wiens und seiner Bevölkerung zu wirken.

+ + + +

18/112

Bundesminister Heini über die Rettung des Wiener Baugewerbes
Eine wichtige Kundgebung der Regierung

Am letzten Donnerstag veranstaltete die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister in Wien eine Festversammlung, zur Ehrung des verdienstvollen Vorstehers Ing. Karl I. Schmidt. Der genannte Würdenträger wurde zum Ehrenmitgliede der Genossenschaft der Baumeister und gleichzeitig zum Ehrenmitgliede des Vereines der Baumeister in Niederösterreich ernannt. Es gab große Sympathiekundgebungen für den Jubilar. Es sprachen: Präsident Baumeister Glisch und Vizepräsident Karl Löschner (Verein der Baumeister in Niederösterreich), Oberbaurat

Ehrenpräsident Karl Stigler (für den Reichsbund der Baumeister Oesterreichs), Magistratssekretär Dr. Fees (für den Wiener Magistrat), Baurat Bistritschan (für das Stadtbauamt), Direktor Dr. Hornberg (für den Wirtschaftsverband der Baugewerbe Deutschösterreichs), Gehilfenausschuß Höhm (namens der Arbeiterschaft), Robert Oerley (für die Wiener Architektenschaft), Industrieller Anderl (für den niederösterreichischen Gewerbeverein), Kattner (für die Wiener Bauhütte) und andere. Das größte Interesse der Versammlung rief jedoch eine Kundgebung des erschienenen Bundesministers für Handel und Gewerbe Heini hervor, der nach einer Würdigung der großen Verdienste Schmidts um das Wiener und das österreichische Baugewerbe und nach einer Mitteilung von der Ernennung Schmidts zum Kommerzialrate, auf die trostlosen Verhältnisse zu sprechen kam, unter denen das Wiener Baugewerbe heute lebt. Der Minister sagte u.a.: „Es ist zwar zweifelsohne richtig, daß das Baugewerbe stets dem Pulsschlag der Gesamtwirtschaft anzeigt. In Folgerung dieser Wahrheit wird auch die Wiederaufnahme der hiesigen Bautätigkeit von dem Wiederaufbau der übrigen Volkswirtschaft also indirekt von wirklich ausreichenden Krediten und Rohstoffen, von einem glücklichen ^{ren} Auslande einem verstümmelten Staate gegeben, der sich unmöglich aus eigenem mehr aufzuhelfen vermag, abhängig sein. Andererseits wissen wir aber auch, daß wir gerade was Rohstoffe betrifft, auf keinem Gebiete allgemein weniger vom Auslande abhängig könnten, als bei den Bauarbeiten. Wir hätten also die Verpflichtung, ohne zuzuwarten, jene Hindernisse im Innern hinwegzuräumen, die diese Arbeiten noch behindert. Ihr Lebenswille und der ebenso aufrichtige Wille der gegenwärtigen Regierung nach ganzen Kräften zu helfen, treffen sich hierin auf halbem Wege.“

Die mir wichtigst erscheinende Frage ist jene der Materialbeschaffung. Ich habe darum die Gründung wirtschaftlicher Organisationen im Baugewerbe mit diesem Ziele möglichst gefördert. Es wird sich auch dann darum handeln, die regelmäßigen Zufuhren von Bauholz ein für allemal zu sichern. Auch die Bestrebungen der modernsten Technik, neues möglichst billiges und doch ausreichendes Bau-

material zur Verwendung zu bringen und die Herstellung möglichst einheitlicher Typs von Halbfabrikaten nach amerikanischem Systeme sind Nothelfer, welche die heutige Zeit fordert. Zusammenhängend damit soll die Bauordnung eine möglichst weitherzige Fassung und die liberalste Auslegung, begrenzt nur durch die öffentliche Sicherheit und Gesundheit erfahren. Die allgemeine Wiederaufnahme der Bautätigkeit ist schließlich eine Geldfrage. So hätten in Wien die Renovierungsarbeiten, die sich heute schon mit elementarster Nothwendigkeit allenthalben aufdrängen, längst schon reger eingesetzt, wenn den Hausherrn entsprechende Kredite zur Verfügung gestanden wären. Neubauten werden wohl in nächster Zeit ~~ix~~ nicht mehr im einstigen Ausmaße zur Ausführung gelangen können. Immerhin zwingt der Riss zwischen Staat und Industrie zur Konsolidierung und zur Vereinheitlichung ihrer Betriebe in Oesterreich und damit zum Neubau oder zur Umadaptierung von Fabriken und technischen Neuanlagen. Ebenso zwingt die herrschende Wohnungsnot zu Nat- und gemeinnützigen Bauten und zur Gründung neuer Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Soweit es an mir liegt, soll auch bei diesen Bauten das Gewerbe im allgemeinen und im besonderen Ihr Gewerbe von diesen Arbeiten nicht ausgeschlossen werden.

Dasselbe gilt von den Bauarbeiten, welche mit der Elektrifizierung unserer Betriebe und Nutzbarmachung der Wasserkräfte - zusammenhängen. Auch hier wird nach meiner Ansicht das Gewerbe nicht zu kurz kommen. Noch bevor die allgemeine Bautätigkeit einsetzt, ist schließlich ein sehr wichtiges Problem zu lösen: -- Die Arbeiterfrage.

War dieselbe bereits im Baugewerbe während der Friedenszeiten eine Kalamität, ist sie heute ein schwerwiegendes Hindernis ~~ix~~ für die Wiederaufnahme der Bauarbeiten geworden. Die früher vorhandenen Kräfte - meist Arbeiter aus Böhmen und Ungarn, - sind fast sämtlich abgewandert. Es müßte darum rechtzeitig der Zuzug von Bauarbeitern wieder belebt werden. Mit dieser Perspektive für relativ bessere Zeiten des Baugewerbes verbinde ich aber auch die felsenfesteste Zuversicht für die Zukunft von Wien überhaupt. Wien hat bereits trotz allen unverdienten Unglückes seine Existenz als Kulturzentrum des europäischen Ostens und als Welt-handelsplatz behauptet. Es wird diesen Rang - es kann heute bereits mit Sicherheit gesagt werden - auch für alle Zukunft wahren. Stürmischer Beifall folgte der mit großer Wärme vorgetragenen Rede.

1. Ausgabe

26. Jahrgang Wien Samstag den 18. Dezember 1920, Nr. 396.

Die Straßenreinigung in der Woche vom 9. bis 17. Dezember. In dieser Zeit sind in Wien ungefähr 25 cm Schnee gefallen. Zur Freimachung der Fahrbahnen und Gehwege wurden von der städtischen Straßenreinigung folgende Hilfsmittel in den Dienst gestellt: Am 10. 6 Schneepflüge, 11. 95 Schneepflüge, 17. Schneewagen und 518 Schneearbeiter, am 12. 115 Schneepflüge, 102 Schneewagen, am 13. 21 Schneepflüge, 12 Schneewagen und 762 Schneearbeiter, am 14. 61 Schneewagen, 1582 Schneearbeiter, am 15. 11 Schneepflüge, 58 Schneewagen und 2551 Schneearbeiter, am 16. 151 Schneepflüge, 60 Schneewagen und 3027 Schneearbeiter und am 17. 119 Schneepflüge, 44 Schneewagen und 2847 Schneearbeiter. Insgesamt standen also 11.287 Schneearbeiter, 518 Schneepflüge und 364 Schneewagen in Arbeit. Der Gemeinde erwachsen hierdurch Kosten in der Höhe von 1.516.081 Kronen, die zusammensetzen aus: 11.287 Tageslöhnen zu 63 Kronen = 711.081 Kronen, 518 Schneepflüge zu 980 K = 507.640 K und 364 Schneewagen zu 840 K = 306.360 K. Hiezu kommen noch die Löhne der ständigen Straßenarbeiter, die auch bei der Schneeabräumung verwendet wurden und täglich ungefähr 390.000 K erfordern. Dies ergibt für die 8 Tage des Schneefalles 3.120.000 K. Insgesamt wurden daher für die Schneesäuberung 4.636.000 K aufgewendet.

Die städtischen Straßenbahnen hatten bis zum 17. ds. an Löhnen für Arbeiter und Fuhrwerkleistungen 3.914.000 K ausgegeben. Hiezu kommen noch die Ausgaben für den Betrieb der Motorpflüge und für den Geräteverbrauch von ungefähr 300.000 K, so daß sich die Ausgaben der Straßenbahn für die Schneesäuberung auf rund 4.300.000 K stellen.

Die Gesamtkosten der Gemeinde für die Schneeabräumung belaufen sich daher bis zum 17. Dezember auf rund 8.936.000 K.

Margarineausgabe. Vom 19. bis 25. Dezember werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 223 der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von K 12.48.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 18. Dezember 1920, Nr. 397.

Fleischverkauf zu den Weihnachtsfeiertagen. Samstag, den 25. ds. (Christtag) bleiben sämtliche Fleischhauer und Selchergeschäfte geschlossen, dagegen sind Sonntag, den 26. ds. die Geschäfte geöffnet und findet der Fleisch- und Wurstverkauf bis 10 Uhr vormittags statt.

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verbindung der Empfang bei Bgm. Reumann.

Liebesgaben im 11. Bezirk. Montag, den 20. ds. werden im 11. Bezirk Erbkplatz Nr. 2 Liebesgaben verteilt. Bezugsberechtigt sind arme Familien mit mindestens 3 Kindern, die im Bezirke wohnen und keine britischen Lebensmittel beziehen. Einkaufschein, Fürsorgeblatt mitbringen.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Weihnachtsbazar, Burggasse 16 täglich, auch Samstag und Sonntag von 8 bis 12 und 2 bis 5 Uhr. Gablonzer Waren, Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele, Puppen, Tiere, Küchengeräte, Bottiche und Scheffeln, Woll- und Wirkwaren, Parfümerie- und Zuckerwaren u.s.w. Textilwarenabgabestellen: Herren Sweater, moderne Kleiderstoffe, Oxford, diverse Waschstoffe und die Restbestände der Vorwochen. Brennstoffe: Für Kohle und Koks von nun ab Anzahlung 400 K. Auf Wunsch für Zimmerbrände Nußkoks.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag vormittags eine Sitzung ab.

Christbaumverkauf der Gemeinde. Die Gemeinde Wien verkauft billige Christbäume im 16. Bezirk Yppenplatz, 14. Bez. Rudolfshausmarkt, 4. Bez. Naschmarkt Makrtantsgebäude, 3. Bez. Erdberg, Maseengüterbahnhof, städt. Holzlagerplatz, 20. Bez. Freustrasse, städt. Holzlagerplatz und 21. Bez. am Spitz.

Lehrerhausverein. Donnerstag, den 30. ds., 10 Uhr vormittags im Festsaale des Lehrerhausvereines volkstümlicher Vortrag mit Lichtbildern über das Thema „Einsteins Relativitätstheorie“. Vortragender: Herr Studienrat Julius Albrecht aus Berlin. Sitzkarten zu K 3 - in der Kanzlei des Lehrerhausvereines.

Strengste Eintreibung der Steuern. Der Finanzreferent der Gemeinde Wien hat an alle städtischen Steuerämter die Weisung ergehen lassen mit Aufgebot aller Kraft die Eintreibung der Steuern vorzunehmen. Als Begründung wird angeführt, dass die Finanzlage des Staates vor allem aber die der Gemeinde es unbedingt notwendig mache, die rückständigen Abgaben tatsächlich in die Kassen zu bringen, da die Kassenbestände nun einen noch nie vorher verzeichneten Tiefstand erreicht haben. Die regelmäßige Fortführung des öffentlichen Dienstes hängt garedzu davon ab, dass die ~~Erinnerten~~ Eingänge schon in allernächster Zeit reichlicher fließen. Die Beamten werden in dieser Verfügung darauf aufmerksam gemacht, dass es im unmittelbaren Interesse eines jeden Angestellten gelegen ist, dass die Steuern realisiert werden und nicht bloss auf dem Papier bleiben. Die Steuereingänge bleiben tatsächlich hinter den erzielbaren Erträgnissen weit zurück. Es gilt dies insbesondere von jenen Steuern, bei denen der Vorachkungsbüroapparat längere Zeit hindurch nicht entsprechend funktionierte, wie bei den Erwerbssteuern, deren Bemessung in den letzten Jahren vollkommen in Unordnung geraten ist. Die Gemeinde hat ferner die neue Einrichtung getroffen für ~~den~~ die ihr allein zukommenden Abgaben eigene Inspektoren zu bestellen, denen künftighin keine andere Aufgabe zufallen wird, als die richtige Erfassung der verschiedenen Arten von Luxussteuern, wie die Hotelzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe, Speisen- und Getränkeabgabe in Luxuslokalen, Pferdeabgabe, Kinoabgabe u. s. f. unausgesetzt zu überwachen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Wien, Sonntag, 19. Dezember 1920.

Keine Weihnachtsaushilfe für die städt. Angestellten. Der Verband der Angestellten der Stadt Wien hat vor einigen Tagen der Gemeindeverwaltung die Forderung vorgelegt, dass den in dieser Organisation vereinigten rund 25 000 städt. Angestellten noch vor Weihnachten eine einmalige Aushilfe oder ein genereller Vorschuss von 6000 K bewilligt werde. Diese Zuwendung würde einen Betrag von rund 150 Millionen erfordern. Im Zuge der Verhandlungen erklärten sich die Vertreter der Angestellten bereit, sich mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinde Wien auch mit einem bedeutend geringeren Betrage zufrieden zu geben. Da aber auch hierfür die Mittel der Gemeinde nicht zur Verfügung stehen musste die Hilfe der Regierung angerufen werden. Infolgedessen begab sich am Samstag abends eine Vertretung der Gemeinde Wien unter Führung des Bürgermeisters zum Bundesminister für Finanzen und trug ihm den Wunsch der städt. Angestellten vor, sowie die Schwierigkeiten, die sich hieraus für die Gemeindeverwaltung ergeben. Der Minister anerkannte die Notlage der Angestellten, erklärte aber trotz 1½ stündiger Erörterung der Angelegenheit, dass die Regierung nicht in der Lage sei, die gewünschte Hilfe zu leisten, da die derzeitigen Kassabestände sowie die Aussichten für die Zukunft eine weitere Erhöhung sowohl der Personalausgaben für den Staat als auch der Beitragsleistungen für die Länder unmöglich mache.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen

26. Jahrgang. Wien, Montag, den 20. Dezember 1920. Nr 398.

.....
Liebesgaben im 2. Bezirk. Mittwoch, den 22. ds. von 2 bis 3 Uhr verteilt das Frauenarbeitskomitee Karmelitergasse 9 an Bedürftige des 2. Bezirkes, vor allem an kinderreiche Familien, die keine britischen Liebesgaben beziehen, nach Maßgabe des Vorrates gegen Vorweisung des Fürsorgeblattes Mch.

.....
Gummbereifung für Lastkraftwagen. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass laut Magistratskundmachung vom 1. März 1921 an der Verkehr von Lastkraftwagen und Anhängewagen ohne Gummbereifung unzulässig ist.

.....
Ehrengaben zur goldenen Hochzeit. In der vergangenen Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters an nachgenannte Jubelpaare anlässlich der Feier der goldenen Hochzeit Lebensmittelpakete: Josef und Marie Kondor, Buchhalter, Franz Höfler, Maschinenbauwerkmeister und Margarethe Höfler, Handarbeitslehrerin der Gemeinde Wien im Ruhestande, Adalbert und Rosa Marie Redlich, Generalmajor des Ruhestandes.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien Montag den 20. Dezember 1920. Abendausgabe.

Die erste Theatervorstellung in Lainz. Heute wurde die bereits angekündigte Theater- und Kinovorstellung für die Pfleglinge des Versorgungshauses in Lainz abgehalten. Der 300 Personen fassende Saal der Kantine, der auch mit einer Bühne ausgestattet ist, war überfüllt. Die Vorstellung bestand aus heiteren Liedern und Darbietungen von Wiener Lichtbildern mit Musik. Zur Veranstaltung waren Bgm Reumann und amtsführender Stadtrat Prof. Dr. Tandler erschienen. Besonderer Dank gebührt Direktor Glawatsch, der auch für die morgen stattfindende Aufführung sich in uneigennützigster Weise in den Dienst dieser guten Sache gestellt hat. Diese Institution wird nunmehr zu einer Dauereinrichtung ausgestaltet. Es werden jede Woche zwei Vorstellungen stattfinden, so dass alle Pflinglinge Gelegenheit haben, einige heitere Stunden zu verbringen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Witschen

26. Jahrgang Wien, Dienstag, den 21. Dezember 1920, Nr. 399

Mehr Todesfälle als Lebendgeburten in Wien. Im August und in der ersten Oktoberhälfte überstieg die Zahl der Lebendgeborenen in Wien die Zahl der Todesfälle. So sind in der 41. Jahreshälfte von 3. bis 9. Oktober 614 Lebendgeburten zu verzeichnen, denen 469 Todesfälle gegenüberstehen. Von 10. bis 16. Oktober wurden 526 Lebendgeburten und 457 Todesfälle gezählt. In der folgenden Zeit macht sich abermals ein Rückgang der Geburten bemerkbar. So sind vom 17. bis 23. Oktober in Wien 541 Kinder lebend zur Welt gekommen, während jedoch 544 Personen aus dem Leben scheiterten. Von 24. bis 30. Oktober sind 428 Geburten und 498 Todesfälle zu verzeichnen und in der 45. Woche können nur mehr 399 Lebendgeburten dafür aber 610 Todesfälle festgestellt werden, was einen Ausfall von 211 Menschen bedeutet.

Besoldigung von Schulleitern. Bürgermeister Reumann nahm heute in Gemeinderatssitzungssache die Besoldigung der in den letzten Jahren ernannten Leiter und Leiterinnen von Volks- und Bürgerschulen - 240 an der Zahl - vor. Zur Feierlichkeit waren Stadtrat Speiser, die Vorsitzendenstellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel und Vizebürgermeister Hoss, Mitglieder des Bezirksschulrates, Bezirksschulinspektoren, Mitglieder des Gemeinderates und Bezirksvorsteher. Bürgermeister Reumann begrüßte die neuen Leiter und Leiterinnen der Schulen, worauf der erste Vorsitzendestellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel an die ernannten Lehrpersonen eine Ansprache hielt. In der er ausführte, dass die Gemeinde Wien in ihren Gemarkungen die bedauerndste Jugend hat und den größten Wert auf eine ruhige aber stetige und restlose Durchführung der Schulreform legt. Schulleiter müssen die Bevölkerung führen auch auf diesem Gebiete und er sei überzeugt, dass sie ihre volle Kraft und auch ihre Überzeugung dazu treibt, auf diesem Gebiete führend zu sein. Bgm. Reumann wünschte in seinen Schlussworten den Neuernannten Glück für ihre Tätigkeit und betonte, dass die Stadt Wien das größte Gewicht darauf lege, an der Spitze des Schulwesens zu stehen und dass sie bestrebt sein werde, trotz der gegenwärtigen finanziellen Lage auch für das materielle Wohl der Lehrpersonen nach Möglichkeit zu sorgen. An die Feierlichkeit schloss sich die Verteilung der Dekrete an die Ernannten.

Erweiterung der elektrischen Mietinstallations. Im Sinne eines von Vd. Ammerling heute in Stadtsenat erstatteten Referates

wurde beschlossen, weitere 1600 Mietinstallationen für elektrisches Licht durch die Genossenschaft der konzessionierten Elektrotechniker durchführen zu lassen. Diese Installationen werden einen Betrag von 2.800.000 K. erfordern. Von diesen 1600 Mietinstallationen werden 611 in drei für Arbeiterwohnungen bestimmte Häuserblocks durchgeführt. Es sind dies die Gebäude der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft Floridsdorf Shuttleworthstrasse, des Jubiläums-Stiftungsvereines Häuserblock Ottakring Wernhartstrasse 11-19 und der Stiftungs-Häuser Ottakring Wernhartstrasse 1-9. Die übrigen 1000 Wohnungsinstitutionen verteilen sich auf das Gemeindegebiet von Wien und kommen zunächst jene Objekte in Betracht, wo die zum Anschluss erforderlichen Steigleitungen bereits vorhanden sind. Die von den Parteien auf die Dauer von 10 Jahren zu bezahlenden Mietwörter mit 7 K. pro Monat und Auslass festgesetzt. Das zur Herstellung der Anlagen benötigte Material ist bereits vom Elektrizitätswerk sicher gestellt.

Die Subventionen der Gemeinde Wien. Ueber die für das heurige Verwaltungsjahr zu verteilenden Subventionen der Gemeinde Wien wurden im Sinne eines von der GR Amalie Seidel erstatteten Referates nach eingehender Debatte im Stadtsenat heute Beschlüsse gefasst. Die Referentin wies zunächst darauf hin, dass es bei der bekannten schlechten Finanzlage der Gemeinde unmöglich sei eine Erhöhung der Subventionen den gekünderten Geldverhältnissen entsprechend vorzunehmen, sondern dass mit jenen Summen das Auslangen gefunden werden muss, die in normalen Zeiten für solche Zwecke zur Verfügung gestanden sind. Schon dies allein bewirkt, dass neue Ansuchen nur in den allerersten Fällen berücksichtigt werden konnten und auch künftig keine Aussicht auf Berücksichtigung haben, dass aber auch jene zahlreichen Subventionen, die früh vielleicht nur aus Prestige-Gründen von den Vereinen angestrebt wurden nun in Wegfall kommen müssen. Bei der Verteilung der Subventionen war zunächst nichtungebend, dass jene grossen Institutionen über Wasser gehalten werden, die auf künstlerischer oder humanitärer Grundlage aufgebaut sind und die sonst zusammenbrechen würden, wenn sie nicht in irgendeiner Form Unterstützung bekommen. Grundsätzlich ist huer die Subventionierung aller privaten Volks- und Bürgerschulen, die auf konfessioneller Grundlage beruhen im Sinne des Beschlusses des Bezirksschulrates abgelehnt worden. Massgebend hierfür war die Auffassung, dass die Gemeinde Gemeinderat von Millionen als Schulerhalterin ausgibt, dass sie gesetzlich dazu verpflichtet ist, nach gewissen einheitlichen Normen für den Unterricht zu sorgen und dass, wenn irgendwelcher Gruppe von Bürgern dieser öffentliche Unterricht aus irgendeinem Grunde

nicht gestiftet, die Sondereinschüsse eigenen Mitteln bestritten werden und nicht Steuergelder dafür in Anspruch nehmen dürfe. Bei der Gruppe der humanitären Einrichtungen konnten nur solche Vereine berücksichtigt werden, die ein Heim oder eine Tageserholungsstätte oder sonst eine feste Betriebsstätte besitzen, nicht aber solche Organisationen, die sich lediglich mit der Verteilung von Geld oder Nahrungsmitteln beschäftigen, wofür ja die Gemeinde in ihren Armeninstituten selber die Organisation besitzt. Den Kinderspitälern und Wohlfahrts-Einrichtungen der gleichen Art, die im Frieden mit Subventionen von 3000 bis 8000 Kronen bedacht wurden, konnte in der Form von Subventionen die so dringende Hilfe nicht geboten werden. Es ist schon bisher der Ausweg gewählt worden, ihnen den grössten Teil jener Notstandsapenden zuzuweisen, die zur Verfügung des Bürgermeisters stehen. So wurden seit 1. Jänner 1920 den sechs Kinderspitälern, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, dem Rudolfinerhaus etc., der Betrag von 3.176.000 Kronen zugewendet. Das ist weit mehr, als das Gesamtanmass aller überhaupt für Subventionen verfügbaren Kredite. Bezüglich aller jener Hilfs-Einrichtungen, die sich mit der Jugend beschäftigen, führte die Referentin aus, wurde der Weg gewählt, nicht mehr einzelne Vereine zu unterstützen, sondern den Verband für freiwillige Jugendfürsorge. Es geschieht dies aus dem Grunde, weil es für den Finanzausschuss und Stadtsenat vollständig unmöglich ist die Tätigkeit von ein paar Dutzend Vereinen irgendwie abzuwägen, was eben nur durch einen Verband, der eine gewisse Zusammenfassung und kontrollierende Tätigkeit ausübt, ermöglicht wird. Selbstverständlich steht der Weg zu diesen Verbänden den Vereinen aller Richtungen offen. Derselbe schliesst auch derzeit Organisationen der verschiedensten Färbung in sich und es wäre sehr wünschenswert, wenn auch der Caritas-Verband, der ursprünglich Mitglied war, sich wieder anschliessen würde. Die Referentin wies schliesslich darauf hin, dass auf dem Gebiete der humanitären Aktionen eine ungeheure Zersplitterung besteht. Die Vereine der verschiedensten Richtungen und auch die grossen Fürsorgeaktionen des ausländischen Hilfswerkes entbehren einer wirklichen Zentrale, wo durch vielen Misbräuchen Tür und Tor geöffnet und gleichzeitig die Benützung einer ganzen Reihe von solchen Einrichtungen sich zu einem Berufsweig ausgebildet hat. Eine Fülle von Geld und Geldeswert wird durch diese Misstände verschwendet. Da auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ein solcher Verband bereits geschaffen ist, sollte er auch nun als Zentralorganisation benützt werden. Was die Institutionen auf dem Gebiete der Bibliotheken und der Volksbildung anlangt, so wurden grundsätzlich jenen Vereinen die ein ganz bestimmtes Gepräge haben und zwar ebensowohl die sozialdemokratischen Bezirksbibliotheken als auch die entgegenge-

setzten Richtung propagierenden Volkleshallen ausgespart; es wurden lediglich die grossen neutralen Organisationen auf diesen Gebieten zur Subventionierung vorgeschlagen.

Aus der Liste der bewilligten Subventionen seien hervorgehoben: Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft 500.000 Kronen, als Ergänzung der vom Bürgermeister vor mehreren Wochen verfügte Notstandsapende in gleicher Höhe, der Verband für freiwillige Jugendfürsorge, 250.000 Kronen, das Kuratorium der Kriegspatenschaft 50.000 Kronen, Hilfsverein für Lungenkranke, Viribus unitis* 20.000 Kronen, Tuberkulosefürsorgestelle des Roten Kreuzes 25.000 Kronen, Wiener Suppen- und Theestalten, der Wiener Wärmestubenverein, der Volksbühnenverein je 30.000 Kronen, Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates 50.000 Kronen, der Verein zur Erhaltung von mittelstandserholungsheimen 30.000 Kronen.

Auf dem Gebiete für Kunst und Wissenschaft wurden folgende Institutionen mit grösseren Beträgen bedacht, die Volksoper mit 500.000 Kronen, das Wiener Symphonieorchester mit 250.000 Kronen, die Denkmäler der Tonkunst 20.000 Kronen, die Wiener Philharmoniker 10.000 Kronen, die Sezession für Herstellungsbauarbeiten an eigenen Hause 50.000 Kronen, der Eisenbauverein 60.000 Kronen, der Wirtschaftverband bildender Künstler 12.000 Kronen, der akademische Senat der Wiener Universität für die volkstümlichen Universitätskurse 20.000 Kronen, die biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften 10.000 Kronen, der Wiener Volksbildungsverein 10.000 Kronen, die technische Hochschule 10.000 Kronen, der Verein Volksheim für sein Stammhaus und das Leopoldstädter Volksheim 150.000 Kronen, der Verein Zentralbibliothek 75.000 Kronen, die Wiener Ursula 25.000 Kronen, das Museum für Volkskunde 25.000, der Wissenschaftliche Klub 10.000 Kronen, der Landesverband für Lehrerinnenvereine mit 10.000 Kronen, der Verband der Schreiberinnenvereine mit 20.000 Kronen, die Freie Vereinigung der Schreiberinnen mit 4.000 Kronen, der Wiener Tierschutzverein 5.000 Kronen, ferner die menschen akademische, die auch aus den Notstandsapenden kürzlich 30.000 Kronen erhielt, mit 10.000 Kronen als Subvention.

An dieses Referat knüpfte sich eine ausführliche Debatte, an der Vizebürgermeister Hoss, die StR. Frau Dr. Metzko und Hummelhardt insbesondere die Subventionierung des Caritasverbandes und der konfessionellen Schulen wünschten, was die eingehender Begründung durch die Referentin abgelehnt wurde. Der Gesamtbetrag der Subventionen, die in der nächsten Woche dem Gemeinderat zur Beschlussfassung beantragt werden, macht 2.751.250 Kronen aus.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 22. Dezember 1920. Nr. 400.

1. Ausgabe

Verkehrstörung im Elektrizitätswerk Simmering. Von der Direktion der städt. Elektrizitätswerke erhalten wir folgende Mitteilungen: Heute vormittags 1/2 9 Uhr entstand infolge eines Kurzschlusses beim Funktionieren eines Oelschalters, der anscheinend durch ein Kabelgebreehen ausgelöst wurde, an der Bahnschaltwand ein Brand, welcher diese schwer beschädigte. Infolgedessen kam das Kraftwerk Simmering vorübergehend zum Stillstand. Der Betrieb der Licht- und Kraftnetze konnte bald wieder aufgenommen werden, der Strassenbahnbetrieb jedoch erst nach einiger Zeit und in herabgesetztem Ausmasse. An der Behebung der entstandenen Schäden wird mit der grössten Energie gearbeitet und der Strassenbahnbetrieb wird noch im Laufe des heutigen Tages wieder verstärkt werden können. Die von den Kraftwerken Engerthstrasse und Ebenfurt gespeisten Stromverteilungsnetze waren nicht gestört.

2. Ausgabe

Nr. 401.

Wettbewerb für die Ausgestaltung des Währinger Ortsfriedhofes. Die Gemeinde Wien hat für die Veranstaltung baukünstlerischer Wettbewerbe einen Betrag von 150.000 K. gewidmet. Für den ersten dieser Wettbewerbe sind 19 Entwürfe eingelangt und wurden nachstehender Verfassern vom Preisrichterrate folgende Preise zuerkannt: Architekt Rudolf Tropsch (Gräberhain) 3000 K., Architekt Ignaz Reiser und Mitarbeiter Karl Koblitschek (Denkmal-schutz) 3000 K., Architekt Ing.-Ludwig Mestler (Bastei) 2000 K., Architekt Z.V. Karl Dirnhuber (Denkmalpflege) 2000 K., Architekt Z.V. Hans Glaser (Aster) 2000 K., Architekt D.W.B. Camille Ritz Discher (Stiller Winkel) 2000 K., Arch. Z.V. Emanuel Stwertnik (Währing) 2000 K. Die beiden Entwürfe mit den Kennworten „Eroica“ und „Einfach“ wurden vom Preisrichterrate der Gemeinde zum Ankauf mit je 1000 K. empfohlen.

Die Beethoven-Ausstellung im Museum der Stadt Wien, 1, Rathaus, Mezzanin, ist Freitag, den 24. ds. von 9 bis 12 Uhr geöffnet, an den beiden Weihnachtsfeiertagen von 9 bis 1 Uhr, wie sonst an Sonn- und Feiertagen.

Ausstellung von Kinder-Handarbeiten.

Ausstellung von Kinder-Handarbeiten. Das amerikanische Rote Kreuz hat der Gemeinde Wien 8000 Pfund Wolle zum Geschenk für die Schulkinder gemacht. Die Wolle wurde an die Wiener Schulen verteilt und von den Schulkindern zu Winterkleidungsstücken verarbeitet, die in das Eigentum der Kinder übergehen. Um zu zeigen, was mit dankbarem Eifer aus dieser Wolle verfertigt werden kann, veranstalteten einzelne Schulinspektionsbezirke Ausstellungen von verfertigten Gebrauchsstücken. Eine solche wurde auch von den Schulinspektionsbezirken X und XI, denen Schulen des 10., 20. und 4. Bezirkes angehören, veranstaltet, deren Eröffnung heute in der Schule 10, Antonsplatz 11, stattfand. Zu dieser hatten sich als Vertreter des amerikanischen Roten Kreuzes Dr. Beckmann, Dr. Lyon und Kapitän Kidder, BGM. Reumann, Stadtrat Dr. Tandler und zahlreiche Besucher eingefunden. Von den 980 kg Wolle, welche diese Schulen zugewiesen erhielten, wurden ca 5000 Stück Winterkleidungsstücke, wie Kappen, Hauben, Handschuhe, Gamaschen, Wadenstrümpfe etc. verfertigt, deren saubere Arbeit und schöne Ausführung allgemeine Bewunderung erweckte. Einige Kinder verwendeten für ihre Arbeit auch farbige Wolle, wodurch die Erzeugnisse einen lebhafteren und schmuckeren Eindruck erweckten. Die von den Kindern anlässlich der Eröffnung der Ausstellung gestellten lebenden Bilder fanden allgemeines Lob. Bgm. Reumann dankte den Vertretern des amerikanischen Roten Kreuzes herzlichst für die neue grosszügige Hilfsaktion, die dieses durch die Zuwendung der Wolle vollbrachte und sprach auch den Handarbeitslehrerinnen, unter deren Leitung die Kleidungsstücke gearbeitet wurden,

und den Lehrkörpern der Schulen den Dank der Gemeinde für ihre Arbeit aus.

Gewinnung elektrischer Energie aus Torf. Unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Wilhelm Exner sprach in Anschluss an die Generalversammlung des Institutes für Kohlenversorgung der Vorstand der Abteilung für Moor- und Torfkultur der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt Dr. Viktor Zailer in fesselnder Form über Torfverwertung im Grossbetriebe. Die Gewinnung elektrischer Energie aus Torf sowohl durch Verfeuerung unter den Dampfkesseln als auch im Generator behufs Herstellung von Gas unter Gewinnung der Nebenerzeugnisse, des Ammoniaks und des Urteess. An der Hand einer reichen Lichtbildersammlung veranschaulichte er die grossen Kraftwerke Deutschlands, Italiens und Russlands um schliesslich zu zeigen wie nach erfolgter Abtorfung aus den Oedländereien für

die Landwirtschaft wertvolle Kulturböden gewonnen werden können, die nicht nur für Wiesenfrüchten und Getreidefelder sondern auch für Hopfen- und Rebengelände nutzbar verwertet werden können.

Sehr verehrte Redaktion! Sie verbinden mich zu lebhaftem Danke durch die Aufnahme dieser wichtigen Notiz.
Präsident Dr. Exner

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 22. Dezember 1920.- Abendausgabe.

Sitzung des Stadtsenates. Der Stadtsenat tritt morgen Vormittags 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die Störung im Elektrizitätswerk Simmering Um 4 Uhr Nachmittags trat im Kraftwerk Simmering, welches durch provisorische Kabelanschlüsse um 12 Uhr die Strassenbahn wieder belieferte, neuerdings eine Störung ein, welche durch Stromübergänge in den vormittags beschädigten Teilen der Bahnschaltanlage verursacht wurde. Die Störung erstreckte sich auf alle von der Zentrale Simmering gespeisten Netze. Die Wiedereinschaltung derselben erfolgte bis $\frac{1}{2}$ 6 Uhr Abends, um welche Zeit auch der Strassenbahnbetrieb wieder mit 7 Hochspannungskabeln aufgenommen werden konnte. Im Laufe der Nacht wird die Schaltanlage soweit in Betrieb gesetzt werden, dass die restlichen 3 Hochspannungskabel für den Strassenbahnbetrieb wieder in Benützung genommen werden können, sodass morgen die Strassenbahn wieder in vollem Umfange verkehren wird. Anerkennung verdienen die Ingenieure und Arbeiter des Kraftwerkes, welche trotz des grossen Umfanges der erfolgten Beschädigungen in verhältnismässig kurzer Zeit die notwendigen Provisorien herstellten. Bei dem Nachmittags erfolgten Kurzschluss erlitt der Arbeiter Max Weigensamer Brandwunden 2. Grades an beiden Füssen und wurde durch die Rettungsgesellschaft auf die elektropathologische Abteilung des Prim. Dr. Jelinek gebracht. Die vormittägige Störung verursachte einen bedeutenden Sachschaden, doch ist die Anlge gegen Brandschaden versichert. Bei der nachmittägigen Störung ist kein Sachschaden entstanden.

Der Bundespräsident beim Bürgermeister. Bundespräsident Dr. Hainisch erwiderte heute den Besuch des Bürgermeisters Reumann im Rathaus. Er gab hierbei seiner Freude Ausdruck, bei dieser Gelegenheit einige aktuelle Fragen mit dem Bürgermeister besprechen zu können. Der Bundespräsident legte insbesondere Wert darauf den Bürgermeister versichern zu können, dass er für die Bundeshauptstadt Wien die grössten Sympathien hege und dass er alles daran setze werde, was in seinen Kräften liege, um die Wünsche der schwergeprüften Bevölkerung zu unterstützen und zu fördern.

Die Weihnachtssubvention für die städtischen Angestellten. Im Stadtsenate berichtete heute Personalreferent Stadtrat Speiser über den an jene städtischen Angestellten, die der Dienstordnung unterstehen, zu gewährenden Gehaltsvorschuss im Betrag von 1200 K. Der Referent bemerkte, dass ähnliche Vorschüsse an die entsprechenden Gruppen der Staatsangestellten in den letzten Monaten gegeben worden seien, so dass die Gemeinde ihren Angestellten diese Vorschüsse nicht vorenthalten könne. Die Rückzahlungsfristen werden so wie beim Staate bemessen. Sollte der Staat von einer Rückzahlung der Vorschüsse absehen, so wird die Gemeinde sicherlich denselben Weg einschlagen. Der Bürgermeister verfügte die sofortige Auszahlung dieser Beträge.

Weiter berichtete Stadtrat Speiser über die Regelung in der Auszahlung der gleitenden Zulagen bei den Strassenbahnen, die bisher am 1. eines jeden Monats durch eine paritätische Kommission bestimmt und am 15. des nächstfolgenden Monats ausbezahlt wurden. Er stellte den Antrag, diesen Auszahlungstermin dahin abzuändern, dass die gleitenden Zulagen immer am 15. desselben Monats in ihrer Höhe festgesetzt werden und anzuweisen seien. Der Auszahlungstermin für die gleitende Zulage für Jänner fällt daher diesmal in den Dezember.

1. Ausgabe

WILDER STREIK AUF DEN STRASSENBAHNEN. Im Bahnhof Favoriten hat es heute früh ohne irgendeine vorhergegangene Ankündigung und entgegen allen mit der Gewerkschaft getroffenen Absprachen zum Schaden der infolge des agitatorischen Auftretens der Bedienstetengruppe dieses Bahnhofes auch die Linien anderer Bahnhöfe gegeben. Diese gerade am Weihnachtstag erfolgte Stilllegung bedeutet insbesondere für die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft die schwersten Unannehmlichkeiten. Die Hauptvertrauensmänner des Bahnhofes Favoriten haben ihre Stellen nicht verlassen und die Leitung der Bewegung ist an Streikkomitees übergegangen. Ursache dieses gegen alle gewerkschaftlichen Regeln verstoßenden Ausstandes ist folgende: Wie alle anderen Kategorien von Gemeindeangestellten sind auch die Strassenbahner vor den Feiertagen um Flüssigmachung eines Geldestrages an die Direktion beziehungsweise Gemeindevverwaltung herantretend. Das Ergebnis der geführten Verhandlungen war die Abmachung, dass die gleichende Zahlung, die sonst im Nachhinein, also am 15. Jänner 1921 zu Auszahlung gekommen wäre, vor Weihnachten vorbezahlte werde und dass künftighin dieser Einkommensanteil stets im Vorhinein völlig werden soll, so dass am 15. Jänner neuerlich eine Zahlung zu erfolgen habe. Da die eigenen Mittel der Strassenbahnen zur Leistung dieser gänzlich unvorhergesehenen Zahlung die einen Betrag von rund 36 Millionen Kronen erfordert nicht ausreichen und die Gemeinde angesichts ihrer eigenen eigenen dringenden finanziellen Lage völlig außerstande ist, diesen Zuschuss zu leisten, was auch der Gewerkschaft in überzeugender Weise nachgewiesen wurde, kam ein Abkommen zustande, wonach die Hälfte des Betrages am 28. Dezember ausbezahlt werden sollte, was auch tatsächlich bereits geschehen ist und dass die zweite Hälfte am 28. Dezember flüssig gemacht werde. Die letztere Zahlung sollte auf Grund der ansehnlichen erwartenden Einnahme bewerkstelligt werden. An der von den Angestellten erhobenen Forderung ist also eine Kürzung nicht erfolgt. Es wurde daher lediglich unter dem Zwang der Tatsache, dass die erforderlichen Geldsummen einfach nicht zur Verfügung stehen, eine Teilung der Auszahlung in zwei kurz aufeinanderfolgenden, allen notwendig Angehörigen dieser Sachlage bedeutet dieser wilde Streik nicht nur einen Verstoß schwerster Art gegen alle gewerkschaftlichen Regeln, eine durch nichts entschuldigende Beunruhigung des Publikums, sondern auch eine derartige Schädigung der Gemeinwesen, dass gerade durch diesen Streik die in Aussicht gestellte Zahlung am 28. Dezember gefährdet wird. Der Bürgermeister hat die Verfügung getroffen, dass der Favoriten Bahnhof gesperrt

wird. Unter Umständen muss auch mit einer länger währenden Betriebseinstellung gerechnet werden, da es vollkommen unmöglich ist, die Strassenbahnen zu betreiben, wenn trotz aller Abmachungen mit der Gewerkschaft irgendeine Bedienstetengruppe einen plötzlichen Laune folgend die Macht haben sollte, den Verkehr stillzulegen.

Fettabgabe. Von 26. Dezember bis 2. Jänner werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Pflanzenfett zum Preise von 12.48 gegen Abtrennung des Abschnittes 22. der Fettkarte abgegeben. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugskarten erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von 11.40.

2. Ausgabe

Nr. 404.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat tritt Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammen. Donnerstag nachmittag 4 Uhr hält der Landtag von Wien und daran anschließend der Wiener Gemeinderat eine Sitzung ab.

Neues Dienst bei den Brotkommissionen. Vom 1. Jänner 1921 an werden die Brotkommissionen nur mehr an vier Tagen wöchentlich Dienst halten und zwar Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag. In den Dienststunden tritt eine Aenderung nicht ein. An Sonn- und Feiertagen bleiben wie bisher die Kommissionslokale geschlossen. Ausnahmen werden rechtzeitig verlautbart.

Hauslistenabgabe. Montag, den 3. Jänner sind die Hauslisten in der bisher üblichen Weise bei den Brotkommissionen abzugeben. Auf Grund dieser werden am 15. Jänner die Brotbezugskarten, Mehlbezugskarten und Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre ausgegeben.

Bürgermeister Reumann an den argentinischen Gesandten Perez.

Bürgermeister Reumann hat anlässlich des Erdbebens in Argentinien an den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Fernando Perez der Republik Argentinien/nachstehendes Schreiben gerichtet: Aus den Zeitungen entnehme ich die Nachricht von einem grossen Erdbeben, von dem die argentinische Provinz Mendoza schwer heimgesucht wurde. Ich bitte anlässlich dieser Katastrophe den Ausdruck meines herzlichsten Beileides entgegenzunehmen und denselben auch der Regierung ihrer Republik, deren grossherziger Menschenliebe die Stadt Wien ausgiebige Hilfe verdankt, gütigst weiterleiten zu wollen.

Weihnachtsspende von Jugendschriften. Ueber Anregung des Stadtrates Dreitner haben nachstehende Firmen zur Beteiligung der städtischen Kinderfürsorgeanstalten Jugendschriften gespendet: Verlag Ko-

nigen 450, Gerlach u. Wiefeling 750 und der Schulbuchverlag 262 Jugendschriften. Diese wurden in folgender Weise verteilt: 80 an das 1. Waisenhaus, 250 an das 2. Waisenhaus, 300 an das 4. Waisenhaus, 180 an das 5. Waisenhaus, 300 an das 6./7. Waisenhaus, 100 an das 8. Waisenhaus, 100 an das Kinderheim in der Herdeggerstrasse, 300 an das Kinderheim Jedlesee, 300 an das Kinderheim Grinzing, 500 an das Kinderheim Untermeidling, 100 an die Kinderherberge Grinzing, 100 an die Kinderherberge Augarten, 450 an das Kinderheim Oberhollabrunn, 120 an die Kinderheilanstalt Sulzbach, 160 an das Kinderheim Bad Hall, 120 an das Kinderheim Röttergasse, 170 an die Kindergärten und 1282 für die Kostkinder.

Dank des Bürgermeisters an die Wohltäter aller Nationen. Die ausländischen Hilfswerke haben anlässlich des Weihnachtsfestes den Wiener Kindern und den Ansassen der Versorgungshäuser reichliche Spenden übermittelt. Bürgermeister Reumann spricht allen Wohltätern, die es ermöglicht haben, dass den Kindern die Weihnachtsfeier in den 54 städtischen Kindergärten, in den Waisenhäusern und Schulen zu einem wirklichen Fest der Freude wurde, dass den alten Leuten ein schöner Abend bereitet werden konnte, den herzlichsten Dank aus.

Verband der städt. Angestellten. Weihnachts- und Neujahrsbazar Burggasse 16, 1/2 8 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr Männer Schokolade-Waren, Bonbonniers, Briefpapiere, Parfümerien, Aluminiumgeschirr u.s.w. Textilwaren: Weisses Voll-Etamine, gestickter Cheviot, Mantelstoffe, Herrenkappen und div. kleine Warenposten. Brennstoffe: Burggasse 16, Holzabgabe wird fortgesetzt. Abgabe in Mengen über 500 kg, Anzahlung 500 K.

Weihnachtsspende für die Wiener Kinder. Der Besitzer des Wiener Schlossrestaurants in Berlin Alfred Löwy hat als Ergebnis einer Sammlung seiner Güte als Spende für die Weihnachtsbescherung Wiener Kinder 2793M50Pf Bürgermeister Reumann überwiesen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

26. Jahrgang. Wien, Freitag den 24. Dezember 1920. Nr. 404.

Der wilde Streik auf den Strassenbahnen beendet. Heute Mittag

fanden Verhandlungen im Rathause mit den Vertrauensmännern und dem Streikkomitee des Bahnhofes Favoriten statt. Die Vertreter der Gemeinde erklärten, dass sie infolge der schlechten Finanzlage nicht imstande wären, die Auszahlung der gleitenden Zulage sofort zur Gänze durchzuführen, worauf das Streikkomitee den Bediensteten diese Mitteilung zu überbringen sich bereit erklärte. Um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr berichtete das Streikkomitee den Bediensteten, die sich im Arbeiterheim Favoriten versammelt hatten, das Ergebnis der Verhandlungen. Nach längerer Auseinandersetzung wurde beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gegen vier Uhr nachmittags funktionierte der Betrieb des Bahnhofes Favoriten wieder klaglos. Simmering, wo die Bediensteten des Bahnhofes Favoriten, das dortige Personale zum Anschluss an den Streik bewegen unan hatten konnte der volle Verkehr bereits um 12 Uhr Mittags wieder aufgenommen werden. Die Bediensteten des Simmeringer Bahnhofes waren der Meinung, dass es sich um einen geschlossenen Ausstand aller Strassenbahner handelt, als sie jedoch erfuhren, dass es ein partieller wilder Streik der Favoritner Bediensteten ist, nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Lebensmittelfälschungen und Preistreiberien. Dem Tätigkeitsbericht des Wiener Marktamtes im November entnehmen wir: Die hohen und immer steigenden Lebensmittelpreise üben nach wie vor einen großen Anreiz zu Fälschungen und es zeigt sich bedauerlicherweise die Tatsache, daß die Lebensmittelfälschungen trotz der scharfen und unausgesetzten Überwachung seitens des Wiener Marktamtes nicht im Abnehmen begriffen sind. Die mindere Brotqualität im November gab Anlaß Revisionen durchzuführen und konnte festgestellt werden, daß bei der Brotbereitung nicht immer in einwandfreier Weise vorgegangen wird. Ein grosser Fall wurde bei dem Bäcker Markus Kohlmann, II., Rembrandtstraße, aufgedeckt. Bei demselben wurde Brotteig vorgefunden, der lediglich aus Kartoffelbrei und Maisgrieß bestand; die hierzu verwendeten Kartoffel waren angefault und verderben. - Die Firma Steiner-Bachl („Milkwerke“ XIV., Benedikt-Schellingergasse, brachte unter der Bezeichnung „garantiert echtes getrocknetes holländisches Hühnereiweiß“ einen gepulverten Leim in Verkehr. Dieselbe Firma verkaufte einen gewöhnlichen, nicht Saccharin gesüßten Kaffeeaufguß als „Extra starker Kaffee-Extrakt.“ - Eine Fälschung größter Art wurde bei Johann Trieb, XII., Schönbrunnerstraße 78, festgestellt. Genannter verkaufte unter der Bezeichnung „Eierzusatz Manna“ nichts anderes als gelbgefärbtes Kreidepulver zu einem Preise von 24 K pro kg. Die Honigfälschungen wehren sich und wird sehr häufig ein Gemisch von Stärkesyrup mit Zuckersyrup eventuell mit etwas Honigaroma als „Honig“ verkauft. (Josef Greiner, XVII., Hauptstraße 117) Samuel Stein, III., Beatrixgasse 14, Hans Kresse, VI., Gumpendorferstrasse 14 und Emma Kanzian, IV., Waaggasse 5. - Die Milchfälschungen sind nach wie vor sehr häufig. Der Wasserzusatz schwankt zwischen 8 und 40 %. Grösserer Wasserzusatz wurde festgestellt bei Anna Moosbauer, XVII., Lacknergasse 37 (23%), Gustav Glock, XIX., Heiligenstädterstraße 273 (30%), Betti Weiss, XVII., Halblinggasse 13 (23%), Barbara Klemker, XI., Hauptstraße 7 (40%), Frant Hufnagl, XVII., Leopold Ernstgasse 24 (24%). Auch Verfälschungen mit verdünnter Kondensmilch wurden festgestellt. Rosa Thrull, V., Vogelsanggasse 35 verkaufte Kondensmilch, die bereits verderben war. Nicht selten wurde auch Kondens-Magermilch als Kondensvollmilch in Verkehr gebracht. Weichkäse wird noch immer mit Kartoffelbrei verfälscht. Auch bei Würsten kommt der Mehlsatz noch häufig vor und wurden diesbezüglich zahlreiche Strafanzeigen erstattet. Gefärbte Würsthüllen wurden mehrfach festgestellt. Aber auch auffallend rot, bzw. geläut gefärbte Würste kommen im Handel vor. Schöpsengrieben wurden als Schweinegrieben verkauft. Hermine Laumann, VI., Kaiserstraße 4 verkaufte gelbgefärbtes Kokosfett, das mit Mager- oder Buttermilch emulgiert wurde, als „Butter“. Auf diese Weise

wurden in das Fett 30% Wasser hineingebracht, was eine große Fälschung darstellt. Die Naschmarkthändler Jakob Erhart, Betty Heckner und Maria Mandl verkauften ein von Georg Tomasch, IX., Seegasse 21, geliefertes Gemisch eines tierischen Fettes mit Kettensöl als „Speisefett“ wegen für solches Fett nur die Bezeichnung „Kunstspeisefett“ zulässig wäre. Adalbert Turza, Selchwarenverschleisser, Naschmarkt verkaufte Schweineschmalz, welches mit Talg verfälscht war. Moses Neumann, IV., Kettenbrückengasse 24 verkaufte Kunstrum unter der täuschenden Bezeichnung „Rum de la Jamaïque, Qualité supérieure“, Philipp Isler, IV., Freihaus, ein verfälschtes Produkt als „Königs-Kognak“ feinste Qualität mit den 3 Kronen, ferner Slibowitz mit nur 14 % Alkohol. Mit künstlichem Aroma hergestellte Liköre werden vielfach als „Kaiserbirn“, „Weichsel“ Likör etc. verkauft, während die hierfür zulässige Bezeichnung „Kunst-Kaiserbirnlikör“ oder „Kaiserbirnaromalikör“ etc lauten muß. - Außer diesen aus der großen Masse herausgegriffenen Fällen wurden noch zahlreiche mehr oder minder bedeutende Fälschungen bei anderen Lebensmitteln festgestellt. Erwähnenswert wäre auch die Aufdeckung eines Kettenhandels mit Kondensmilch durch die Marktamtsabteilung für den IV. Bezirk. Ferner wurde festgestellt, daß die Firma Blum & Popper, II., Taberstrasse 22 seit 1. September l. J. auf dem Hauptzollamt 740 Kisten Kondensmilch (35.520 Dosen) in offenbar spekulativer Absicht eingelagert hat. Die Firma S. & W. Hoffmann, I., Aspernplatz 1 hatte gleichfalls auf dem Hauptzollamt 903 Kisten Kondensmilch (43.344 Dosen) eingelagert. Die gesamten vorgefundenen Mengen wurden beschlagnahmt, desgleichen 470 Kisten Carndebeef, die von der Fa. M. C. Regnaldis auf dem Hauptzollamt ebenfalls in spekulativer Absicht lange Zeit eingelagert waren. - Auf dem ASPANG ASPANG Bahnhofs wurde ein Geflügel-Winkelmarkt ausgehoben und sämtliche Waren beschlagnahmt. - Der Milchmeier Peter KRONBICHLER, X., Buchsbaumgasse 35 wurde zur Anzeige gebracht, weil er die Abgabe von Milch an zugewiesene Kunden verweigerte, trotzdem er 3 Kühe eingestellt hat. Alois Wurst, IX., Alserstrasse 26 verkaufte gekochtes Selchfleisch zu 300 K pro kg, trotzdem die Gestehungskosten 260 K pro kg betragen.

Die Anzahl der im Berichtsmonat erstatteten Anzeigen betrug 2016, wovon auf Preistreiberien 67, Preisüberschreitungen 164, Schleich- und Kettenhandel 81, Uebertretung des Lebensmittelgesetzes 90, Uebertretungen mit staatl. bewirtschafteten Lebensmitteln 68, Weingesetz 48, Eichvorschriften 247, Uebertretungen der Gewerbevorschriften 35, Uebertretung der Marktverschriften 102, unterlassene Preisanschreibungen 298, Uebertretung der Trödlervorschriften 16 und Nichteinhaltung der Sonntagsruhe 159.

Beschlagnahmt wurden folgende Warenmengen: Getreide 980 kg, Mehl 200 kg, 226 Laibe (bzw. Wecken) Brot, 300 Stück Samen bzw. Sträh-zeln, 566 kg Zucker, 35 Liter Milch, 1177 Dosen Kondensmilch, 24.512

kg Karzeffeln, 400 kg Fleisch und Fleischwaren, 70 kg Fett, 312 kg Fische, 9.600 kg Gemüse, 1.600 kg Obst, 137 Pakete Suppenkonserven, 700 Stück Bäckereien, 172 Liter Rum, 400 kg Kühle, 1600 Stück Zigaretten und 206 Stück Seife.

Eingeteltes Relativitätsheorie. Heber dieses Thema wird Herr Studentenf. Julius Albrecht aus Berlin am 30. Dezember 1920, 10 Uhr vormitt. im Festsaal des Lehrerhauses einen Lichtbildvortrag halten. Sitz-karten zu K. 3.- auch für Gäste an der Kasse des Lehrerhausvereines und am Vertagestage an der Saalkasse.

Geldene Hochzeitssperre. In der vergangenen Woche überbrachte StH. Speiser nachstehenden Jabelparen aus Ehrengeschenk der Gemeinde Wurzachgasse 24, Leopold und Gabriele Neumann, II., Sternackplatz 14 und Benedikt und Emma Lustig, II., Erzherzog Karlplatz 14.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Dienstag, den 28. Dezember 1920 - Abendausgabe

Einverleibung der bisherigen Landesabgaben in den Gemeindehaushalt

Der Stadtsenat hat heute im Sinne eines vom Finanzreferenten StR. Breitner erstatteten Referates den Beschluss gefasst, die bisherigen Steuern, die das Land Niederösterreich eingehoben hat, mit Rücksicht auf die am 31. Dezember 1920 erfolgende Lösung Wiens auch in den wirtschaftlichen Fragen vom Lande Niederösterreich mit den gleichartigen Steuern zu vereinigen. Das hat natürlich nicht die Wirkung, dass dadurch das Gemeindebudget irgendeine Entlastung erfährt, da ja eine gemeinsame Landesverwaltung noch bestehen bleibt, die in erster Linie sämtliche Humanitätsanstalten sowie die Landeseisenbahnen umfasst und nach der vereinbarten Quote 70 % für Wien und 30 % für Niederösterreich Zuschüsse erforderlich werden, die weit über den Ertrag dieser einverleibten Steuern, der insgesamt 103 Millionen Kronen ausmacht, hinausgehen. Ein gemeinsames Landesbudget ist noch nicht aufgestellt. Dies wird Aufgabe des noch vor Jahresschluss zu wählenden gemeinsamen Landtages sein. Es steht jedoch zweifellos fest, dass die Gemeinde auch nach Einverleibung dieser neuen Einnahmen Dutzende von Millionen für die gemeinsamen Anstalten: Steinhof, die Irrenanstalten und das Zentralkinderheim etc. zu leisten haben wird. Dem Ertrag nach an erster Stelle stehen die Zuschläge zu den direkten Steuern, die ohne jede Veränderung neben den bestehenden Gemeindeumlagen zur Einhebung kommen, wie dies ein Beschluss des niederösterreichischen Landtages vom Mai 1920 festgesetzt hat. Es ergibt sich also hieraus keine wie immer geartete stärkere Belastung der in Betracht kommenden Gruppen von Steuerträgern. Das Gleiche ist der Fall bei den Gemeindezuschlägen zu den staatlichen Gebühren von Totaliseur- und Buchmacherwetten. Immerhin wird aber Wien hieran einen kleinen Vorteil von rund 1/2 Millionen Kronen gegenüber dem bisherigen Zustand erzielen. Derzeit waren die Verhältnisse so, dass ganz Niederösterreich für Pferderennen ein Abgabengebiet dargestellt hat. Der Ertrag fiel zu 70% Wien und 30% Niederösterreich zu. Von 1. Jänner 1921 an wird Wien den Gesamtertrag aller Wiener Rennen, Niederösterreich den Gesamtertrag der auf seinem Gebiete veranstalteten Rennen, also vor allem in Kettingbrunn und Baden, erhalten. Wien schneidet dabei etwas besser ab als nach dem bisherigen Teilungsschlüssel. Von wesentlicher Bedeutung ist die Angliederung der bisherigen niederösterreichischen Lustbarkeitsabgabe. Hier ist das einfache Verfahren der Addition der beiderseitigen Abgabesätze deswegen/möglich, weil

des Landes Niederösterreich an und für sich in ihrem ganzen Aufbau mit dem Wiener Gesetz nicht übereinstimmt. Insbesondere kennzeichnet das Gesetz des Landes die Pauschalabgabe für Nachtlokale nicht. Ausserdem hat sich die Praxis der Einhebung mit den gesetzlich normierten Abgabesätzen beim Lande nicht gedeckt, sondern es war dem Landesrat freigegeben, Ermässigungen bis auf die Hälfte vorzunehmen und überdies war die Landesabgabe von vornherein ganz einheitlich mit 10% bemessen. Dabei war es ganz gleichgültig, ob es sich um ernste Theater- und Opernaufführungen, Kammermusikabende oder um Vorführungen in Rauchtheatern, Kinos oder Pferderennen gehandelt hat, während die Wiener Lustbarkeitsabgabe von 5% beginnt bis zu 30% gestaffelt ist, je nach der kulturellen Bedeutung der in Betracht kommenden Aufführung. Diesem Gesichtspunkt ist auch bei der Vereinigung dieser beiden Steuern nun Rechnung getragen worden und es ^{werden} künftig im Sinne des Stadtsenatsbeschlusses, der als Landesregierung gefasst wurde, folgende Abgabekategorien gelten: 1. Bei Theateraufführung mit ausschliesslich oder doch vorwiegend gesprochenem Wort, Rezitationsveranstaltungen, Opernaufführungen und Orchester- und Solistenkonzerte sowie Kammermusikabende, soweit die drei letztgenannten Veranstaltungen in Konzertsälen oder Theatergebäuden abgehalten werden, 10%, bisher 5% für die Gemeinde, 10% für das Land, was einer Ermässigung um 5% gleichkommt. 2. Bei öffentlichen Vorführungen und Wettbewerben mit Ausnahme von Pferderennen, da sind alle sportlichen Veranstaltungen, 15%, bisher 8% für die Gemeinde, 10% für das Land, ergibt eine Ermässigung um 3%. 3. Bei musikalischen Aufführungen wie Opern, Konzertakademien, Tanzaufführungen in Konzertsälen 20%, bisher für Gemeinde und Land je 10%. 4. Bei Vorführungen in Rauchtheatern sowie in sonstigen Theatern, in denen Speisen und alkoholische Getränke während der Vorstellung im Zuschauerraum verabreicht werden, bei Lichtbildervorführungen und bei Tanzunterhaltungen 30%, bisher für Wien 15, für das Land 10%, so dass eine Erhöhung im 5% eintritt. 5. Bei Pferderennen 40%, bisher für Wien 30, für das Land 10%. Nebender prozentuellen Abgabe hebt die Gemeinde Wien eine Pauschalabgabe von jenen Veranstaltungen ein, bei denen keine oder nur nominelle Eintrittspreise bestehen. Es sind dies alle Arten der öffentlichen Belustigungen, Vorführungen in Heurigschänken, Weinstuben, Gast- und Kaffeehäusern und Nachtlokalen jeder Art. Diese Pauschalabgabe wurde bisher in 15 Stufen beginnend mit 10 K bis 10.000 K für jede einzelne Veranstaltung je nach der Art und Leistungsfähigkeit der Besucher bemessen. Eine derartige Pauschalabgabe hat das Land Niederösterreich im Wiener Gemeindegebiet bisher nicht eingehoben sondern die nominellen Eintrittsgebühren, die in derartigen Lokalen in Form von Musik-

schutzmarken, Garderobegeldern bestehen besteuert. Die Gemeinde Wien vertritt den Standpunkt, dass diese Kleinen Preise als Eintrittspreise rechtlich nicht gelten und daran wird auch künftig festgehalten werden. Um aber einen entsprechenden Ersatz für diese Landeseinnahmen zu schaffen und auch den geldwertverhältnissen die sich seit einem halben Jahr eingestellt haben, Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, die Pauschalabgabe nicht wie bisher mit

10.000 K als Höchstgrenze, sondern Sätze anzufügen zu 12.000, 14.000, 16.000, 18.000, 20.000 und 25.000 K. Die Höchstgrenze wird also für jeden einzelnen Abend 25.000 K betragen und können für Unterhaltungen, die bis nach Mitternacht dauern, 50.000 K als Pauschalabgabe vorgeschrieben werden. Die gestellten Anträge wurden vom Stadtsenat ebenso wie am Montag vom Finanzausschuss gutgeheissen.

Silvester-Nachtverkehr der Wiener städtischen Straßenbahnen. Im Anschluß an den Abendverkehr vom 31. d.M. wird ein Silvesternachtverkehr auf den Hauptlinien der städtischen Straßenbahnen in der Weise zur Durchführung kommen, daß die letzten Züge vom Ring nach den Außenstrecken ungefähr um 2 Uhr nachts abgelassen werden. Auf den Zügen dieses Nachtverkehrs wird der Einheits-Nachtfahrpreis von 5 K. unterschiedlos für Erwachsene und Kinder eingehoben. Monats- und Halbjahreskarten sind gültig. Dagegen haben Streckenkarten oder im fahrplanmäßigen Verkehr des Vortages gelöste Fahrscheine auf den Nachtverkehrswagen keine Gültigkeit.

Die Straßen**bahn-**fahrpreise am 1. und 6. Jänner. Am Samstag, den 1. Jänner 1921 (Neujahrstag) gilt auf den städtischen Straßenbahnen der Sonntagsfahrpreis. Es sind daher an diesem Tage Früh-, Hin- und Rückfahrtscheine nicht gültig. Streckenkarten dagegen haben Gültigkeit. Am 6. Jänner k.J. (Feiertag) gilt der Werktagsfahrpreis, es sind daher sowohl die Früh-, Hin- und Rückfahrtscheine wie auch Streckenkarten gültig.

Abtransport russischer Kriegsgefangener. In nächster Zeit wird der Abtransport der noch in Oesterreich befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen stattfinden. Solche wollen sich daher ehestens in der „Russensiedlung Baumgarten“ (zunächst Baumgartner-Kasino) einfinden.

Kohlensausgabe im Jänner. Im Jänner werden auf einen ganzen Küchenbrand 7 kg Steinkohle (Koks) oder 10 kg Braunkohle, auf einen ganzen Zimmerbrand 3 kg Steinkohle (oder 4 kg Braunkohle), im Monat auf einen ganzen Gewerbebetriebs- und Heizbrand je 100 kg Steinkohle (Koks) oder 132 kg Braunkohle. Auf Grund der Bezugsscheine werden für Betrieb und Heizung die unter dem Buchstaben „B“ festgesetzten Monatsmengen abgegeben.

Das Notgeld der Gemeinde Wien. Die Laufzeit der gegenwärtig im Umlauf befindlichen 10, 20 und 50 Heller Notgeldscheine der Stadt Wien wird bis 31. Dezember 1921 verlängert. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der städtischen Hauptkassenzentrale jenes Notgeld der Gemeinde Wien, welches bereits wieder außer Kurs gesetzt wurde, wie die erste Emission von (blauem) 20 Hellerscheinen und die seinerzeit im Umlauf gewesene Notgeldserie von 5, 20, 50 und 100 Kronennoten käuflich zu haben sind.

Notars- und Rechtsanwaltsgehilfenversammlung. Der Magistrat hat die erste (konstituierende) Versammlung der Notargehilfen im Sprengel des n.ö. Notarkollegiums für Freitag, den 7. Jänner 1921 um 6 Uhr abends in den Sitzungssaal des Alten Rathauses und jene der Rechtsanwaltsgehilfen für Mittwoch, den 12. Jänner 1921 um die gleiche Stunde in die Volkshalle des Neuen Rathauses eingeladen.

Freie Arztstelle. Im Status der Ärzte des städtischen Gesundheitsamtes gelangen eine eventuell mehrere Sekundararztstellen vorläufig provisorisch zur Besetzung. Entsprechend belegte Gesuche bis 20. Jänner an das Gesundheitsamt.

Wien Mittwoch, den 29. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Die Jännergehälter der Gemeindeangestellten. Schon gelegentlich der Bewilligung der Weihnachtsverschüsse an die städtischen Angestellten wurde darauf hingewiesen, dass diese nur möglich ^{sein} ~~wären~~, wenn die für die Jännergehälter bestimmten Gelder herangezogen werden. Diese Verschüsse haben einen Betrag von ungefähr 30 Millionen Kronen erfordern. Es ist der Gemeinde tatsächlich nicht gelungen, in der Zwischenzeit trotz aller Bemühungen jene Summen herbeizuschaffen, die zur Auszahlung der Jännergehälter, die rund 80 Millionen betragen, erforderlich sind. Es musste daher heute den in Betracht kommenden Organisationen (Verband der städtischen Angestellten und Gewerkschaft der Angestellten der städtischen Unternehmungen) die Mitteilung gemacht werden, dass am 31. Dezember zunächst nur der halbe Jännergehalt zur Auszahlung kommen kann und dass die zweite Hälfte am 10. Jänner liquidiert werden würde. Die Vertreter der beiden Organisationen nahmen diese durch die Finanznot der Gemeinde begründete Verfügung zur Kenntnis. Es ist damit keine Beeinträchtigung der Angestellten verknüpft. Eine solche Teilung der Auszahlung, die übrigens auch beim Staate stattfindet war bis zum 1. Oktober d.J. auch bei der Gemeinde Gepflogenheit. Es wurde nämlich die gleitende Zulage, die seither in den Gehalt aufgegangen ist, stets erst am 15. jeden Monats flüssig gemacht. Das Gleiche ist übrigens gegenwärtig noch bei den Strassenbahnerinnen der Fall. Es ist indess Tatsache, dass in dieser nur sehr ungerne getroffenen Massnahme die überaus ernste finanzielle Lage der Gemeinde Wien, die wiederholt in aller Öffentlichkeit dargelegt wurde, ^{kennt} sinnfällig zum Ausdruck kam. Es geht daraus hervor, dass der Gemeinde unbedingt raschestens neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Wie heute im Bundesministerium

für Finanzen von den Gemeindevertretern geführten Verhandlungen hatten dies auch zum Ziele. Ein endgiltiges Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Vertreter der Gemeinde haben dem Finanzministerium eine Reihe von Steuerprojekten unterbreitet, die keine Belastung der breiten Massen bedeuten und nach Ansicht der Gemeindeverwaltung geeignet wären, eine gewisse Erleichterung in verhältnismässig kurzer Zeit zu bewirken. Das Bundesministerium hat seine abschliessende Stellungnahme für die ersten Jännertage zugesagt.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michu.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 30. Dezember 1920, Nr. 408.

Die Beethovenausstellung der Stadt Wien wurde bisher von 6532 Personen besucht, besonders zahlreich war der Besuch an den beiden Weihnachtsfeiertagen. Die Ausstellung, deren Dauer verläufig bis 16. Jänner 1921 in Aussicht genommen wurde, ist auch am Neujahrstage sowie Sonntag, dem 2. Jänner von 9 - 1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

WIENER GEMEINDERAT als LANDTAG.

Sitzung vom 30. Dezember 1920.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß nach den Bestimmungen der gemeinsamen Landesverfassung die Gemeinde Wien in diese 68 Delegierte nach dem Proportio zu wählen hat. Hiensch entfallen auf die sozialdemokratische Partei 42, auf die christlichsoziale 21, auf die tschechische 3, auf die deutschnationale 1 und auf die jüdischnationale 1 Delegierter.

Ueber Antrag des GR. Skaret (Sez. Dem.) wird die Wahl durch Zuruf vorgenommen und es werden gemäß der Vereinbarung der Parteien gewählt:

Von der sozialdemokratischen Partei: Dr. Max Adler, Johann Bauer, Josef Billmayer, Leopold Biner, Hugo Breitner, Fanni Da Rin, Josef Derbl, Georg Emmerling, Dr. Josef Karl Friedjung, Bertold Fuchs, Johann Gien, Anna Grünwald, Eberhard Haider, Johann Hartmann, Josef Heinzl, Albert Hummel, Josef Jaksch, Johann Janeczek, Johann Jiricek, Max Klein, Anton Kehl, Cäcilie Lipka, Adolf Müller, Rudolf Müller, Josef Paulik, Adolf von Pech, Johann Bötzler, Jakob Reumann, Paul Richter, Karl Seitz, Albert Sever, August Sigl, Dr. Julius Tandler, Franz Thema, Karl Velkert, Josef Wabitsch, Josef Wagner, Max Wagner, Karl Weh, Emil Weber, Laurenz Widhelz, Max Winter;

Von der christlichsozialen Partei: Franz Bittner, Wolfgang Dirnbacher, Karl Görner, Franz Hess, Ferdinand Krikawa, Franz Marounek, Anton Nagler, Dr. Anton Nepustil, Georg Philp, Josef Rain, Hans Rett, Karl Rummelhardt, Alesia Schirmer, Rudolf Selterer, Leopold Seiner, Josef Sturm, Franz Ullreich, Johanna Weiss, Johann Wolfbauer, Josef Welny, Franz Zimmerl;

Von der tschechischnationalen Partei: Johann Klimesch, Anton Machat und Bohumil Siretek;

Von der jüdischnationalen Partei: Dr. Robert Stricker;

Von der deutschnationalen Partei: Dr. Otto Luß.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Sez. Dem.) werden die vorgeschlagenen Entschädigungen der Abgeordneten der Kurie Stadt des Landtages von Niederösterreich genehmigt.

Abgeordn. Dr. Tandler (sez. Dem.) legt das Gesetz betreffend die Einhebung von Gebühren für die Kranken und Leichenbeförderung in Wien mit städtischen Kraftbetriebsmitteln vor und sagt, dasselbe solle den bisher bestandenen Uebelständen Abhilfe schaffen. Die einzelnen Paragraphen bezügern sich teils auf den Transport, teils auf die Transportverpflichtung und teils auf die Art und Weise wie die Beförderer dafür ihr Entgelt zu entrichten haben. Die Art und Weise wie das Entgelt eingefordert werden soll, sei in dem Gesetze nicht enthalten, sondern werde erst durch eine Verordnung auf Grund weiterer Verhandlungen im Ausschusse und im Stadtsenate beschlossen werden. Der § 7 ist insofern abzuändern als bei Krankenversicherungspflichtigen für die Restbeförderung der Beförderer nicht aufzukommen hat.

Abgeordneter Kunschak (chr. sez.): Wir hatten bereits in einer der letzten Gemeinderatssitzungen Gelegenheit uns mit diesem Gegenstande zu beschäftigen. StR. Dr. Tandler hatte damals die Lieblichkeit anzukündigen, daß die Angelegenheit in kürzester Weise im Gesetzwege geregelt werden wird. Und ich spreche ihm für die rasche Erledigung den Dank aus. Es schließt damit, das System Siegel ab, daß der Gemeinde wahrhaftig, trotz der kurzen Zeit seines Bestandes, nicht zur Ehre gereichte, sondern zur schweren Schädigung ihres Ansehens. Ich habe damals davon abgesehen auf bestimmte Verhältnisse zu verweisen. Muß es aber heute tun, mit Rücksicht auf das Verhalten dessen, der diese Zustände hervergerufen hat. Herr StR. Siegel hat in seiner Eigenschaft als Amtsführender einen Auftrag an die städtischen Sanitätsstationen hinausgegeben, wosach bei Krankentransporten von den Parteien Transportkostenentschädigungen zu leisten seien. Er hat sich nicht der Mühe unterzogen, zu überprüfen, ob ihm dazu überhaupt das Recht zusteht. Diese Frage kann aber lediglich durch einen Gesetzgebungsakt gelöst werden, aber nicht durch die Entscheidung eines amtsführenden Stadtrates.

Es liegt somit eine flagrante Gesetzesverletzung vor, aber auch eine Mißachtung der primitivsten Gesetze der Humanität, weil den ausführenden Organen keine bestimmten Weisungen erteilt, sondern die Durchführung einfach ihrem Ermessen anheimgestellt wurde. Gegen diese ausführenden Organe des Krankentransportdienstes wollen wir keine Anklage erheben, wohl aber gegen die Auftraggeber. Der Redner zählt dann einige Fälle auf, in denen armen Kranken, die nichts zahlen konnten, der Transport ins Spital verweigert wurde. In einem Falle handelte es sich um eine arme Hausgehilfin, die operiert werden musste, im zweiten Falle um einen ostgalizischen Flüchtling, einen Arbeiter; letzterer zahlte die verlangte Transportgebühr von 300 Kronen, reklamierte sie aber später und erhielt den Betrag von der Gemeinde rück erstattet, denn das Recht war auf seiner Seite. Zu der Unannehm-

lichkeit ist also noch eine Blamage der Gemeinde gekommen und ihr Ansehen schwer geschädigt worden (Rufe bei den Christlichsozialen: Eine schöne soziale Verwaltung, eine traurige Verwaltung! Pfui Siegel! Er hat halt eine Elefantenhaut!) Wir kommen auf diese Angelegenheit heute nochmals zurück, weil der Mann der das Gesetz gezeugt und verlegt, der zu diesen Akten brutaler Inhumanität Veranlassung gegeben nicht zur Einsicht gekommen ist, seine Fehler mit einigen entschuldigenden Worten einzugestehen. Er wagte gar nichts anderes zu sagen, als bei seinem Standpunkte stillschweigend zu verharren, dafür aber einem Gemeinderatskollegen durch bewusst unwahre Angaben zu verdächtigen. Wir stimmen für die Anträge des Referenten, weil sie sachlich vollständig fundiert und berechtigt sind, aber auch aus dem Grunde, weil die Annahme dieser Anträge in offener Landtagsitzung die Verurteilung eines Systems aussprechen, daß auf Gesetz und Fachkenntnis nicht aufgebaut erscheint, und weil damit das Urteil gesprochen wird über die Paschawirtschaft des StR. Siegel.

Der Referent weist in seinem Schlussworte darauf hin, dass die beklagten Uebelstände durch das neue Gesetz aus der Welt geschafft worden sind und dass die Art und Weise, in der nun die Handhabung des Gesetzes durchgeführt werden soll, eine solche ist, dass die Durchführung eine klaglose sein wird. Er bemerkt auch, dass die Einkassierung der Beträge ~~ausgeführt~~ durch die Behörden durchgeführt werden soll in der Weise, wie die Verpflegungskosten eingehoben werden, so dass die Organe, die den Transport durchführen mit der Einhebung der Geldbeträge nichts zu tun haben.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung zum Beschlusse erhoben.

GR. Ing. Schmidt (christl.-soz.) übernimmt den Vorsitz.

StR. Breitner (Sez. Dem.) referiert über die Gesetzesvorlage betreffend die Ergänzung der Lustbarkeitsabgabe in Wien, die Einhebung von Zuschlägen zu den festgesetzten staatlichen Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten und die Festsetzung der Landeszuschläge für das Jahr 1921. Er weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Wien und Niederösterreich Land, die am 31. in Kraft treten soll, es auch notwendig gewesen sei, die Steuern und Abgaben, die bisher vom Lande Niederösterreich eingehoben wurden, auf Wien zu übernehmen. Diese Auseinanderlegung der Steuern und Abgaben bedeuten für Wien eine Erleichterung, da nunmehr aus dem Wiener Steuergebiet nurmehr 70% gegenüber 82% bisher geschöpft werden sollen. Hierzu kommt noch, dass nicht alle Angelegenheiten gemeinsam bleiben, sondern ein Teil der Lasten Niederösterreich Land

tionen Kronen auf die Gemeinde Wien. Nach Abschluss der Steuervorlage bleiben noch Abgänge von rund 108 Millionen Kronen übrig.

Was die Zuschläge zu den direkten Steuern betrifft, so wird erst untersucht werden müssen, ob es möglich ist, eine Erhöhung dieser Zuschläge bei den Erwerbssteuern vorzunehmen. Der vorliegende Antrag geht dahin, die Zuschläge in der bisherigen Höhe ~~erhöhen~~ auch seitens der Gemeinde Wien einzuheben, so dass für die Steuerträger keine Änderung eintritt. Die Zuschläge betragen bei der Grundsteuer 100%, bei der Hauszinssteuer 28%, bei der 5% Steuer vom Ertrage Hauszinssteuer freier Gebäude 33%, bei der ^{allgemeinen} Erwerbssteuer I. Klasse 100%, II. Kl. 90%, III. Kl. 60% und IV. Kl. 40%, bei der Erwerbsteuer der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschusskassen 80%, bei der Erwerbsteuer von den übrigen Unternehmungen 120% und bei der Rentensteuer auf Grund von Bekenntnissen 100%. Das Gesetz soll mit 1. Jänner 1921 in Kraft treten.

Fallen wird. Hierzu gehört das Schulwesen auf dem flachen Lande. Hiefür sind Beträge, die in die Hunderte von Millionen gehen, notwendig. Dasselbe gilt bei der Erhaltung der Strassen, der ~~Exx~~ Durchführung von Bauarbeiten u. s. w. Wenn Wien auch die Unannehmlichkeit haben wird, Steuern zu ^{so} zahlen, die Wiener Bevölkerung dabei besser abschneiden. Wenn das Landesbudget von Niederösterreich in Gleichgewichte gewesen wäre, so würde dies sinnfällig in Erscheinung treten. Da aber auch das Land Niederösterreich sich mit Schulden fortgeholfen hat, so muss sich eben Wien jetzt irgendwie helfen. Es ist ein ungefähres Budget der gemeinsamen Ausgaben aufgestellt worden, das allerdings keine verbindliche Kraft hat, aber es hat sich gezeigt, dass heute ein Ausgabe von 500 Millionen Kronen, eine Einnahme, bestehend aus Verpflegungskosten etc. von 96 Millionen Kronen gegenübersteht, so dass ein Abgang von 404 Millionen Kronen entsteht. Hievon entfallen 70%, also ungefähr 280 Millionen Kronen. Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Lustbarkeitsabgabe. Da war es notwendig weiterzugreifen und den organischen Aufbau, den wir bezüglich dieser Abgaben haben, mit jenen Abgaben in Einklang zu bringen, die wir nunmehr einverleiben wollen. Man konnte die Ansätze nicht einfach addieren, weil der ganze Aufbau der Abgabe in einem Lande sich mit den in der Gemeinde nicht deckt. Bereits zweimal hat sich der Gemeinderat mit der Puschelabgabe beschäftigt. Demals ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß es eine große Ungerechtigkeit bedeuten würde, gerade jene Veranstaltungen von der Abgabepflicht zu befreien, die nicht mit geregelten Einkünften verbunden sind, sondern von dem Konsum an Speisen und Getränken abhängen. Wir haben auch den Standpunkt vertreten, daß es nicht möglich sei, jene neminellen Gebühren, die in diesen Lokalen eingehoben werden, als Musikerschutzzgebühren, Garderebegebühren und dgl. kleinere Leistungen als Grundlage der Bemessung zu nehmen und sich mit einigen Hellern zu begnügen, in Lokalen, wo der Nutzen an einem Abende

allein in die Tausende geht. Der Gedanke lag nahe, diese in der heutigen Zeit furchtbarer Not aufreizenden Betriebs, diese Schieberlekale einfach verschwinden zu machen, aber wir durften uns der Erwägung nicht verschließen, daß Verbote in solchen Zeiten gar keine Wirkung haben. Die Füge einer allgemeinen Sperrung dieser Lokale wäre nur, daß die Veranstaltungen in Privatwohnungen noch ~~ergienhafter~~ vor sich gehen und jede Kontrolle dadurch unmöglich gemacht werden würde. Deshalb haben wir uns nicht ^{wie} im Land begnügt. Mit der Besteuerung von diesen neminellen Abgaben begnügt, sonderngestalten die Staffelung weiter aus, weil seit der letzten Beschlussfassung des Gemeinderates 6 Monate verfließen sind und seither der Geldwert sich gewaltig geändert hat. Demgemäß schlagen wir Ansätze von 12.000, 14.000, 18.000, 20.000 und 25.000 Kronen vor, was nach den bisherigen ~~Exx~~ Erfahrungen noch weitere Möglichkeiten der Besteuerung bietet. Diese Sätze gelten nur für Veranstaltungen, die bis Mitternacht dauern, der Abgabesatz verdoppelt sich automatisch in dem Augenblicke, wenn bei der Veranstaltung die 12. Stunde überschritten wird. Der Referent hebt dann hervor, daß das System der freien Ermächtigung aufgegeben wurde, weil kein Unternehmer wissen würde, was er als Grundlage der Bemessung anzunehmen habe. Deshalb sollen Veranstaltungen, die berücksichtigungswert ~~ye~~ erscheinen, weniger belastet, die anderen jedoch stärker zur Abgabe herangezogen werden. Theateraufführungen, ~~Exx~~ die sich auf Schauspieldarstellung beziehen, Opernvorstellungen, Kammermusikabende, Selbstenverführungen werden mit insgesamt 10%, öffentliche Verführungen und Wettbewerbe, also sportliche Veranstaltungen mit 15% besteuert, während sie bei der einfachen Addition der Landes- und Gemeindegabesätze mit 18% belastet würden. Hingegen schien es uns nicht notwendig ein solches Vorgehen bei Operetten, Tanzaufführungen einzuhalten; hier ist ein Abgabensatz von 20% vorgesehen. Bei Rauchtavernen, Lichtbilderverführungen und Tanzveranstaltungen soll an Stelle der 25% eine Erhöhung auf 30% treten, weil nach den gewonnenen Erfahrungen dieser höherer Abgabesatz von den Unternehmern durch aus getragen werden kann. Die Pferderennen sollen den verhältnismäßig hohen Abgabesatz von 40% aufbringen. Die Zuschläge zu den staatlichen Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sind in einem ganz bestimmten ~~zusammense~~ festgesetzt. Bisher hat das gesamte Land Niederösterreich bezüglich der Wettrennen ein einheitliches Steuergebiet gebildet und die einlaufenden Steuern wurden zwischen Wien und dem Lande, wie 70:30 geteilt. Künftig werden auf Wien jene Erträgnisse fallen, die aus Wiener Veranstaltungen erfließen und das Land erhält die Erträgnisse der Rennen von Baden und Kettwibrunn. Das Erträgnis aller dieser Steuergruppen würde zirka 103 1/2 Millionen Kronen ausmachen.

GR. Angeli (christlichsozial) ersucht den Referenten, dass bei

Einhebung der Lustbarkeitssteuer die landsmannschaftlichen Vereine, die die Aufgabe haben, ihre bedürftigen Landsleute zu unterstützen, sowie die Invalidenvereine Berücksichtigung finden.

GR. Schmitt (christlichsozial) sagt, es bestehe zwischen der Anschauung des Referenten und seines Parteigenossen des Abgeordneten Dr. Austerlitz bezüglich der Rennen ein Meinungsunterschied. Wenn Abgeordneter Austerlitz habe erklärt, die Totalisatorsteuer müsse erhöht oder das Wettrennen und das Wettren bei den Rennen verboten werden. Hingegen habe sich Str. Breilner der Ansicht der Christlichsozialen Kellmann und Genossen angeschlossen, dass nicht

die Höhe des Ansatzes der Steuer, sondern das Erträgnis der Steuer das Wichtigste sei. Damit sei eine demagogische Champagne, die von der sozialdemokratischen Partei gegen die Christlichsozialen geführt wurde entlarvt werden.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Str. Breilner sagt (seiner dem) sagt, dass den humanitären Verhältnissen stets das größte Entgegenkommen beizubehalten sei, und dass tatsächlich bisher kein solcher Verein den Rekursweg betreten habe.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 30. Dezember 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Louis Hollweg in Indianapolis (Amerika) als Notstands spende 1 Million Kronen.

Der Bürgermeister von Buenos Aires für notleidende Kinder und andere Notleidende Wiens 500.000 K.

Norwegische Magistratsfunktionäre zur Verteilung unter die Berufskollegen in Wien 293.328 K.

George Rad in Nord-Melbourne (Australien) für die hungernden Kinder Wiens und der nächsten Umgebung 25 Pfund Sterling.

Die „Fernhilfe Rotkreuz“ für Weihnachtsbescherungszwecke 42.000 K.

Dr. Jakob Biach zur Unterstützung armer durch den Krieg in Notlage geratener Döblinger 15.000 K.

Der deutsche Unterstützungsbund in Milwaukee (Amerika) zur Unterstützung einiger Bedürftiger Wiens 11.800 K.

Der Bundesminister für Volksernährung aus einer amerikanischen Spende für die Frauenhilfsaktion der Gemeinde Wien 10.000 K.

Alfred Löwy, Berlin, für die Wiener Kinder als Weihnachtsgabe das Ergebnis einer Sammlung im Betrage von 2.793 Mark 50 Pfg.

Ein ungenannt sein wollender rumänischer Patient des Wiener Cottagesanatoriums zu Gunsten notleidender Wiener Kinder ohne Unterschied der Konfession 5000 K.

Paul Pelz, Oberdirektor der bayrischen Sprengstoffwerke und chemischen Fabriken A.G. in Nürnberg für bedürftige Wiener Kinder 3000 K.

Gustav Ziegler, Fabriksinhaber, XIII., für arme Kinder 1000 K

Herr Arnberger, I., Tuchlauben und Frau und Herr Adametz, I., für die Armen des I. Bezirkes je 1000 K.

Siegfried Franz Weil für die Errichtung eines Krematoriums in Wien 1000 K.

Ein ungenannt sein wollender Wohltäter mit dem Decknamen „Wilhelm“ der allgemeinen Knaben Volksschule X., Quellenstraße 53, 130 Paar Schuhe; der allgemeinen Knaben Volksschule XX., Leystraße 34, 210 Paar Schuhe; ferner jeder dieser beiden Schulen 4000 K für Schuhreparaturen.

Anlässlich ihrer Ziviltrauung spendeten zu Gunsten der Armen Wiens: Ing. Siegfried Rumpfer 1000 K, Alexander Liechtenstern 300K und Hermann Josef Jakebevic 100 K.

Ein armes Schweizer Kind für ein armes Wiener Kind 300 K Lucia Barth, Wien, für die Wiener Kinder 200 K.

Ein Einwohner der Stadt Celen und der Kanalzone (Republik Panama) durch die Wiener Hilfsstelle zur Linderung der Not unter den hungernden Kinder Wiens 20 Lebensmittelanweisungen im Gesamtwerte von 1000 Dollar.

Zur Bestellung der städtischen Kinderfürsorgeanstalten der Jugendschriftenverlag Karl Kenegon 4.500, die Firma Gerlach und Wiedling 750 und der Schulbuchverlag 262 Jugendschriften.

Das Damenwohltätigkeitskomitee in Chile dem VI. und VII. städt. Waisenhaus 20 Kisten à 248 Dosen Kondensmilch.

Die Gesellschaft der Freunde dem 6. und 7. städt. Waisenhaus als Weihnachtsgeschenk 15 Gesellschaftsspiele.

Das Komitee der Wohltätigkeitsveranstaltung im Korse-Theater in Zürich den Reingewinn einer Veranstaltung im Betrage von 43.531F mit der Widmung die eine Hälfte 20 bedürftigen christlichen Waisenkindern in Sparkassebüchern anzulegen die andere Hälfte zu gleichen Teilen dem Kreisinspiz Rudolfkinderspital, dem St. Annakinderspital und dem St. Josefskinderspital zuzuwenden.

Josef Woerndle in Portland für wohltätige Zwecke 100.000 K.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß die Geschäftsstücke 1 und 2 der Tagesordnung, weil hierzu keine Wortmeldung vorliegt, als angenommen gelten und daß das Geschäftsstück 19 von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Hierauf wird an Stelle des ausgeschiedenen GR. Dr. Odehnal GR. Rotter als Mitglied in dem Verwaltungsausschuß der Gemeinde Wien - städtische Versicherungsanstalt gewählt.

Der Bürgermeister teilt weiter mit, daß ein Dringlichkeitsantrag Rummelhardt's und ein Dringlichkeitsantrag Vaugoin vor Schluß der Sitzung zur Verhandlung kommen.

Referent GR. Schneider (Soz.-Dem.): Der Verkauf von drei alten Personenkraftwagen um 500.000 Kronen an Hans Siebert und die Anschaffung eines neuen kleinen Dienstkraftwagens um 420.000 Kronen von den Adlerkraftwerken wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) beantragt für die bauliche Umänderung der in treuhändiger Verwaltung der Gemeinde stehenden Gebäude in der Steinhauergasse in Meidling für die Zwecke einer städtischen Heizwerkstätte und für die Uebersiedlung dieser Heizwerkstätte in die Baulichkeiten ~~mit~~ einen Kredit von 250.000 Kronen zu bewilligen.

GR. Müller (christl.-soz.) ersucht den Referenten dafür zu sorgen, dass dieser Platz späterhin wieder seinen ursprünglichen Zweck als ~~öffentliche~~ öffentliche Parkanlage zugeführt werde.

Der Referent entgegnet, dass eine solche Umänderung gewaltige Kosten verursachen würde. Bei der Berechnung über die gärtnerische Ausgestaltung von Gründen auf der Schmelz habe sich ergeben, dass ein einziger Baum 10.000 Kronen kosten würde. Die Gemeinde könne also unter den gegebenen Verhältnissen leider an die Neuanlage von ~~grünen~~ grünen Plätzen nicht denken.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Für den Uebau der Floridsdorfer Brücke wird der bereits bewilligte Vorschuss von 5.61 Millionen Kronen auf 6.5 Millionen Kronen an die Donau-Regulierungskommission erhöht, vorausgesetzt, dass auch das Land und der Staat den gleichen Vorschuss zu leisten sich verpflichten.
Str. Siegel (Soz.-Dem.) über die Bewilligung eines Kredites von 2,174.000 Kronen für die Ausgaben zur Bespannung der Schneepflüge anlässlich des letzten Schneefalles.
GR. Grünbeck (Christlichsozial) bemängelt, dass die Schneepflüge nicht zu r rechten Zeit, sondern zu spät in den Dienst gestellt wurden. Dies sei eine schlechte Verwaltung, denn man wolle sparen, wenges nicht am Platze ist.

GR. Paulitschke (christlichsozial) bezeichnet es als ~~interessant~~ interessant, dass im Budget überhaupt kein Betrag für Reinigung der Straßen bei einem eventuellen Schneefall vorgesehen sei. Es sei überhaupt in dem kaiserlichen Bezirke kein Schneepflug zu sehen gewesen und Leute seien auch zur Reinigung der Strasse nicht aufgenommen worden.
Der Referent gibt in seinem Schlussworte zu, dass die Reinigung der Strassen anlässlich des Schneefalles viel zu wünschen übrig liege, dass man aber dabei bedenken müsse, dass man nicht zur Zeit Inneers lebe, wo es in Strassenarbeit 2.85 K pro Tag bei 10 stündiger Arbeitszeit, der heute 115 K bei achtstündiger

tem Krankenverpflegungskosten auch das Krankengeld erhöht werden müsse. Doch solle das Statut in dieser Hinsicht geändert werden. Ferner wird stellt Redner den Antrag, daß die Spitaltransportkosten für Hausgehilfen von der Hausgehilfenkrankenkasse zu tragen seien, und dass die Gemeinde Wien mit den Krankenkassen unterhandeln cheste eine Vereinbarung über die Höhe der zu leistenden Beiträge für den Transport in die Spitäler festzustellen.

GR. Kaunitz (Soz. Dem.) wendet sich gegen die Bezeichnung "Hausgehilfen-Krankenkasse", die falsch sei, da es sich ja lediglich um eine Spitalkostenversicherung für die Dienstgeber handle. Die Art dieser Krankenversicherung sei für kranke Hausgehilfen kein genügender Schutz. In vielen Familien werden kranke Hausge-

hilfen sehr stiefmütterlich behandelt, man trachte sich, ihrer so rasch wie möglich zu entledigen und es könne häufig vorkommen, dass wegen des Ersatzes der Spitalkosten, zu denen Dienstgeber, die nicht die Versicherungsgebühr leisten, herangezogen werden. Präsenz geführt werden. Besonders traurig sei es aber, wenn ein Hausgehilfe infolge eines Unglücks habe, an einem ansteckenden Geschlechtsleiden zu erkranken. Der Dienstgeber habe in diesem Falle das Recht der sofortigen Entlassung, im Spital findet die Kranke keine Aufnahme und es kann es, dass solche bedauerenswerte Geschöpfe ihr Leben verheimlichen und einen neuen Dienstplatz aufsuchen, wo sie dann ihre Umgebung gefährden. Der Gemeinderat möge an den kompetenten Stellen vorstellig werden, dass die

Umbaues hätte aber wohl eine andere Form gefunden werden können, nicht aber die Wiedereinführung des längst veralteten Maudsystems. (Abgeordneter Eldersch Soz. Dem.: Sehr richtig!) Eine Umlage dürfe nicht einem Teile der Bevölkerung auferlegt werden, sondern müsse alle gleichmäßig treffen. (GR. Eldersch: Sehr richtig!) Aus diesen schwerwiegenden Bedenken müsse sich Redner gegen den Antrag aussprechen.

GR. Biber (chr. soz.) macht ähnliche Argumente geltend. Während seiner Rede begibt sich VB. Ehammerling zu ihm und teilt ihm mit, daß die Mehrheit sich entschlossen habe, den Akt von der Tagesordnung abzusetzen. Der Redner bricht infolgedessen seine weiteren Ausführungen ab und bemerkt, er behalte sich eine weitere Kritik des Gegenstandes gelegentlich der neuerlichen Beratung vor.

Der Vorsitzende Bgm. Reumann gibt darauf bekannt, daß der Akt der Tagesordnung abgesetzt werde. (Bravorufe bei der Minorität.)

GR. Schmidt Karl (Soz. Dem.) berichtet über die Erweiterung der städtischen Strandbäder und beantragt für die Vernehrung von Umkleide-Kästen und die Herstellung von Schutzdächern am Gänsehüfel 200.000 K, für Anschüttungsarbeiten im Strandbad Alte Donau 24.000 K für die Erweiterung des Strandbades Mühlschüttel 60.000 K und für die Verlegung des Strandbades bei der Schlachthausbrücke zur Aspernbrücke 46.000 K zu genehmigen.

GR. Angeli (chr. soz.) wünscht, daß die Ausgestaltung der Sommerbäder etwas rascher vor sich gehe und daß insbesondere bei der Erweiterung des Gänsehüfels der Platz, wo die ehemalige Kindererholungsstätte mit einbezogen werden. Er spricht sich auch für die Errichtung von Luft- und Sonnenbädern in den westlichen Bezirken aus.

Der Referent sagt, in seinem Schlußwort, daß den Anregungen des

GR. Angeli zum Teil schon entsprochen wird und daß auch der erwähnte Platz am Gänsehüfel in die Erweiterung einbezogen ist, daß aber die Badeverwaltung meint, daß sie nicht bis zum Beginn des nächsten Betriebjahres fertig werden würde. Selbstverständlich sei der Referent und seine Partei für die Errichtung von Luft- und Sonnenbädern im Interesse der Volksgesundheit.

StR. Grünwald (Soz. Dem.) berichtet über die Festsetzung des Jahrestbeitrag für 1921 für die Hausgehilfenkrankenkasse in der Höhe von 100 K für jeden angemeldeten Hausgehilfen. Ferner behält sich die Gemeinde vor für den Fall einer Erhöhung der Spitalverpflegskosten im Laufe des Jahres eine weitere Erhöhung vorzunehmen.

GR. Wieloch (chr. soz.) weist darauf hin, daß es statutenwidrig sei, während des Jahres Erhöhungen des Krankengeldes vorzunehmen. Es gehe daher nicht an, dass nur jene Versicherungspflichtigen für das Jahr 1921 aufgenommen werden, die die 35 K für 1920, nachbezahlt haben. Es werde sich niemand der Einsicht verschließen, daß bei erhöh-

Arbeitszeit kostet, und dass innerhalb der Zeit des Schneesfalles für die notwendigste Wegräumung desselben eine Ausgabe von 10 Millionen Kronen gemacht wurde. Schuld daran, dass die Reinigung der Strassen nicht so durchgeführt wurde, wie sie hätte durchgeführt werden sollen, ist auch die schlechte Beschaffenheit des Pflasters in ganz Wien. Auch bei der Strassenreinigung komme eben die Arbeit der Stadt Wien zum Ausdruck und wenn heute um das Rathaus herum noch die Schneehaufen liegen, so ist dies ein Zeichen dafür, dass man jetzt nicht wie früher den noblen Herrn spielen könne.

GR. Grünbeck (christlichsozial) berichtet tatsächlich, dass er es bemängelt habe, dass die Schneepflüge zu spät ausgefahren seien.

Bei der Abstimmung wird der Kredit bewilligt.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Bedeckung des Mehrerfordernisses für den Umbau der Floridsdorfer Brücke, und sagt: Im Zuge der Verhandlungen ist im Schoße der Donau-Regulierungskommission die Idee aufgetaucht, zur Bedeckung des Erfordernisses eine Maut einzuführen. Wenn heute ~~xxx~~ Vorschlag gemacht wird, ist das keineswegs eine Sache, die allgemein oder nicht einmal teilweise Beifall findet. Wir sind uns bewusst, dass das ein Rückschlag ist, und dass der Begriff Maut als etwas Antiquiertes anmutet. Dass man aber angesichts des Umstandes, dass die Gemeinde nicht instande ist, dass auf sie entfallende Drittel der Kosten aufzubringen, und auch beim Staate und ebenso beim Lande die Möglichkeit dazu fehlt, zu diesem Mittel greifen muss, um die Brücke fertig zu stellen. Die Kosten werden sich auf zirka 100 Millionen stellen. Es wird der Vorschlag gemacht, die Maut nur für Fuhrwerke einzuhoben, wobei das Fuhrwerk des Staates, Landes und der Gemeinde Wien einschliesslich der Strassenbahn ausgenommen ist. Ebenso die Fuhrwerke der Feuerwehr, Rettungsgesellschaft und kleinere Fuhrwerke mit Hundebespannung, Motorräder u. dgl. Es wurde vereinbart, dass für jedes Zugtier 4 Kronen und für jedes mit Motor betriebenes Fuhrwerk 20 Kronen als Maut festgesetzt werden, wobei die Finanztechniker ausgerechnet haben, dass für die Verzinsung und Amortisierung des Bankkapitales 15 Jahre notwendig sein werden. In Zusammenhang darauf möchte ich verweisen, dass die namhaften Industrien, die wir in Floridsdorf haben, eine Eingabe an die Gemeinde Wien richteten, wo sie über den Zustand der Floridsdorfer Brücke Klage führen und dass ihnen für den Fall der Sperrung der Brücke ausserordentliche Auslagen erwachsen würden. Wir haben die Industriellen zu einer Sitzung eingeladen und erhielten ihre Zustimmung zur Einhebung der Mautgebühren. Auf diese Art werden wir die Brücke in 2 Jahren vollständig fertig dem Verkehre übergeben.

VB. Hoss erklärt, die Fertigstellung der Brücke sei für den 21. Bezirk zweifellos ein Lebensbedürfnis, für die Finanzierung des

Löbliche Redaktion!

Am Schlusse des Landtagsberichtes ist der Satz weggeblieben, dass die Steuergesetze in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen wurden.

Am Zweiten Bogen, erste Spalte ist eine Verhebung entstanden. Das schon durch den hineingerückten Text kenntliche Stück gehört an den Schluss des ersten Bogens.

+ + +

Krankenversicherungspflicht der Hausgehilfinnen möglichst bald in Kraft treten. Nur dann, wenn die Dienstgeber verpflichtet werden, ihre Hausgehilfinnen bei einer kräftigen Krankenkassa zu versichern, werden sie im Krankheitsfalle auf ausreichende Pflege und Behandlung rechnen können.

GR. Rummelhardt (christlichsozial) protestiert gegen die Behauptung der Verrednerin, dass die Dienstgeber im allgemeinen gegen ihre Hausgehilfinnen herzlos verfahren. Im bedenständigen Wiener Familien kommt das nicht vor, da wird die Hausgehilfin einfach wie das Kind im Hause behandelt. Gegen "ausgehilfinnen, die an Geschlechtsleiden erkrankten, müsse sich jede Familie selbstverständlich schützen und es sei nur durchaus begründlich, wenn in solchen Fällen mit der seifigen Entlassung vergegangen wird. Im uebrigen seien die Dienstmädchen-Organisationen mit Erfolg bemüht, die Interessen der "ausgehilfinnen kräftig zu wahren.

GRin Wesniczak (Sez.-Dem.) entgegnet, Herr Rummelhardt habe sie falsch verstanden, sie habe durchaus nichts gegen die Entlassung eines geschlechtskranken Mädchens einzuwenden, zumal diese im Gesetz begründet sei, sondern nur, dass ein solches Mädchen nach der Entlassung gänzlich ohne Schutz dastehe.

StR. Dr. Tandler (Sez.-Dem.) betont, dass es weder eine Schande noch eine Angelegenheit der Unterhaltung sein kann, wenn irgendeine Person geschlechtskrank wird. Die GRin. Wesniczak hat sich auch nicht darüber beschwert, dass diese Person entlassen wurde, sondern darüber, dass für die keine Heilungsmöglichkeit besteht. Alle haben ein Interesse daran nicht von einer Infektionskranken angesteckt zu werden. Wenn eine solche Person im Dienste nicht bleiben kann, so ist die vernünftigste Behandlung die Spitalsbehandlung, aber schon vor dem Kriege konnten nicht alle Infektionsfälle behandelt werden und der Krieg hat die Net an Spitalsbetten noch vermehrt. Darin liegt eben das Problem. Die Sache steht nun so, dass die Kranke in einem Spital nicht unterkommt, am Dienstert kann sie nicht bleiben und so kommt sie vielleicht an einen anderen Ort. Sow ird auf der einen Seite die Familie geschützt, auf der anderen Seite/gefährdet. Es muß daher verlangt werden, dass eine

Infektionskranken Person auch wirklich Unterkunft in einer Heilstätte findet.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) weist darauf hin, dass es Sache der Gemeinde sei, aufklärend über das Wesen der Geschlechtskranken die Bevölkerung aufzuklären, dass xxx die Gemeinde einerseits mit der Bedeutung der Verbeugungsmittel und der Einleitung der Erkrankung und der Aufklärung über die Folgen der Krankheit in Wert und Schrift tätig sein solle.

Der Referent weist in seinem Schlußworte darauf hin, dass eine obligatorische Nachzahlung des Beitrages für die Hausgehilfinnenkrankenkassa für das Jahr 1920 nicht bestehe und empfiehlt die Anträge der GRin. Wielsch der geschäftserdnungsmässigen Behandlung. Bezüglich der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betont der Referent, dass die Krankenkassen vieles in dieser Richtung tun.

GRin. Wielsch berichtet tatsächlich, dass an einzelne Bezirke Weisungen der Hauptkasse hinausgegangen seien mit dem Auftrage, die Aufnahme in die Hausgehilfenkrankenkassa zu verweigern, wenn die Nachzahlung des Beitrages für 1920 nicht geleistet wird.

Der Referent teilt mit, dass Direktor Hefer erklärt habe, dass eine Nachzahlung nicht obligatorisch sei und keine wie immer gartete Abhängigmachung in dieser Richtung besteht.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der GRin. Wielsch der geschäftserdnungsmässigen Behandlung zugewiesen; der Referentenantrag wird angenommen.

Vize-Bgm. Hess übernimmt den Vorsitz.

GR. Grünwald (Sez.-Dem.) berichtet über die Errichtung eines Berufsberatungsaemes der Gemeinde Wien, und führt aus: man ist zur Erkenntnis gelangt, dass es nicht dazu dienen könne, dem Gewerbe den nötigen Zuzug zu bringen, wenn man es dem Zufall überlasse, zu welchem Gewerbe das Mädchen oder der junge Mann komme, sondern wenn die Beratung nach der Gesundheit, den geistigen Fähigkeiten, der Verliebe zu einem Gewerbe ujs.w. erfolgt. In Deutschland bestehen bereits 451 solcher Berufsaemter. Diese sind zumelst Kommunalaemter. Bei uns in Oesterreich bestehen bisher in Linz und Graz solche Aemter und in Wiener Neustadt ist ein solches in Bildung begriffen. Bei uns in Wien wurde die Berufsberatung bisher bis zu einem gewissen Grade gepflegt und zwar mehr von privater Seite. Aber all diese Versuche sind hinter den gestellten Erwartungen zurückgeblieben. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, weil ihnen die amtliche Auetrität gefehlt hat. Die Berufsberatung muss in Angriff genommen werden, bevor der Junge oder das Mädchen einen Beruf ergriffen haben, solange sie noch in die Schule gehen. Die Berufsberatung muss auch mit einer Lehrstellenvermittlung im Zusammenhange stehen. Wir denken daran, dass Arbeiterfürsorgeamt, dessen eigentliche Aufgabe immer mehr in den Hintergrund treten mit der Durchführung

dieser Berufsberatungstelle zu betrauen. Es wurde auch davon gesprochen Lehrlingsheime zu schaffen, dies wäre ganz zweckmässig, doch mit grossen Kosten verbunden und daher bei der gegenwärtigen finanziellen Lage der Stadt Wien nicht durchführbar. Gegenwärtig handelt es sich um den prinzipiellen Beschluss, das Arbeiterfürsorgeamt zu beauftragen, die Verarbeiten für das Berufsberatungsaemt durchzuführen.

GR. Koppesstein (christlichsozial) beschäftigt sich eingehend mit der Vorlage und übt an den Einzelheiten Kritik.

GR. Thaller (Soz.-Dem.) gibt seiner Genugtuung Ausdruck, dass eine so wichtige Frage in verhältnismässig kurzer Zeit aus dem Stadium der Vorberatung herausgetreten sei.

StR. Rummelhardt (chr.-soz.) sagt, dass die ganze Vorlage schon unter Bgm. Weiskirchner die Gemeinde beschäftigt habe und bemängelt eingehend verschiedene Punkte der Vorlage.

Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) meint, dass es gleichgültig sei, ob unter der jetzigen oder der früheren Mehrheit die Vorlage zur Durchführung komme. Er bemängelt, dass dem Arzte bei der Berufsberatung immer eine Nebenrolle zukomme und betont, dass nur mit Zuziehung der Aerzte eine Berufsberatung wirklich stattfinden könne. Er meint auch, dass man dahin wirken solle, dass die Jugend davor gewarnt werde die Berufe der geistigen Hungerleider zu ergreifen.

GR. Körber (chr.-soz.) sagt, dass das Referat alles vermissen lasse, was darauf hinweise was schon früher geschehen sei. Hiefür zeuge das Gebäude des Fortbildungsschulrates in der Mollardgasse. Er meint auch, dass man den Lehrlingen sagen müsse, dass sie Obliegenheiten haben und wendet sich dagegen, dass die Lehrlinge Vereine und politische Vereinigungen bilden können.

GR. Preyer (chr.-soz.) begrüsst das Referat und stellt fest, dass die christlichen Arbeiter schon seit Jahren die Angelegenheit verfolgt und verlangt haben, dass die Lehrlinge vor der Berufswahl ärztlich untersucht werden sollen. Seinerzeit hat man ihnen den Vorwurf der Rekrutierungen der Lehrlinge gemacht. Das Berufsberatungsamt müsse aber von jedem politischen Einfluss frei gehalten werden.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten werden die Anträge genehmigt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zu dem Referaten 8, 9, 10, 11, 13, 14 und 15 niemand zum Worte gemeldet ist, dieselben daher als angenommen gelten.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass ein Dringlichkeitsantrag des GR. Rummelhardt (chr.-soz.) eingebracht sei, wegen der Teilzahlung der Bezüge der städtischen Angestellten und bemerkt: Ich glaube, dass die dringliche Behandlung dieses Antrages dadurch entbehrlich wird, wenn ich dem Gemeinderate folgende Mitteilungen mache: Die Nachrichten, die durch die Rathauskorrespondenzverlautbart wurden, sind richtig. Infolge der Geldknappheit, die ja schon anlässlich des Weihnachtsvorschusses betont wurde,

kann am 31. Dezember nur die Hälfte der Monatsbezüge ausbezahlt werden. Jedoch ist gleichzeitig die Weisung ergangen, dass die zweite Hälfte der Bezüge am 10. Jänner ausbezahlt wird. Die Angestellten können also in dieser Hinsicht beruhigt sein. Ich weise übrigens darauf hin, dass auch beim Staate die Jännerbezüge am 31. Dezember und 10. Jänner geteilt ausgezahlt werden.

Der Angestellter verzichtet nach dieser Erklärung auf die dringliche Behandlung seines Antrages.

GR. Langin (chr.-soz.) erhält das Wort zur Begründung eines Dringlichkeitsantrages wegen der vertragsmässigen Anstellung eines Ingenieurs zur Leitung der städtischen Autoreparaturwerkstätte gegen dessen Anstellung sich die Personalvertretung ausgesprochen habe, da ohnedies genug Ingenieure des Stadtbauamtes anderweitig verwendet werden müssen.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wird abgelehnt.

Bgm. Reumann dankt allen Damen und Herren des Gemeinderates die in so aufopfernder Weise im Dienste der Gemeinde sich betätigt haben, den Bezirksvorstehern, den Mitgliedern der Bezirksvertretungen, den Beamten und Angestellten der Stadt Wien, welche ihre ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde gestellt haben, auch seinen engeren Mitarbeitern, den Herren im Präsidium, den antretenden Stadträten und den Mitgliedern des Stadtsenates. Auch der Bevölkerung spricht der Bürgermeister seinen Dank aus dafür, dass sie in den abgelaufenen Jahre so standhaft mit den schwersten Widerwärtigkeiten gekämpft hat und er hofft, dass sich die Verhältnisse im kommenden Jahre bessern werden und dass alles aufgewendet werden wird, damit das erreicht wird, was die Bevölkerung Wiens so sehnlich wünscht, dass die Produktion in die Wege geleitet werden kann und die Mittelbereitzustellen werden, damit die Bedingungen für eine erweiterte Produktion gegeben werden, damit die Stadt Wien aus eigener Kraft ihre Lage verbessern kann. Der Bürgermeister entbietet allen Mitgliedern des Gemeinderates die besten Wünsche zum Neuen Jahre.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

WIENER HAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: Franz Mische

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 31. Dezember 1920, Nr. 40

Geldausgabe. Vom 2. bis 8. Jänner 1921 werden bei den öffentlichen Margarineabgabestellen pro Person 2 kg Gelbes Fett zu einem Preis von K 15.98 gegen Abtrennung des Abschnittes Nr. 22 der Fettkarteite ausgegeben. Organisierte Verbräucher erhalten 2 kg Margarine zum Preise von K 15.58. Wege, Produktionserschwerungen wird sich die Fettabgabe der auf den Wochenmarkt zu Beginn nächster Woche ergeben.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 31. Dezember 1920, Nr. 40

Maisgrieß für Mindestbemittelte. In der 158. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Person 1/8 kg Maisgrieß zum Preise von K 2.50 gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ in den Geschäften der Großschlachtereien an folgenden Tagen: Dienstag, den 4. Jänner 1921 für A - F, Donnerstag, den 6. für G - K, Samstag, den 8. für L - R und Montag, den 10. Jänner für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Maisgrieß und zwar an die ersteren zum Preise von K 2.50, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags wie zu einer Sitzung zusammen.

Wiens Gesundheitsverhältnisse im November. Die Infektionskrankheiten wiesen im November eine der Jahreszeit entsprechende Verbreitung auf. Die Zunahme des Scharlachs mit zirka 50 Fällen steht eine fast ebenso große Abnahme der Diphtherie gegenüber. Auch Bauchtyphus und Ruhr sind zurückgegangen. Die Sterblichkeit hat eine Zunahme gegen den Monat Oktober aufgewiesen und war auch relativ im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch, wenn dabei nur die einheimische Bevölkerung in Betracht gezogen wird. Abgesehen vom November 1918, wo die Grippe-Epidemie in Wien herrschte hat die Wiener Bevölkerung seit Jahrzehnten keine so hohe Sterblichkeit aufgewiesen als im Berichtsmonat. Schon seit drei Monaten fiel die größte Zahl der Todesfälle nicht mehr auf die Tuberkulose, sondern auf die Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße.

das die Sterblichkeit in den höheren Altersstufen wesentlich zugenommen hat. Im ganzen starben 2.367 Personen, das sind um 148 Personen mehr als im Oktober. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane.

Das Vergehen gegen den Warenwucher und die Freistreiberei. Das Bundesministerium für Volksernährung hat in einem Erlass angeordnet, daß die Bekämpfung aller Formen von Preistreiberei und Warenwucher mit der größten Energie einzusetzen habe. Ganz besondere Aufmerksamkeit soll auf die Preisanschriften in den Schaufenstern und darauf gelegt werden, daß nicht Bedarfsgegenstände als Luxusware deklariert werden. Es soll auch die Verheimlichung und Zurückhaltung der Ware zum Zwecke der Erzielung höherer Preise mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert und in schärfster Weise geahndet werden. Dem systematischen Verschwinden zum Zwecke der künstlichen Preissteigerung, die so häufig zu beobachten ist, entgegenzutreten, wird ganz besonders schwierig sein. Der Bürgermeister hat nun den Auftrag gegeben, daß von Seite des Marktamtes der Stadt Wien im Sinne dieses Erlasses alles vorgesehen werde, was geeignet erscheint, das gesetzte Ziel zu erreichen. Das Markttamt hat von jeher unter den schwierigsten Verhältnissen seine Aufgabe erfüllt. Wenn die Erfolge gegenüber dem unerhörten Wucher, der getrieben wird, nicht auf der Höhe der Zeit standen, so ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß die gesamte Organisation der Überwachung des Warenwuchers und der Freistreiberei nicht so ausgestattet ist, wie der umfangreiche Dienst erfordert. Der Bürgermeister hat verfügt, daß am Montag, den 3. Jänner eine Besprechung aller Organe im Rathaus stattfindet, die im Dienste dieser Sache stehen. Es werden zu dieser Besprechung Vertreter des Bundesministeriums für Volksernährung, des Kriegswucheramtes sowie der Preisprüfungsstelle geladen werden, damit die zu treffenden Maßnahmen besprechen und eine einheitliche Durchführung raschest ermöglicht wird. Öffentlich wird diese Besprechung dazu führen, daß den Intentionen des Bürgermeisters, der die Absicht hat, den Lebensmittelwucher auf das schärfste zu bekämpfen, entsprechen wird. Die Notierung der Warenpreise, die fast gänzlich aufgehört hat, muß wieder allgemein durchgeführt werden und überwacht werden, da auch diese Unterlassung eine Quelle der Freistreiberei ist.

Die Übernahme der Kanalräumarbeiten. Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1918 für die Räumung der Kanäle rund 1 Million Kronen verausgabt. Im Jahre 1920 wird dieser Betrag auf rund 24 Millionen Kronen steigen. Am 31. Dezember 1920 laufen die Verträge der Gemeinde Wien mit den Kanalräumern ab und es wurde bereits im November eine öffentliche Offertausschreibung vergangen. Es langte bloss ein einziges Offert ein, aus dem hervorging, daß die 24 Kanalräumermeister, die es in Wien gibt, ein Kartell gebildet haben und verlangten, dass Wien als ein Räumungsobjekt zu gelten habe, und die Genossenschaft der Kanalräumer für ganz Wien die Arbeiten besorgen wird. Die Bezirke wollte die Genossenschaft unter ihren Mitgliedern nach eigenem Ermessen aufteilen. Im Offert wird für das Jahr 1921 ein Betrag von 44 Millionen Kronen für die Räumungsarbeiten verlangt. Die Gemeindeverwaltung hat dieses Offert abgelehnt, da der Zweck der Offertverhandlung nicht erfüllt wurde, weil durch dieses Kartell jede Konkurrenz ausgeschlossen ist und die Gemeinde vollständig von der Genossenschaft abhängt. Es wurde daher einer Arbeitsgenossenschaft der Kanalräumergehilfen, die sich um die Arbeiten bewirbt, die Räumung der Kanäle von 6 Bezirken übertragen. Während die im Offert der Unternehmer verlangte Gebühr eine Erhöhung um 65% darstellt, kommt die von der Arbeitsgenossenschaft verlangte Gebühr einer Erhöhung von nur 51% gleich. Es wurde sodann für die restlichen 15 Bezirke eine neuerliche Offertausschreibung gemacht, werauf die Vertreter des Kartells erschienen, und ihr ursprüngliches Offert aufrecht hielten. Verhandlungen, in die auch Bgm. Neumann eingriff, hatten das Ergebnis, daß die Vertreter der Kanalräumergenossenschaft erklärten, überhaupt nicht mehr zu offerieren und falls dem Kartell nicht auch die 6 Bezirke, die der Arbeitsgenossenschaft übergeben wurden, zur Räumung übertragen werden, so auch auf die übrigen Bezirke verzichte. In einem neuen Offert, das die Genossenschaft der Kanalräumermeister für ganz Wien der Gemeinde überreichte, wurde schon ein Pauschal von 58 Millionen Kronen verlangt. Der einzige Konkurrent, die Arbeitsgemeinschaft, verlangt für dieselbe Arbeit 48 Millionen Kronen. Es ist klar, daß die Gemeindeverwaltung auf letzteres Anbot greifen müßte. Die Kanalräumermeister, denen sehr dringend nahegelegt wurde, ihren Kartellstandpunkt aufzugeben, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie von ihren bisherigen Tätigkeitsgebiet ausgeschaltet werden. Wenn auch der Gemeinde die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel bei den gegenwärtigen Preisen große Schwierigkeiten bereiten wird, so dürfte es doch bald gelingen diese Behelfe zu erhalten, um in der kürzesten Zeit die Räumung der Kanäle kläglich durchzuführen. Es stellte sich weiter heraus, daß die Kanalräumergenossenschaft ihren Mitgliedern hohe Strafen angedroht habe, wenn sich diese an der Offertausschreibung beteiligen. Unter solchen Umständen konnte die Gemeinde das Offert des Kartells nicht berücksichtigen, da sie sich nicht vollständig der Genossenschaft ausliefern kann und durch die Verhinderung der freien Offertstellung jede Konkurrenz unterbunden wird. Es sind Verhandlungen in Zuge, die darauf zielen, der Arbeitsgenossenschaft die Räumung der Kanäle für ganz Wien zu übertragen.

Hauslisten- und Lebensmittelkartenabgabe. Montag den 3. d.M. sind die Hauslisten bei den Brettkommissionen während der gewöhnlichen Dienststunden abzugeben. Gleichzeitig wird bekanntgegeben werden, in welcher Art und an welchen Tagen die vom 16. d.M. an gültigen Lebensmittelkarten zu beheben sind.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Neujahrsbazar: VII., Burggasse 16. Well- und Wirkwaren, Briefpapiere, Schokoladewaren, Benbenières, Parfümeriewaren, einzel und in Arrangements, Tumbelgegenstände, Textilwaren: Knabenanzüge, Modestoffe, Etamine, Veile und Wäschestoffe. Restbestände aus den Wewochen. Brennstoffversorgung: Mengen über 500 kg (billiger) XXI., Breitenfurterstraße 55a. Kerle und Keks Anzahlung 500 K.

ab und es wurde bereits im November eine öffentliche Offertausschreibung vergangen. Es langte bloss ein einziges Offert ein, aus dem hervorging, daß die 24 Kanalräumermeister, die es in Wien gibt, ein Kartell gebildet haben und verlangten, dass Wien als ein Räumungsobjekt zu gelten habe, und die Genossenschaft der Kanalräumer für ganz Wien die Arbeiten besorgen wird. Die Bezirke wollte die Genossenschaft unter ihren Mitgliedern nach eigenem Ermessen aufteilen. Im Offert wird für das Jahr 1921 ein Betrag von 44 Millionen Kronen für die Räumungsarbeiten verlangt. Die Gemeindeverwaltung hat dieses Offert abgelehnt, da der Zweck der Offertverhandlung nicht erfüllt wurde, weil durch dieses Kartell jede Konkurrenz ausgeschlossen ist und die Gemeinde vollständig von der Genossenschaft abhängt. Es wurde daher einer Arbeitsgenossenschaft der Kanalräumergehilfen, die sich um die Arbeiten bewirbt, die Räumung der Kanäle von 6 Bezirken übertragen. Während die im Offert der Unternehmer verlangte Gebühr eine Erhöhung um 65% darstellt, kommt die von der Arbeitsgenossenschaft verlangte Gebühr einer Erhöhung von nur 51% gleich. Es wurde sodann für die restlichen 15 Bezirke eine neuerliche Offertausschreibung gemacht, werauf die Vertreter des Kartells erschienen, und ihr ursprüngliches Offert aufrecht hielten. Verhandlungen, in die auch Bgm. Neumann eingriff, hatten das Ergebnis, daß die Vertreter der Kanalräumergenossenschaft erklärten, überhaupt nicht mehr zu offerieren und falls dem Kartell nicht auch die 6 Bezirke, die der Arbeitsgenossenschaft übergeben wurden, zur Räumung übertragen werden, so auch auf die übrigen Bezirke verzichte. In einem neuen Offert, das die Genossenschaft der Kanalräumermeister für ganz Wien der Gemeinde überreichte, wurde schon ein Pauschal von 58 Millionen Kronen verlangt. Der einzige Konkurrent, die Arbeitsgemeinschaft, verlangt für dieselbe Arbeit 48 Millionen Kronen. Es ist klar, daß die Gemeindeverwaltung auf letzteres Anbot greifen müßte. Die Kanalräumermeister, denen sehr dringend nahegelegt wurde, ihren Kartellstandpunkt aufzugeben, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie von ihren bisherigen Tätigkeitsgebiet ausgeschaltet werden. Wenn auch der Gemeinde die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel bei den gegenwärtigen Preisen große Schwierigkeiten bereiten wird, so dürfte es doch bald gelingen diese Behelfe zu erhalten, um in der kürzesten Zeit die Räumung der Kanäle kläglich durchzuführen. Es stellte sich weiter heraus, daß die Kanalräumergenossenschaft ihren Mitgliedern hohe Strafen angedroht habe, wenn sich diese an der Offertausschreibung beteiligen. Unter solchen Umständen konnte die Gemeinde das Offert des Kartells nicht berücksichtigen, da sie sich nicht vollständig der Genossenschaft ausliefern kann und durch die Verhinderung der freien Offertstellung jede Konkurrenz unterbunden wird. Es sind Verhandlungen in Zuge, die darauf zielen, der Arbeitsgenossenschaft die Räumung der Kanäle für ganz Wien zu übertragen.

